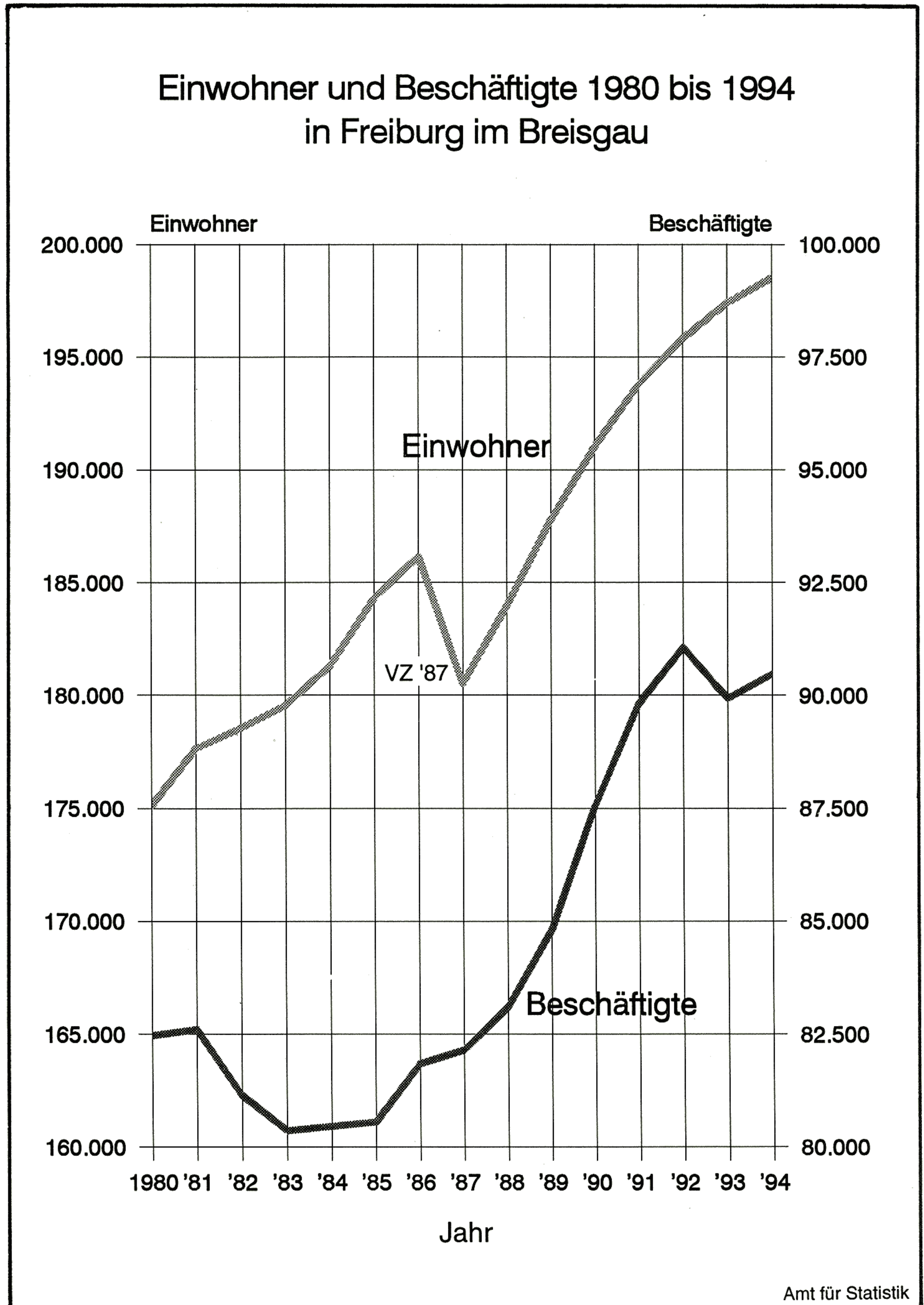


Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau

- Stadtforschung -

Tendenzen der
wirtschaftlichen
und sozialen Entwicklung
in Freiburg i. Br.



Juni
1995

Herausgeber:
Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau

Anmerkungen zur Titelgrafik:

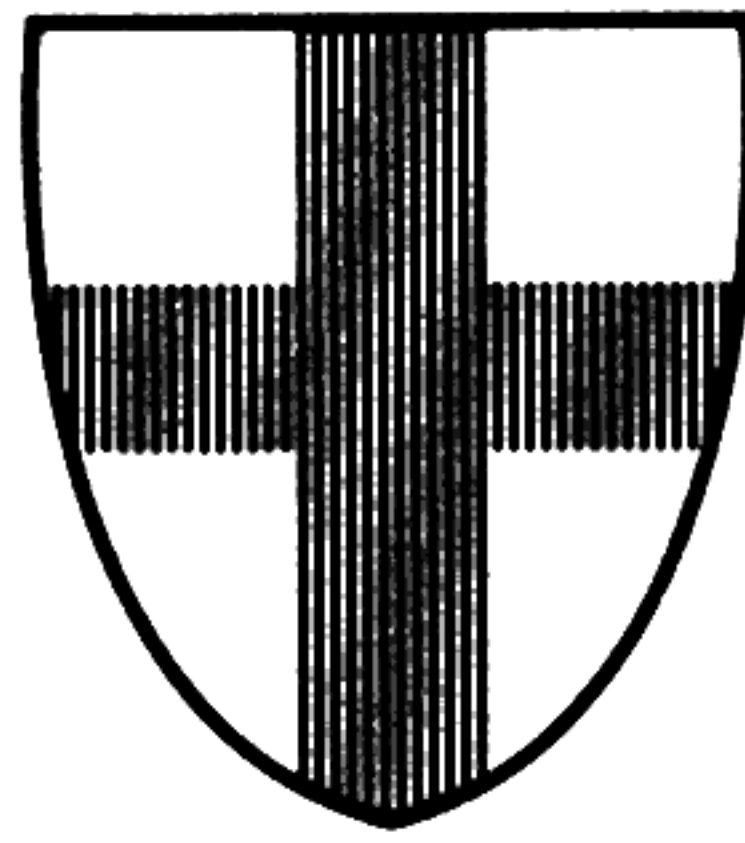
Einwohner und Beschäftigte 1980 bis 1994 in Freiburg i. Br.

Die Grafik zeigt in der oberen Kurve (grau) die Veränderung der Freiburger **Einwohnerzahl** zwischen dem 31.12.1980 und dem 31.12.1994. Zu dieser Kurve gehört die Skala auf der linken Seite. Im einzelnen sind die Zahlen aus der Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes dargestellt: Bis 1982 ist es die Wohnbevölkerung, fortgeschrieben auf der Basis der Volkszählung 1970, danach die 'Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung'. Mit der Volkszählung 1987 wurde die Bevölkerungsfortschreibung auf einer neuen Basis wieder frisch aufgesetzt.

Die untere Kurve (schwarz) zeigt die Veränderung der Zahl **'Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer'** in Freiburg zwischen dem 30.6.1980 und dem 30.6.1994. Zu dieser Kurve gehört die Skala auf der rechten Seite. Die Beschäftigtenzahlen wurden entnommen den Statistischen Berichten Baden-Württemberg (Reihe A VI 5) herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Zu beachten ist, daß in den Beschäftigtenzahlen die Beamten und Richter, Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, sowie geringfügig Verdienende nicht enthalten sind !

Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Freiburg i. Br.



INHALT

Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Freiburg i. Br.

von R. Tressel

	Seite	
I	Entwicklungen und Tendenzen in der Wirtschaft	4
1.	Die allgemeine wirtschaftliche Lage	4
1.1	Auswirkungen von konjunkturellen Schwankungen auf dem Freiburger Arbeitsmarkt	5
1.2	Mit Dienstleistungen besser durch die Krisen?	7
1.3	Wie wirkt sich der Strukturwandel aus?	8
1.4	Spiegeln sich in den jüngsten Entwicklungen in Freiburg die Trends für die Zukunft?	12
2.	Neue Hoffnungen auf dem Arbeitsmarkt – Trendumkehr in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit	15
2.1	Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen	17
2.2	Langzeitarbeitslosigkeit in Freiburg i. Br.	19
3.	Berufliche Ausbildung	22
II	Demographische und soziale Entwicklungstrends	24
1.	Bevölkerungswachstum schwächt sich ab	24
2.	Entwicklungstrends bei einigen Bevölkerungsgruppen, die in jüngster Vergangenheit wesentlich das Bevölkerungswachstum bestimmten	27
2.1	Asylbewerber / Bürgerkriegsflüchtlinge	27
2.2	Wanderungsbeziehungen mit den ostdeutschen Ländern	29
2.3	Studenten / Studentinnen	30
3.	Die Entwicklung der Schülerzahlen	30
3.1	Der Drang zum Gymnasium ist ungebrochen	31
3.2	Starke Zunahme ausländischer Schüler	32
4.	Ältere Menschen in Freiburg i. Br.	32
4.1	Ausländische Seniorinnen und Senioren	35
5.	Entwicklung der Haushaltsstrukturen: Es gibt immer mehr und immer kleinere Haushalte	37
6.	Armut in Freiburg: Die wachsende Zahl der Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen	39
III	Stadt – Umland–Beziehungen	42
1.	Wanderungsbeziehungen mit dem Umland	42
1.1	Zu- und Abwanderer aus und nach dem Umland sind in ihrer Struktur nicht gleich	43
2.	Pendlerbewegungen: Man wohnt im Umland und arbeitet in der Stadt	45
2.1	Rund die Hälfte des Sozialversicherungspflichtigen, die in Freiburg beschäftigt sind, wohnen außerhalb	45
2.2	Vier von fünf Berufseinpendlern stammen aus dem Freiburger Umland	45
2.3	Die Auspendler aus Freiburg i. Br. nehmen lange Wege in Kauf	46

Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Freiburg i. Br.

von R. Tressel

I Entwicklungen und Tendenzen in der Wirtschaft

1. Die allgemeine wirtschaftliche Lage

Nach kurzer aber heftiger Rezession zwischen 1992 und 1994 deuten die Wirtschaftssignale, insbesondere die steigenden Auftragseingänge, die wachsende Auslastung der Produktionskapazitäten, die nachlassende Zahl der Entlassungen von Arbeitskräften etc., auf eine allmähliche Erholung der Wirtschaft hin. Allerdings wird von nahezu allen Wirtschaftsfachleuten erwartet, daß die Arbeitslosigkeit zunächst auf dem hohen Sockel verharrt und es nur zögerlich zu Neueinstellungen kommt. Die Rezession war in allen wichtigen Industriestaaten spürbar, sie setzte in der Bundesrepublik nur etwas später ein, da die Wiedervereinigung der deutschen Wirtschaft zu einem unerwarteten Nachfrageschub verhalf und so den Abschwung zeitlich etwas hinausschob.

Die Skepsis, mit der die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und der zukünftige Arbeitsmarkt beurteilt wird, hat mehrere Ursachen. Zum einen wird die Technik immer leistungsfähiger und wird immer mehr Arbeitskräfte freisetzen und zum andern gibt es in der deutschen Wirtschaft erhebliche Strukturschwächen, die zusehends die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Als Schwachstellen gelten nach Meinung der Fachleute insbesondere¹⁾

- die zu hohen Arbeitskosten,
- die zu geringen und zu starren Arbeitszeiten,
- das ungünstige Branchenmix der deutschen Industrie, mit dem Übergewicht traditioneller Produkte mit geringer Wachstumsdynamik und der zu niedrige Anteil von sogenannten Schlüssel- bzw. Zukunftstechnologien²⁾,
- die Innovationsschwäche der deutschen Wirtschaft und ihre Schwerfälligkeit beim Erschließen neuer Technologien, neuer Produkte und neuer Märkte,
- die Schwächen bei der Umsetzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in marktfähige Produkte und
- die nachlassende Leistungsmotivation der Deutschen im Zuge einer gewandelten Einstellung gegenüber der Arbeit und gegenüber Werten wie Pflicht, Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb (Stichwort: Erlebnisgesellschaft statt Leistungsgesellschaft).

¹⁾ Siehe hierzu beispielsweise H. Henzler / L. Späth, Sind die Deutschen noch zu retten? Von der Krise in den Aufbruch, München 1995; oder: Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog (Hrsg.), Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit, Frankfurt 1994; oder: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Wirtschaftsstandort Deutschland ohne Zukunft? In: Der Bürger im Staat, Heft 2, Juni 1994.

²⁾ Deutschland ist immer noch stark in den Branchen und Produkten, mit denen das Land zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Aufstieg zu einer führenden Industrienation geschafft hat: Chemie, Fahrzeug-, Maschinenbau, Pharmazie, Elektrotechnik. Es sind dies die Güter der zweiten industriellen Revolution. Bei den Forschungs- und Produktionszweigen der sogenannten dritten industriellen Revolution, Elektronik, Computer, Telekommunikation, neue Werkstoffe, Biotechnologie, hingegen ist die deutsche Wirtschaft unterrepräsentiert. Die technologische Führerschaft liegt hier eindeutig bei den Japanern und den Nordamerikanern. Diese Entwicklung ist deshalb bedenklich, weil die neuen technologieintensiven Produkte eine hohe Wertschöpfung haben.

Die deutsche Wirtschaft kann leicht in eine Zwickmühle geraten. Der internationale Wettbewerb wächst. Es kommen immer neue Konkurrenten aus Osteuropa und Süd-Ostasien auf den Markt, die im Bereich der Massengüter nicht nur billiger produzieren³⁾, sondern inzwischen häufig auch in der Qualität gleichgezogen haben. Um Schritt zu halten, müssen die deutschen Unternehmen rationalisieren, d. h. Arbeitskräfte durch Technik ersetzen oder in die Niedriglohnländer auslagern, was z. Z. auf breiter Front geschieht. Gleichzeitig aber müssen viele Märkte der Spitzentechnologie, die als ausgesprochene Wachstumsmärkte gelten und in denen die höchste Wertschöpfung erzielt wird, anderen Nationen überlassen werden, insbesondere Japan, den USA und mit wachsendem Tempo auch einigen asiatischen Schwellenländern.⁴⁾

Fazit: Trotz Aufschwung muß der zukünftige Arbeitsmarkt mit Skepsis beurteilt werden.

1.1 Auswirkungen von konjunkturellen Schwankungen auf dem Freiburger Arbeitsmarkt

Wie wirkt sich nun die konjunkturelle Entwicklung bei den Arbeitsplätzen aus? Verläuft die Entwicklung in Freiburg im Gleichschritt mit den anderen Stadtkreisen von Baden-Württemberg und den beiden Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen oder gibt es eine davon abweichende Entwicklung? Abweichungen könnte es durchaus geben, da jede Gemeinde oder jede Region ein eigenes wirtschaftliches Profil hat und die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Branchen in unterschiedlicher Weise auf konjunkturelle Schwankungen reagieren.

Bevor man zur Analyse kommt, ist es zweckmäßig, sich die einzelnen Konjunkturphasen seit Ende der 70er Jahre zu vergegenwärtigen.

Phase 1 1978–1980: Konsolidierung nach dem Konjunkturunbruch 1973 bis 1975

Phase 2 1980–1984: Konjunkturunbruch

Phase 3 1984–1989: schnelle Konsolidierung

Phase 4 1989–1992: Sonderkonjunktur durch Wiedervereinigung

Phase 5 1992–1994: Konjunkturunbruch

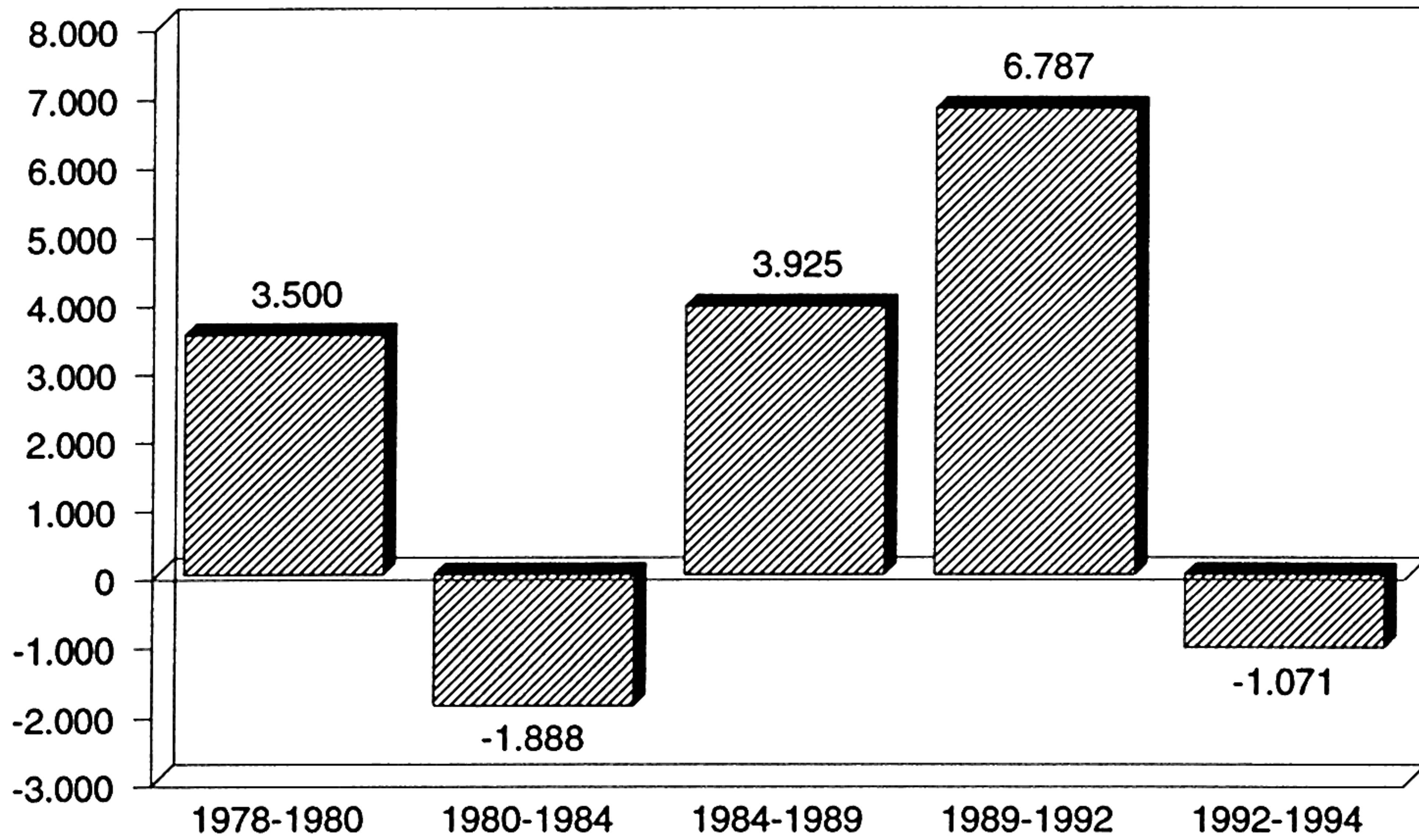
Im gesamten Zeitraum (1978–1994) hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁵⁾ um 11 253 Personen, d. h. 14,2 %, zugenommen. Diese Entwicklung verlief jedoch nicht stetig, sondern in Sprüngen.

³⁾ Die Arbeitskosten betragen z. B. in der Bundesrepublik (Westen) pro Stunde rund 42,00 DM, in Ungarn 4,20 DM, in Polen 2,70 DM und in Rußland 0,60 DM. Siehe hierzu H. Henzler / L. Späth, Sind die Deutschen noch zu retten? Von der Krise in den Aufbruch, München 1995.

⁴⁾ Das kleine Taiwan z. B. exportiert inzwischen mehr Halbleiterprodukte als Deutschland, siehe: "Der Spiegel 3/1995, S. 98.

⁵⁾ In der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind nicht enthalten die Beamten, Selbständigen und die geringfügig Beschäftigten. Die tatsächliche Zahl der Arbeitsplätze dürfte deshalb um rund 1/3 höher liegen.

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
nach Konjunkturphasen in Freiburg i. Br. 1978 - 1994

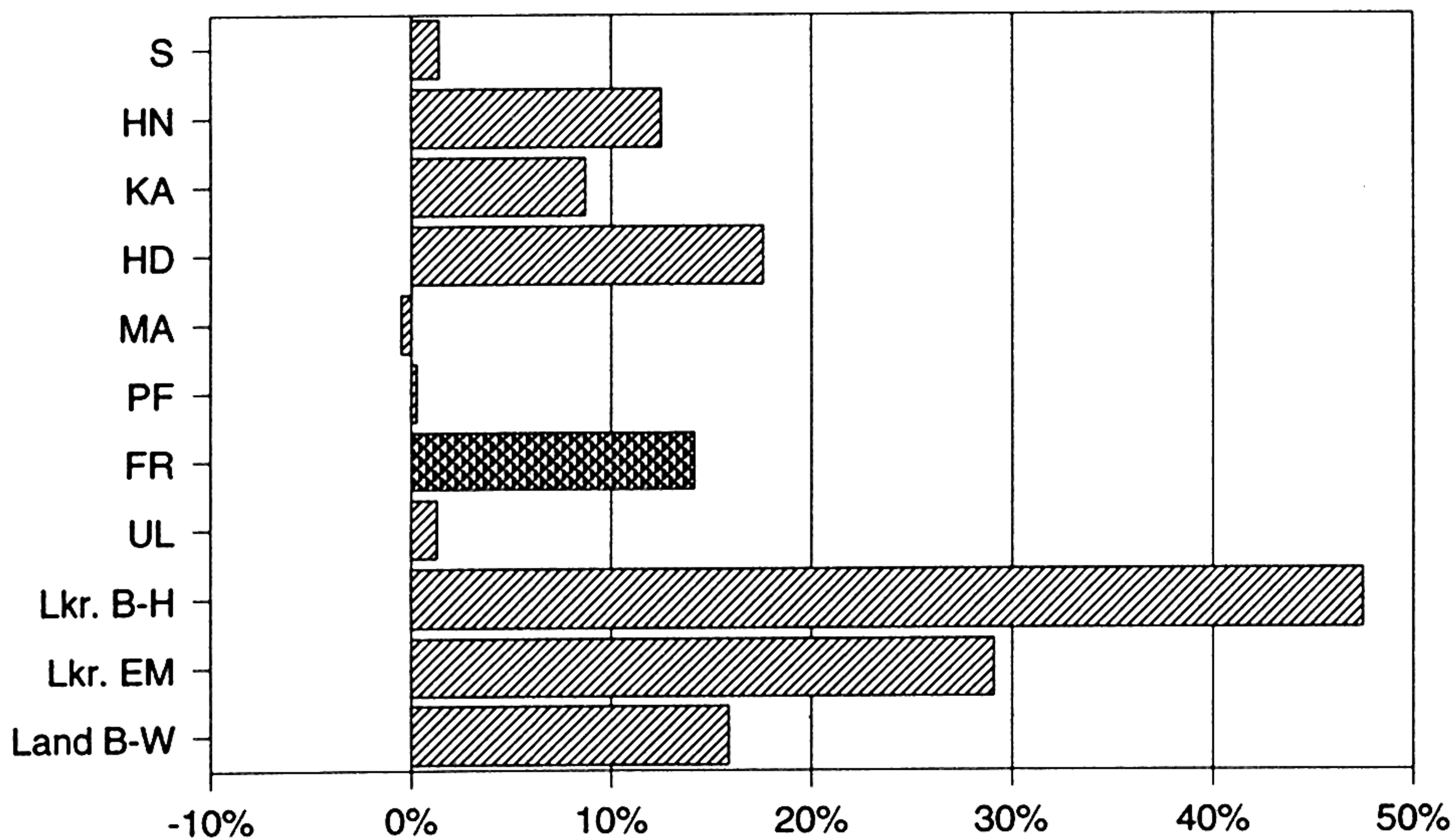


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Aus dieser Darstellung wird deutlich, daß die Periode 1989–1992 den größten Schub bei den Arbeitsplätzen gebracht hat, wobei nicht klar ist, wieviel Teilzeitarbeitsplätze darunter waren. Initialzündung für diese Sonderentwicklung, von der alle Städte Baden-Württembergs profitierten, war der weitgehend durch Kredite finanzierte Nachfrageschub aus Ostdeutschland.

Wie ist nun dieser Zuwachs an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 14,2 % in den letzten 16 Jahren zu bewerten?

Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (%)
in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg, in den Landkreisen
Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen und im
Land Baden-Württemberg 1978 - 1994



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Gegenüber den anderen baden-württembergischen Stadtkreisen schnitt Freiburg sehr gut ab. Freiburg erreichte fast den Durchschnittswert des Landes und nur Heidelberg hatte von den Großstädten mit 17,6 % einen höheren relativen Zuwachs. Geht man von den absoluten Zahlen aus, so lautet die Reihenfolge der ersten drei Städte: Karlsruhe (+ 12 049), Freiburg (+ 11 253), Heidelberg (+ 11 011). Allerdings sind heute die Mittel- und Kleinstädte und die kleinen Landgemeinden die eigentlichen Wachstumszentren und nicht die Großstädte⁶⁾. Das Wirtschaftswachstum hat sich schon seit längerem in die Landkreise verlagert. Besonders dynamisch war dabei die Entwicklung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Von 1978 bis 1994 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis um 19 449 erhöht. Dies entspricht einem Zuwachs von 47,5 %.

Fazit: Freiburg hatte in der Phase 1978–1994 im Vergleich zu den Stadtkreisen Baden-Württembergs relativ und absolut einen sehr hohen Zuwachs an Arbeitsplätzen.

1.2 Mit Dienstleistungen besser durch die Krisen?

Auffällig ist nicht nur der Unterschied zwischen Stadt- und Landkreisen, sondern auch zwischen den einzelnen Stadttypen. Industriestädte entwickeln sich deutlich ungünstiger als Städte mit hohem Dienstleistungsanteil. Eine Ausnahme bildet Heilbronn. Insgesamt gilt jedoch der Zusammenhang: je geringer der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes und je bedeutender der Dienstleistungssektor in einer Stadt, desto stärker ist die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1978 und 1994 gewachsen.

Stadtkreis	Anteil (%) der im Verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten (1994)	Entwicklung der Arbeitsplätze 1978 bis 1994 (sozialvers. Beschäftigte in %)
Pforzheim	40,8	+ 0,3
Mannheim	34,5	- 0,5
Ulm	33,5	+ 1,3
Heilbronn	31,3	+ 12,5
Stuttgart	28,7	+ 1,4
Karlsruhe	22,5	+ 8,7
Heidelberg	22,1	+ 17,6
Freiburg i. Br.	19,0	+ 14,2

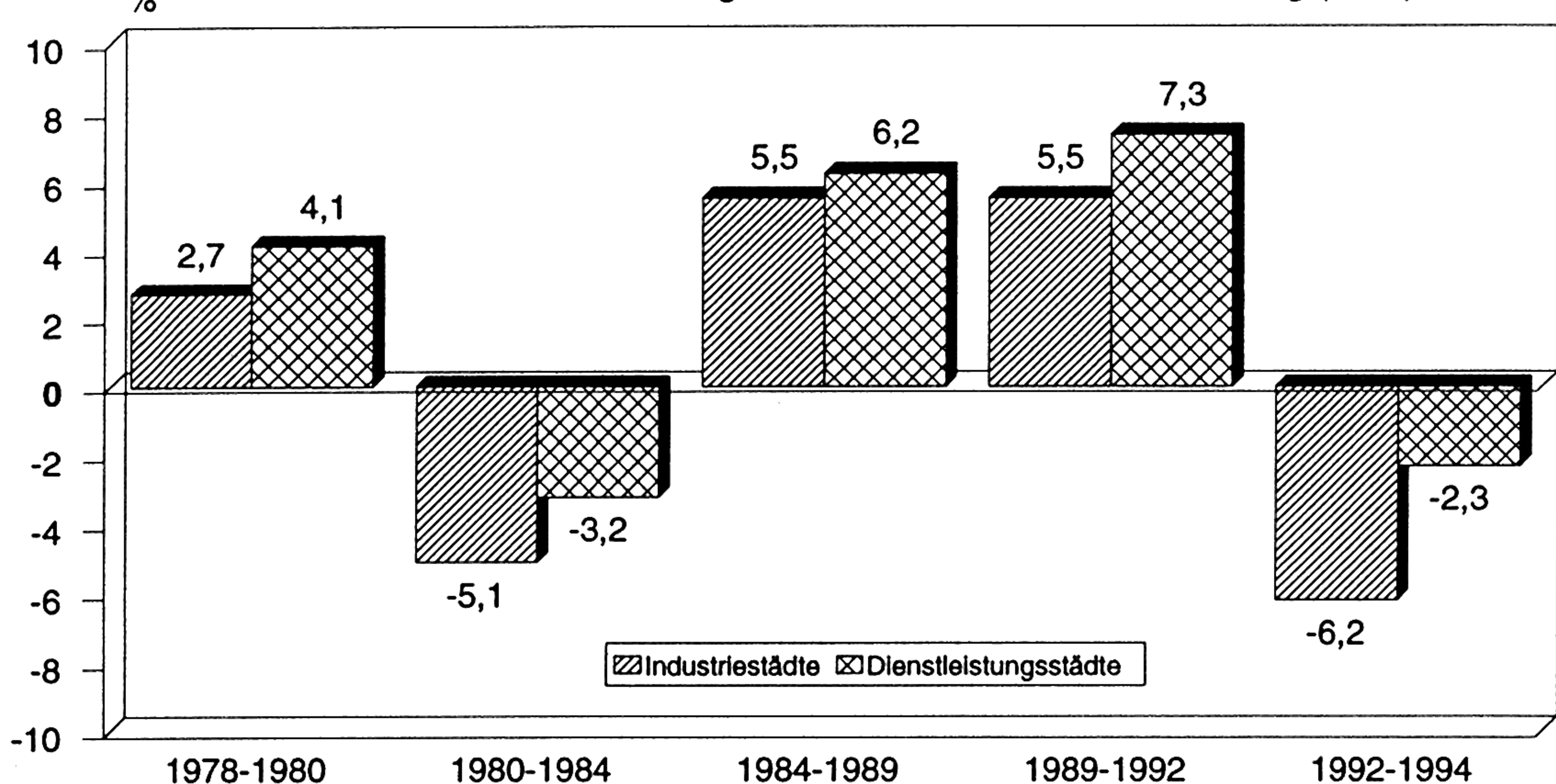
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Die in der Zeitspanne 1978 und 1994 erkennbaren Wachstumsvorteile der "Dienstleistungsstädte" gegenüber den "Industriestädten"⁷⁾ kommen dadurch zustande, daß sie in Phasen des konjunkturellen Aufschwungs höhere Arbeitsplatzgewinne und in Phasen der Rezession geringere Verluste hatten.

⁶⁾ Zwischen 1979 und 1994 ist die Zahl der Arbeitsplätze in den Stadtkreisen um 3,7 % und in den Landkreisen von Baden-Württemberg um 17,1 % gewachsen.

⁷⁾ Dienstleistungsstädte: Karlsruhe, Heidelberg, Freiburg i. Br.; Industriestädte: Stuttgart, Mannheim, Heilbronn, Pforzheim, Ulm.

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
in Industrie- und Dienstleistungsstädten von Baden-Württemberg (in %)



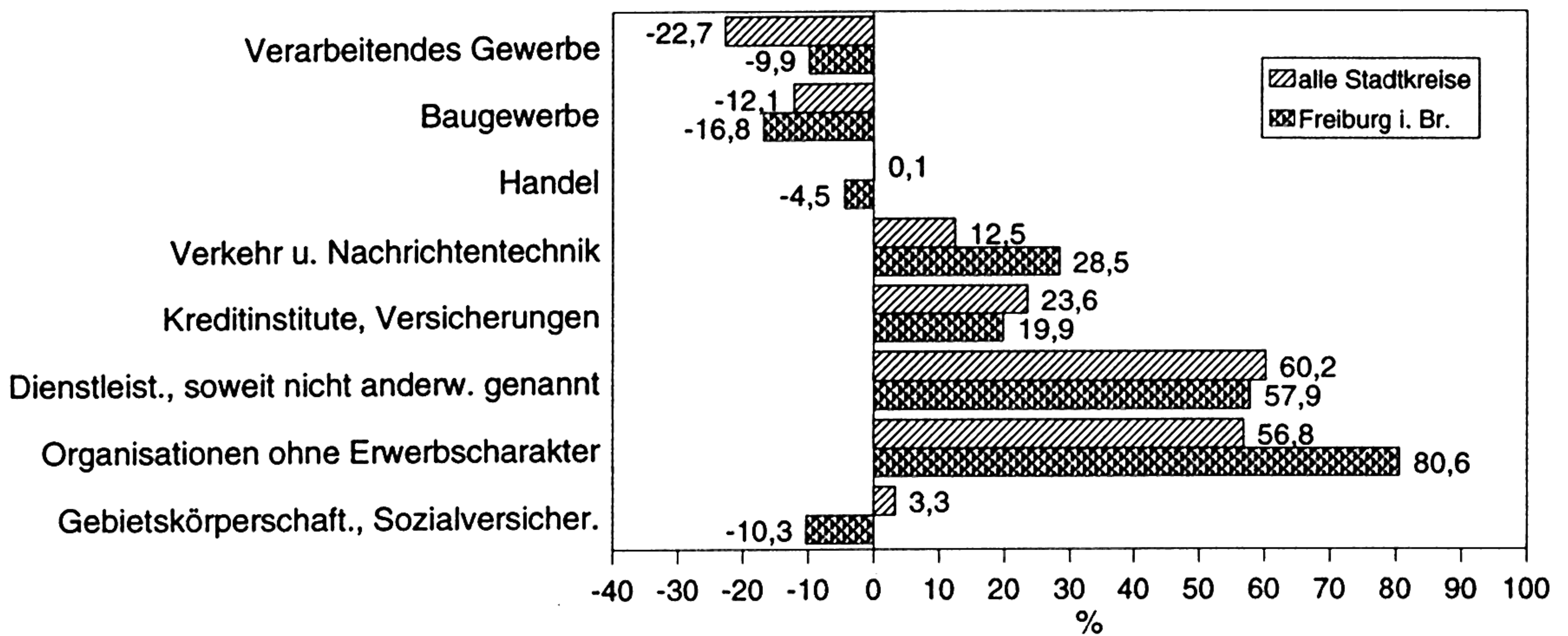
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Fazit: Die "Dienstleistungsstädte" haben deutliche Wachstumsvorteile gegenüber den "Industriestädten".

1.3 Wie wirkt sich der Strukturwandel aus?

Sieht man sich die Zahlen nach Wirtschaftsbereichen an, wird klar, warum die "Industriestädte" gegenüber den "Dienstleistungsstädten" Nachteile hatten. Das Produzierende Gewerbe, zu dem die Industrie, das Handwerk und das Baugewerbe zählen, hat eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen eingebüßt. Insbesondere die Industrie befindet sich in einem heftigen Schrumpfungsprozeß. Der Dienstleistungsbereich hingegen war und ist der Gewinner. Allerdings gibt es auch in diesem Sektor eine uneinheitliche Entwicklung. Während der Handel und der Bereich Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen eher schwache Impulse zeigen (in Zukunft wird mit einem Rückgang der Arbeitsplätze gerechnet), erwiesen sich die Kreditinstitute und Versicherungen, die Organisationen ohne Erwerbscharakter und die "Dienstleistungen soweit nicht anders genannt" als die eigentlichen wirtschaftlichen Wachstumsfelder. Insbesondere der Bereich "Dienstleistungen soweit nicht anders genannt", in dem so heterogene Zweige wie Bildung und Wissenschaft, Beherbergungsgewerbe, Reinigungsgewerbe, Gesundheitswesen, Rechts- und Steuerberatung etc. zusammengefaßt sind, expandierte enorm.

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg und Freiburg i. Br. 1978 - 1994 (in %)

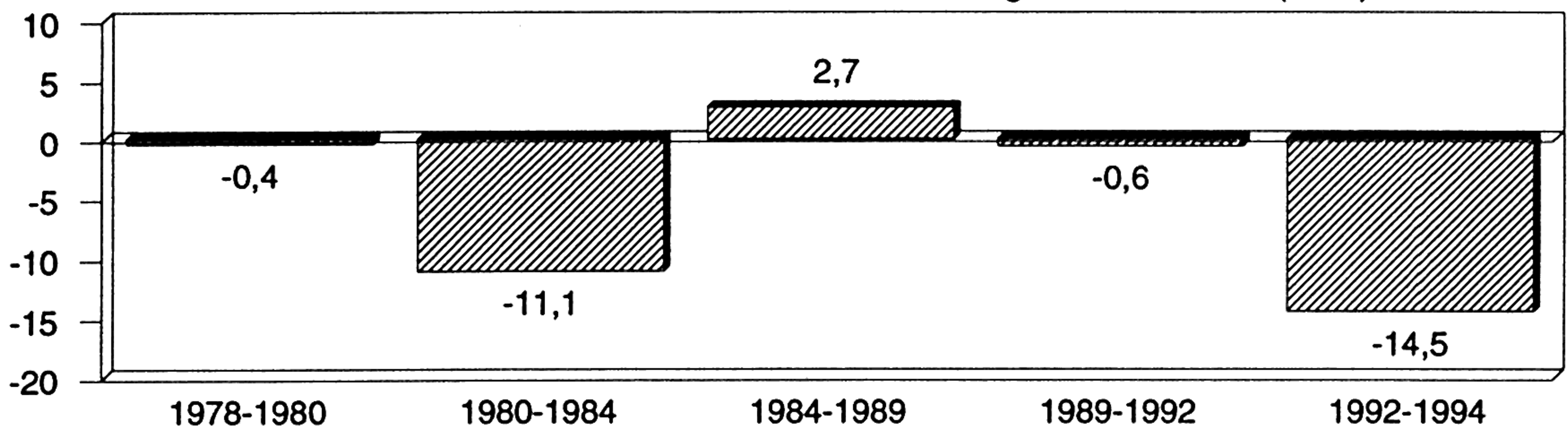


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-j (jeweils 31.3.)

Hinter diesen zahlenmäßigen Verschiebungen verbirgt sich ein langfristiger Strukturwandel: je reifer und reicher die Wirtschaft, desto unbedeutender ist und wird der Bereich Landwirtschaft, Bergbau und Energie und desto stärker schrumpft auch das Produzierende Gewerbe. Der tertiäre Sektor hingegen nimmt einen ständig wachsenden Raum ein, wobei insbesondere der Bereich der Dienstleistungen moderneren Zuschnitts expandiert. (Die Handarbeit wird durch die Kopfarbeit verdrängt.)

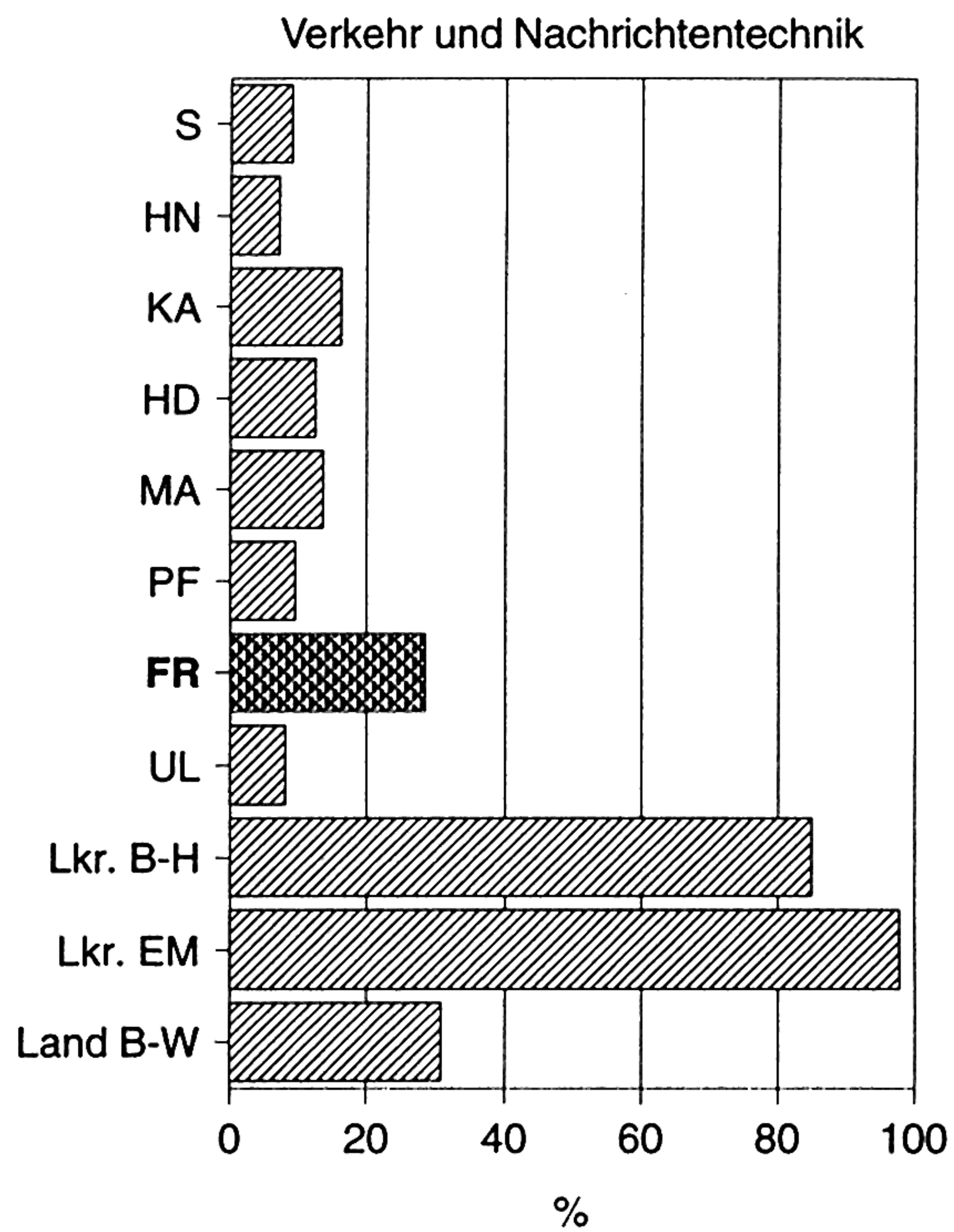
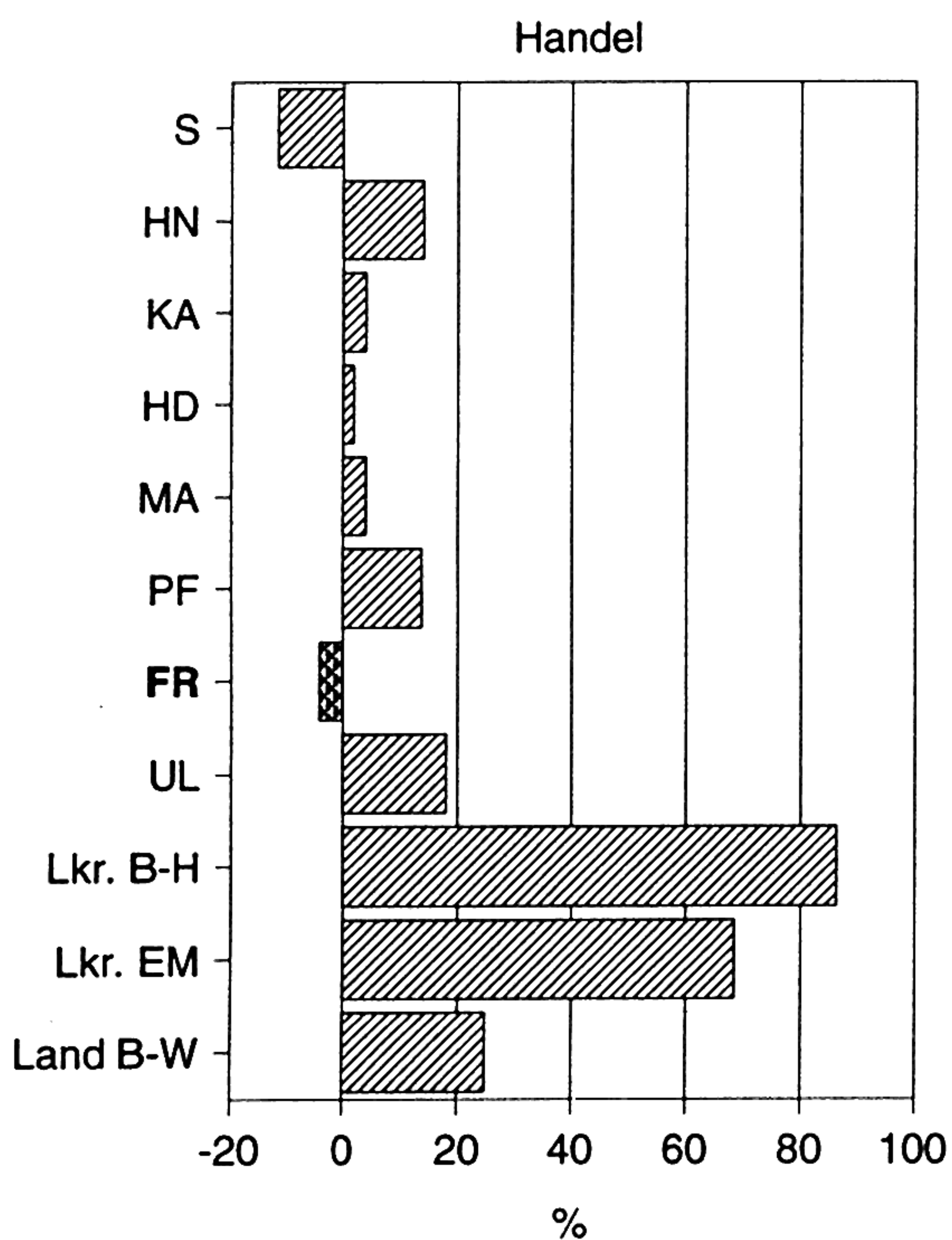
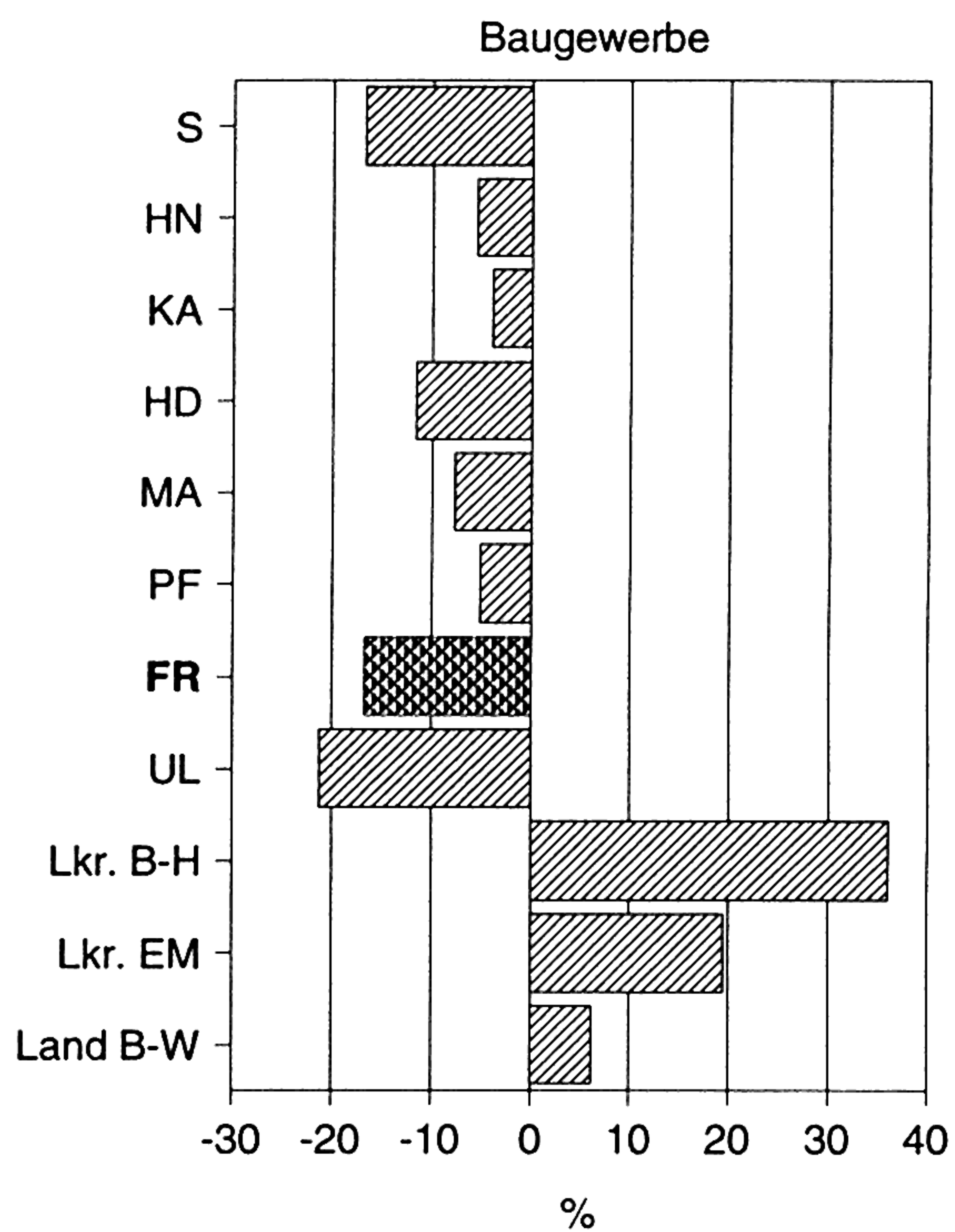
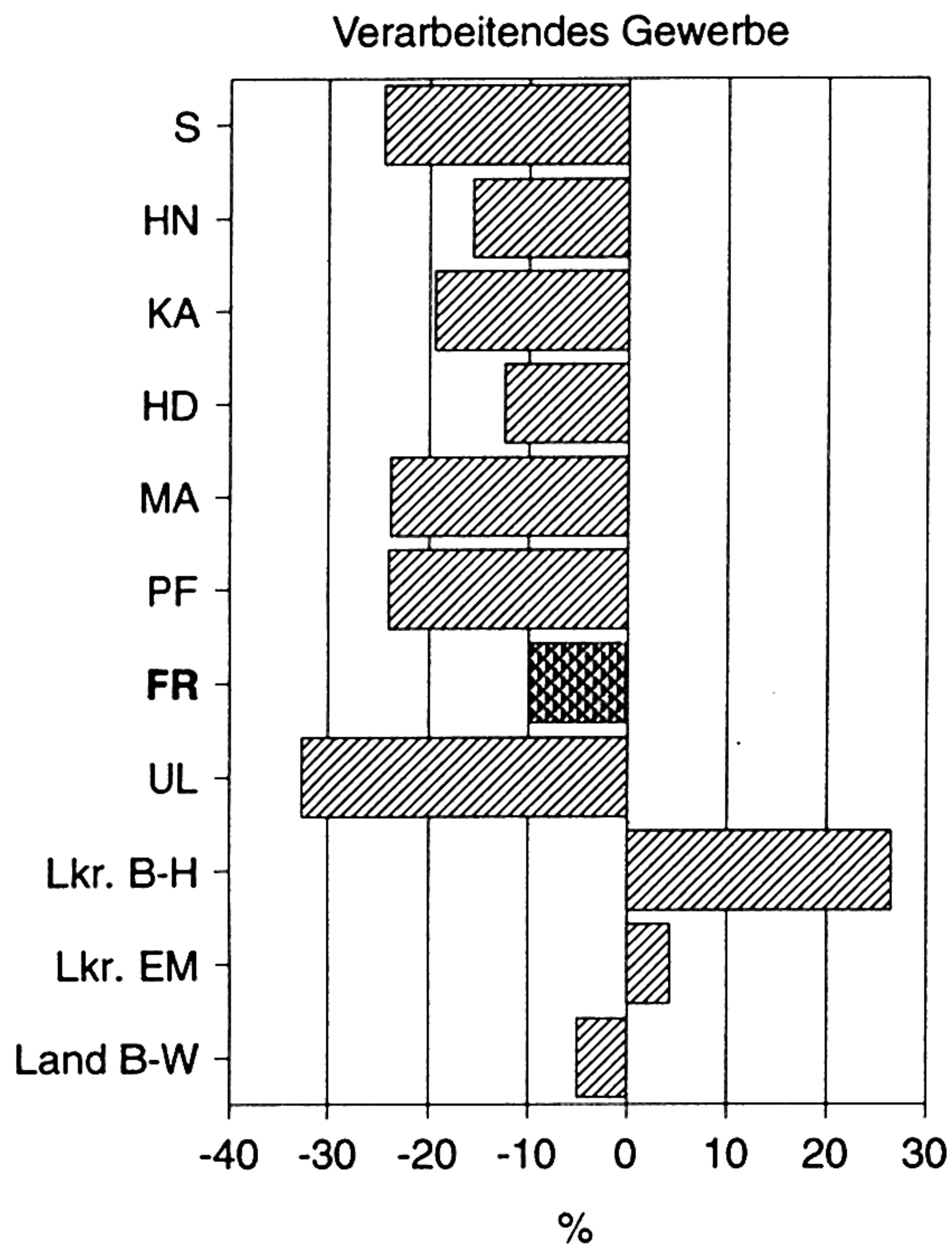
Hinter diesem Wandel steckt eine Veränderung der Bedürfnisse von den sogenannten Grundbedürfnissen zu den Freizeit- und kulturellen Bedürfnissen bzw. von den materiellen Bedürfnissen, bei denen zum Teil eine partielle Sättigung eingetreten ist, zu den mehr immateriellen Bedürfnissen. Hinzu kommt noch eine enorme Leistungssteigerung bei der Technik, die von der Angebotsseite her den Wandel beeinflusst. So sind die Unternehmer durch die nationale und internationale Konkurrenz ständig gezwungen zu modernisieren. Vor allem in Krisenzeiten wird im Hochlohnland Bundesrepublik verstärkt auf Rationalisierung und Modernisierung gesetzt, um die teuren Angestellten und Arbeiter einzusparen. Die aber einmal freigesetzten Arbeitskräfte werden bei einem erneuten Aufschwung nur zum Teil ersetzt, so daß sich die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie auf einem immer niedrigeren Niveau einpendelt.

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg 1978 bis 1994 (in %)



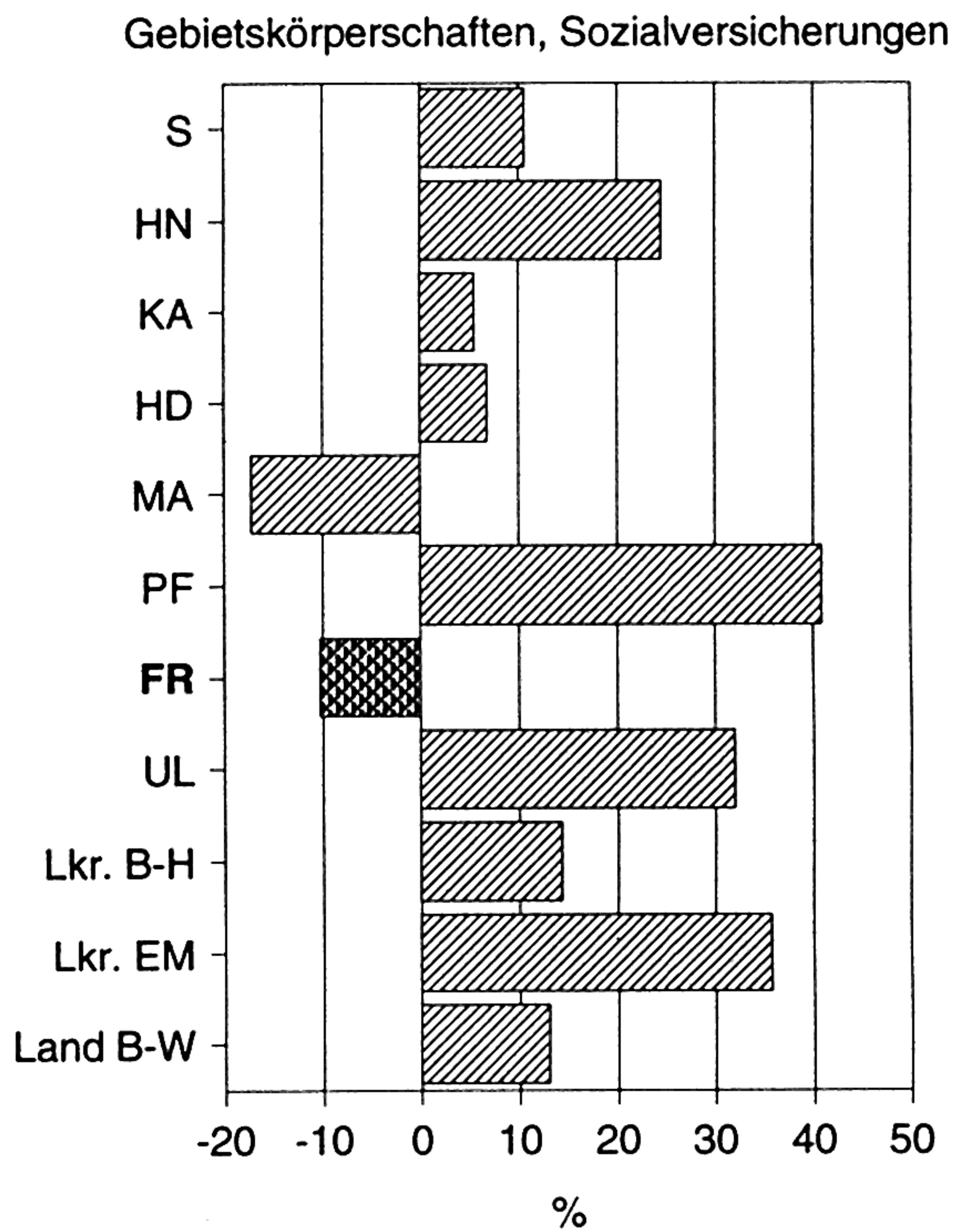
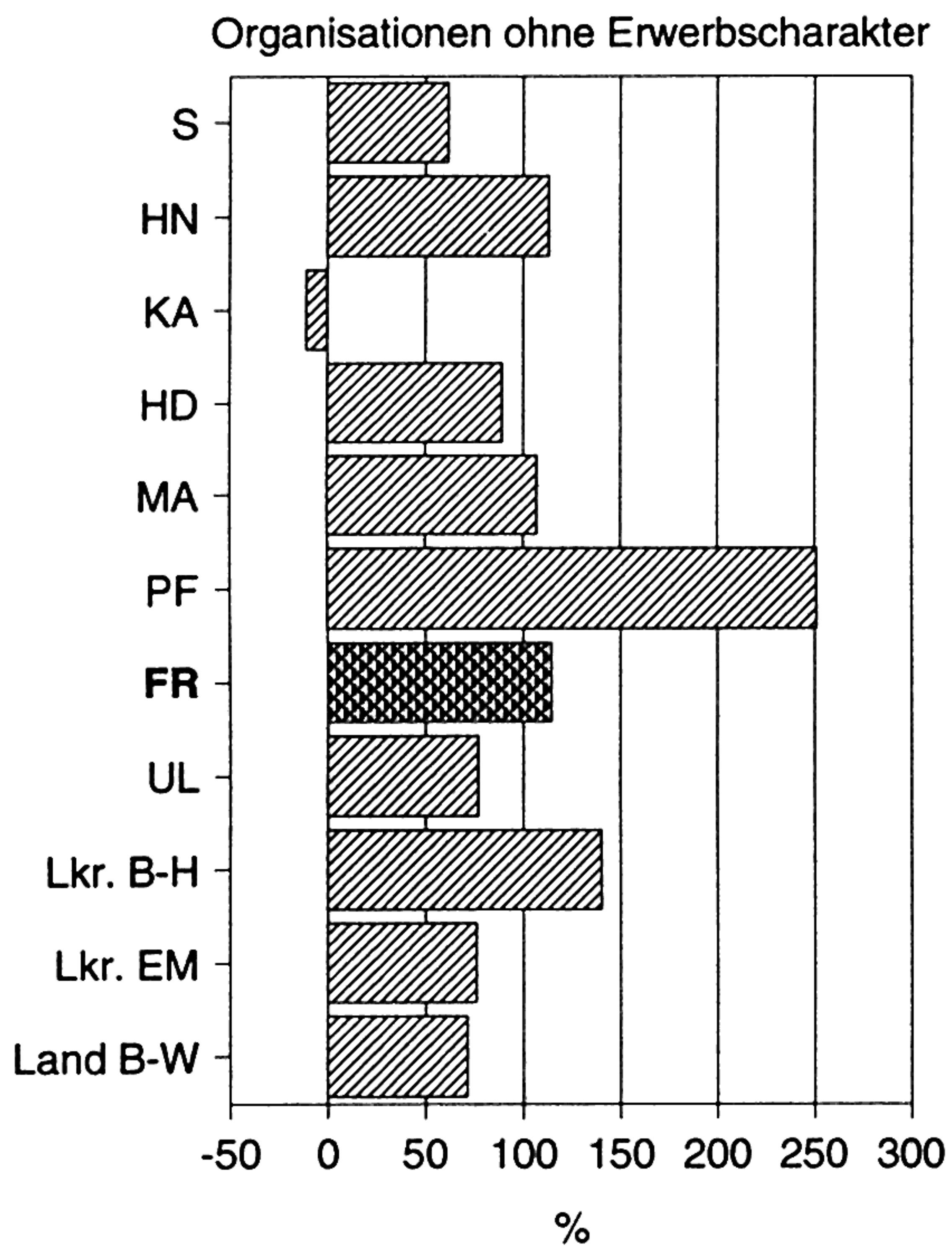
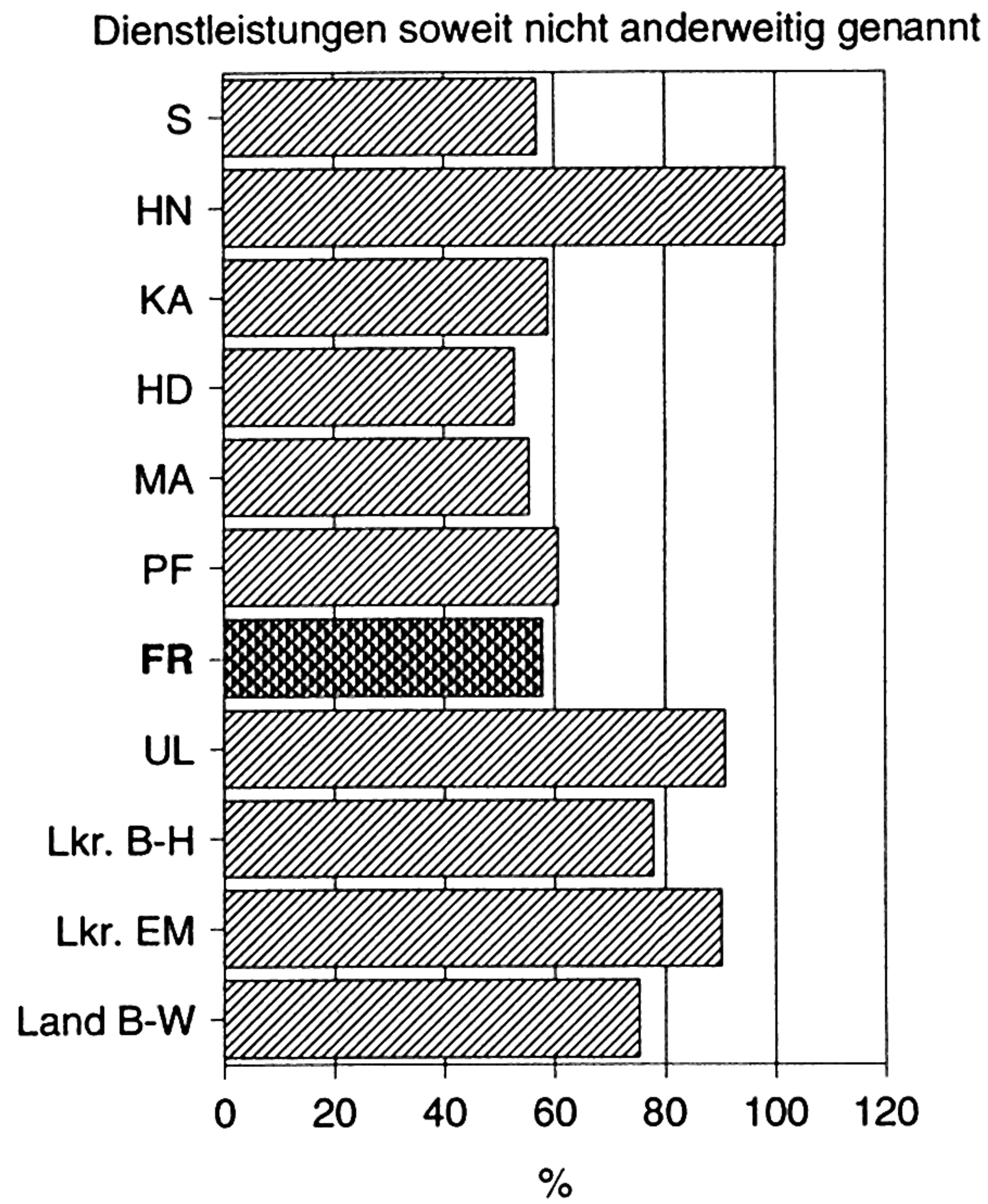
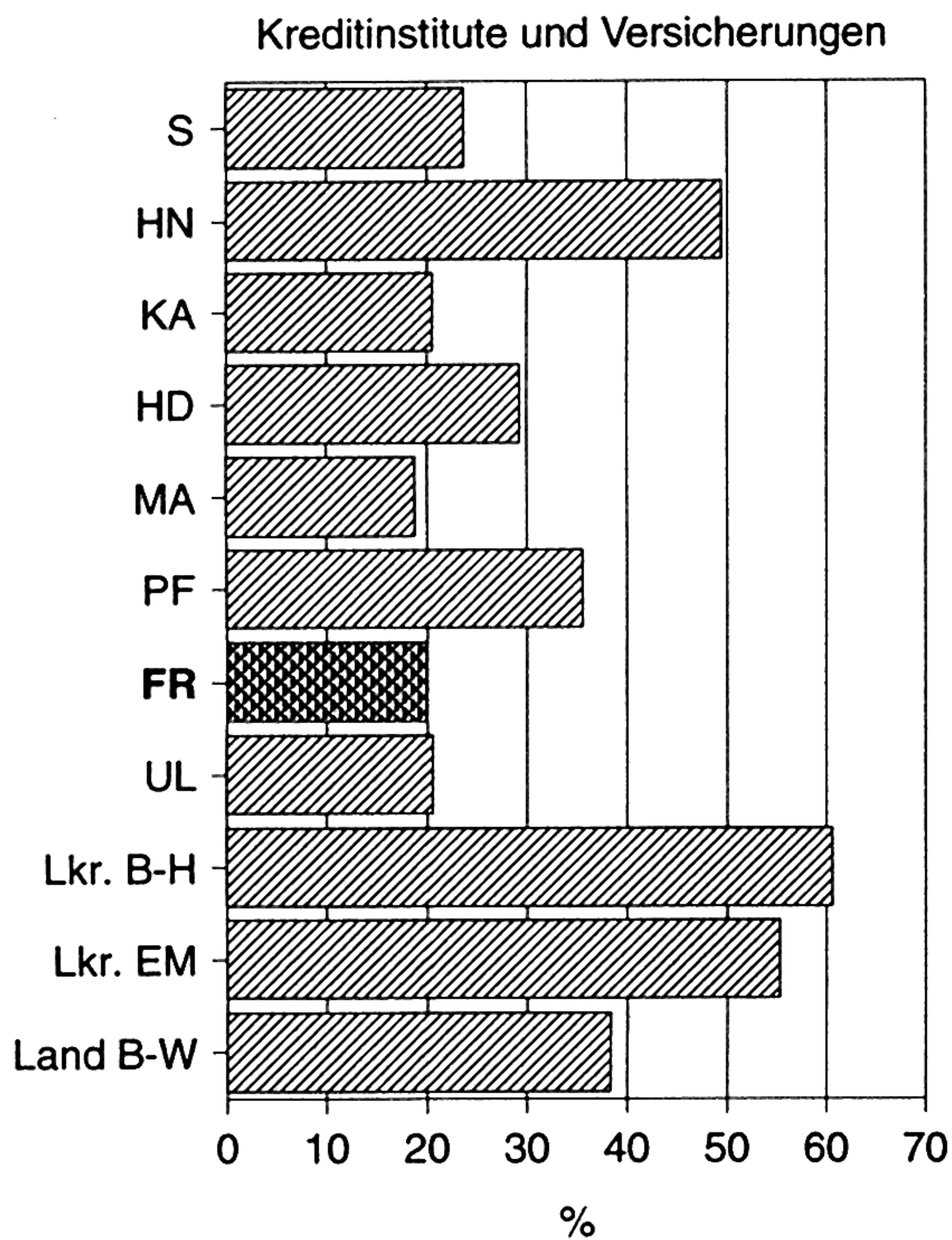
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen 1978 - 1994



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen 1978 - 1994



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Neben dem allgemeinen strukturellen gibt es auch noch einen besonderen regionalen Einflußfaktor, der die Wirtschaftsentwicklung bestimmt. So gibt es zum Beispiel zwischen den Stadtkreisen und den Landkreisen deutliche Unterschiede. Exemplarisch kann dies am Beispiel Freiburg und den beiden angrenzenden Landkreisen gezeigt werden.

Die Landkreise haben nicht nur einen höheren Arbeitsplatzzuwachs als die Großstädte, sondern sie haben auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe eine positive Arbeitsplatzbilanz. Auch im Handel und im Bereich Verkehr und Nachrichten, die beide (gesamtwirtschaftlich gesehen) stagnieren, gibt es im Umland erhebliche Zuwachsraten. Dies gilt im übrigen auch für den Bereich Kreditinstitute und Versicherungen.

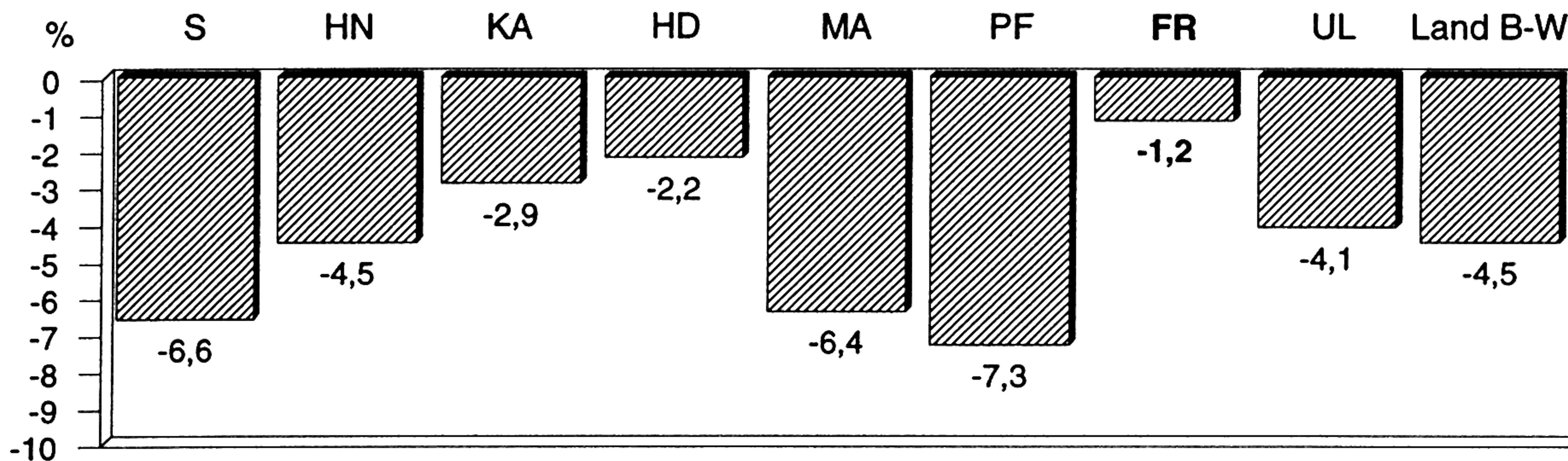
Zwei unterschiedliche Bedingungsfaktoren sind für diese Unterschiede zwischen Stadt und Land verantwortlich: zum einen der Faktor Fläche und zum andern der Faktor Nachfrage. Während sich Industrie und Handwerk häufig wegen der günstigeren Flächenangebote im Umland niederlassen, folgen Bankfilialen, Ärzte, Krankengymnastinnen, Einzelhändler etc. den Kunden, deren Gewicht sich immer stärker in die Umlandgemeinden verlagert.

Fazit: Das Produzierende Gewerbe schrumpft stetig; gleichzeitig wächst die Zahl der Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen "Kreditinstitute und Versicherungen", "Organisationen ohne Erwerbscharakter" und "Dienstleistungen soweit nicht anders genannt".

1.4 Spiegeln sich in den jüngsten Entwicklungen in Freiburg die Trends für die Zukunft?

Von allen Stadtkreisen Baden-Württembergs überstand Freiburg noch am besten die letzte, besonders tiefgreifende Rezession. Mit einem Rückgang von 1 071 Arbeitsplätzen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, was einem Minus von 1,2 % entspricht, lag Freiburg am Ende der Städte und deutlich unter dem baden-württembergischen Durchschnittswert von 4,5 %.

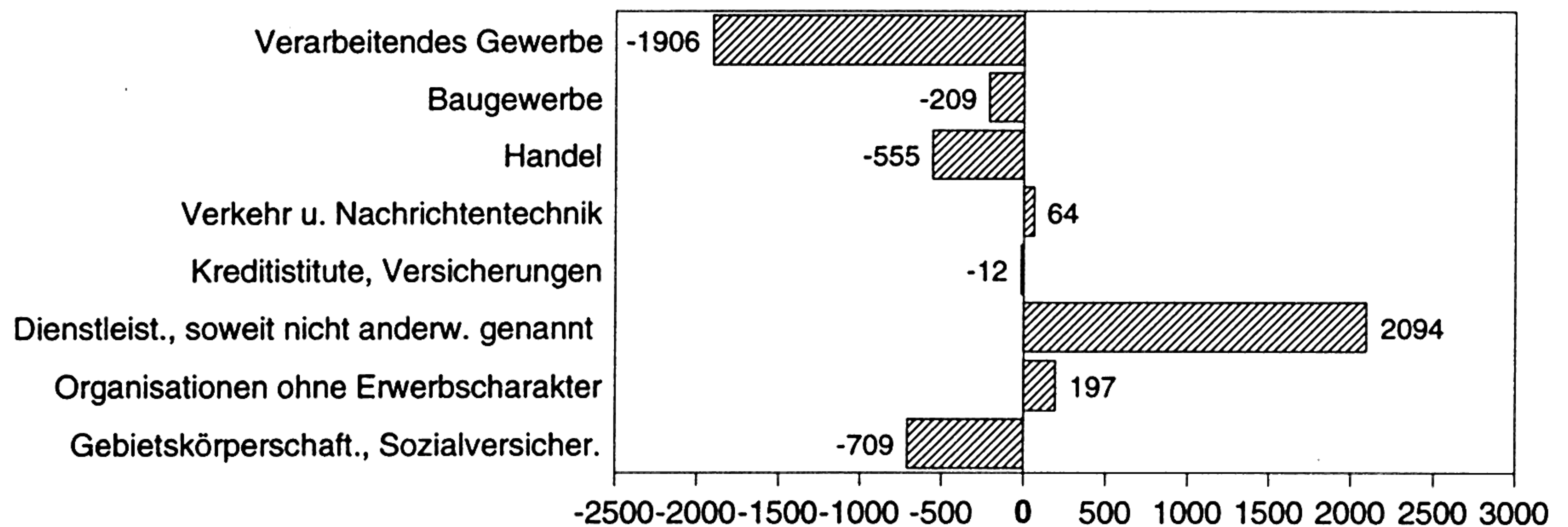
Arbeitsplatzverluste in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg 1992 - 1994 (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Wie sah nun die Veränderung in Freiburg in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zwischen 1992 und 1994 aus?

Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen 1992 - 1994 in Freiburg i. Br.



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A VI 5-vj (jeweils 31.3.)

Verlierer waren die Industrie, das Baugewerbe, der Handel und die Gebietskörperschaften. Auch bei den Kreditinstituten und Versicherungen gab es erstmals seit 1978 die ersten, wenn auch mäßigen Arbeitsplatzersparungen. Im Kontrast hierzu entwickeln sich die Bereiche "Dienstleistungen soweit nicht anders genannt" und die Organisation ohne Erwerbscharakter. Beide zeigten angesichts der allgemeinen Flaute eine erstaunliche Dynamik.

Fazit: "Freiburg hatte zwischen 1992 und 1994 sehr hohe Arbeitsplatzverluste im Verarbeitenden Gewerbe und sehr hohe Gewinne bei den Dienstleistungen soweit nicht anders genannt" (Freie Berufe, Gaststätten, Hotelbetriebe, Reinigungsbetriebe etc.).

Geht man von den momentanen Wirtschaftskräften und Wirtschaftstendenzen aus, so könnte man vermuten, daß in den Zahlen von 1992 bis 1994 auch die Trends der zukünftigen Entwicklung und Umstrukturierung der Wirtschaft zum Ausdruck kommen.

Einkommenseinbußen der privaten Haushalte, Steuerausfälle, wachsende Transferleistungen in die ostdeutschen Bundesländer, weitere Abgabelasten (Pflegeversicherung, Solidarzuschlag), eine sich noch verschärfende internationale Konkurrenz etc. sind Einflußfaktoren, die im Handel, im öffentlichen Dienst (Verwaltung) und in der Industrie weitere Arbeitsplatzverluste erwarten lassen.

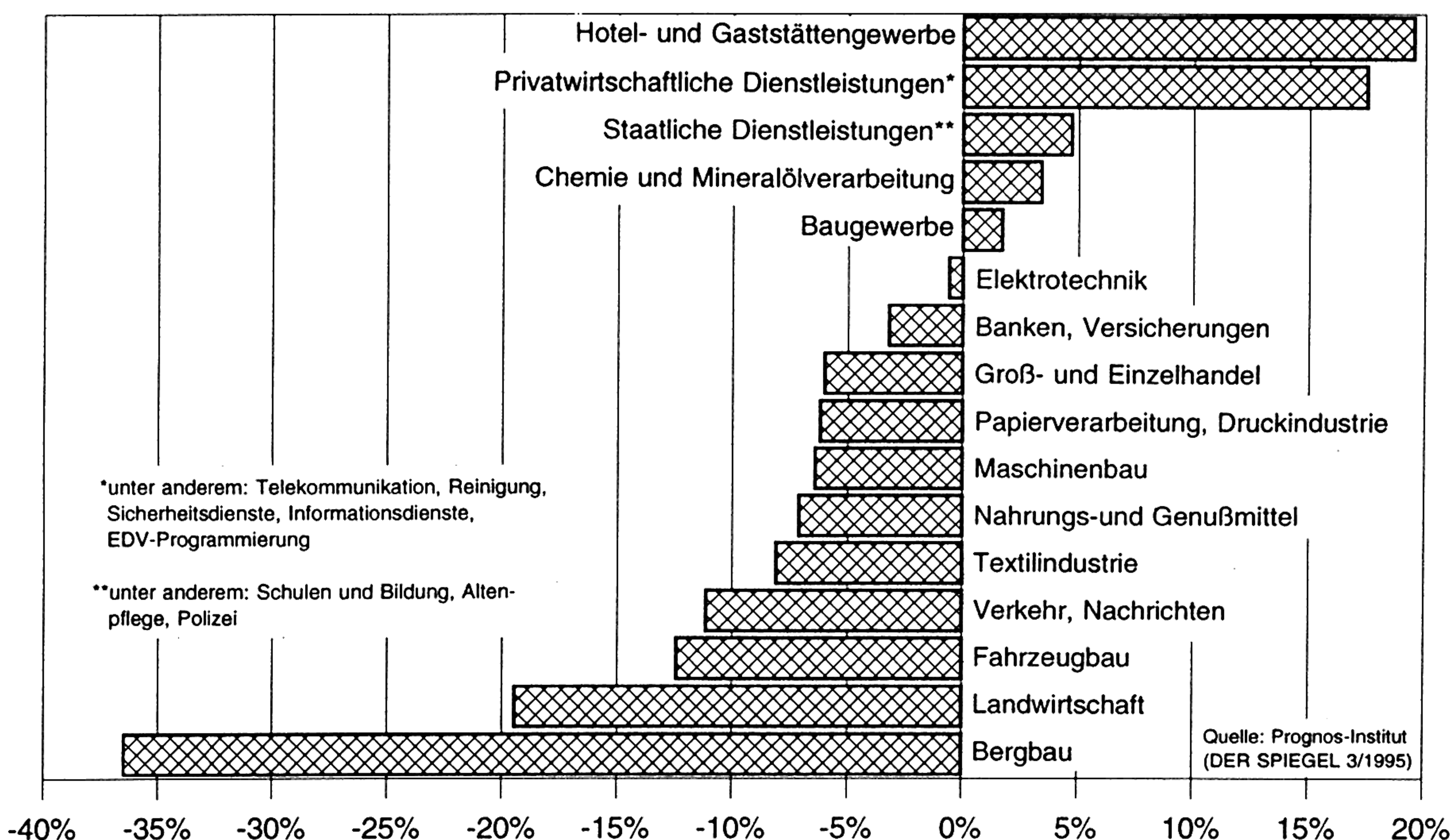
Insbesondere die Industrie wird infolge der umfangreichen Rationalisierungsbemühungen weiter schrumpfen. Mit immer weniger Arbeitskräften wird immer mehr produziert (jobless growth). Gleichzeitig wird die Anforderung an die Qualifikation zunehmen. Ungelernte oder schlecht ausgebildete Arbeitskräfte werden immer weniger gebraucht.

Insgesamt wird die Produktionsbelegschaft abnehmen und es werden die nicht unmittelbar fertigungsgebundenen Jobs, die sich mit Planung, Steuerung, Organisation, Marketing etc. befassen, zunehmen⁸⁾.

Langfristig wird auch für den Bereich Banken und Versicherungen, bisher eher eine ausgesprochene Wachstumsbranche, eine rückläufige Zahl von Arbeitsplätzen prognostiziert⁹⁾. Rationalisierungen bis hin zu der in der Zukunft erwarteten vollautomatisierten Bankfiliale werden Arbeitskräfte einsparen.

Inwieweit die Arbeitsplatzverluste von den Wachstumsbereichen aufgefangen werden, bleibt abzuwarten.

Beschäftigungsprognose einzelner Branchen in Deutschland 1993 bis 2005



Als zukunftssträftig gelten alle Wirtschafts- und Tätigkeitsbereiche, welche

- die Innovationskraft der Wirtschaft und Gesellschaft fördern und die Leistungsfähigkeit der Technik¹⁰⁾ und der menschlichen Arbeitskraft steigern (hierzu gehören auch die Entwicklung neuer Produkte und die Erschließung neuer Märkte),
- geeignet sind, aktuelle oder zukünftige Probleme zu lösen: Umweltprobleme, Abfallbeseitigung, Wassermangel, Landschaftsverbrauch, erschwinglicher Wohnraum, Grenzen der Mobilität / neue Verkehrssysteme etc.,

⁸⁾ Das heißt auch, daß die statistische Zuordnung eines Betriebes zur Industrie oder Dienstleistung immer weniger Auskunft gibt über die Tätigkeiten, die in den Betrieben stattfinden.

⁹⁾ N. Piper: Zu dick, zu schwer, zu teuer; in: Die Zeit, 12/93.

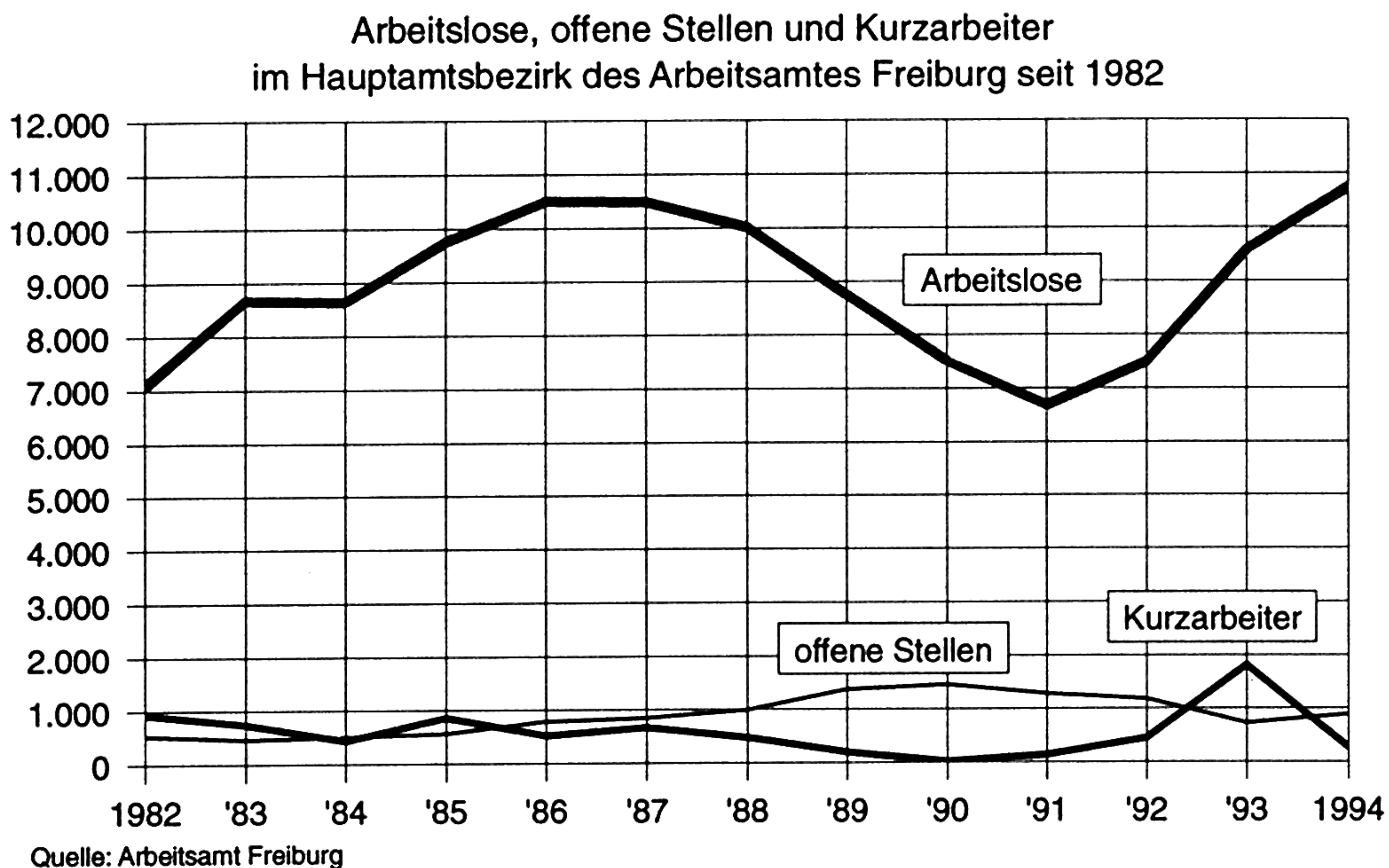
¹⁰⁾ Insbesondere Produktionstechnik, aber auch Technik der Kommunikation und Information.

- sich auf veränderte menschliche (immaterielle) Bedürfnisse, den Wunsch nach Selbsterfahrung und Selbstverwirklichung, das gesteigerte Körper- und Gesundheitsbewußtsein, die Vergnügens- und Reiselust etc. einstellen und auf die demographischen Veränderungen (Alterung der Gesellschaft) reagieren.

Fazit: Die zukünftigen neuen Jobs werden hauptsächlich in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Bildung, Information, Kommunikation, Gesundheit und Pflege, Freizeit und Vergnügen etc. gesehen. Es werden hauptsächlich Berufsfelder expandieren, die dem Dienstleistungssektor zugeordnet werden.

2. Neue Hoffnungen auf dem Arbeitsmarkt – Trendumkehr in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die konjunkturellen Schwankungen sind deutlich an den Arbeitslosenquoten ablesbar. Nach der seit langem niedrigsten Arbeitslosenquote im Jahre 1991 gab es seither eine stetige Zunahme der Arbeitslosen. 1994 wurde der bisherige Höhepunkt erreicht. Seither scheint sich allmählich eine Trendwende durchzusetzen. Die Stimmung in der Wirtschaft und in der Politik wird optimistischer, die Kurzarbeit nimmt ab und die Zahl der offenen Stellen beginnt zu wachsen.



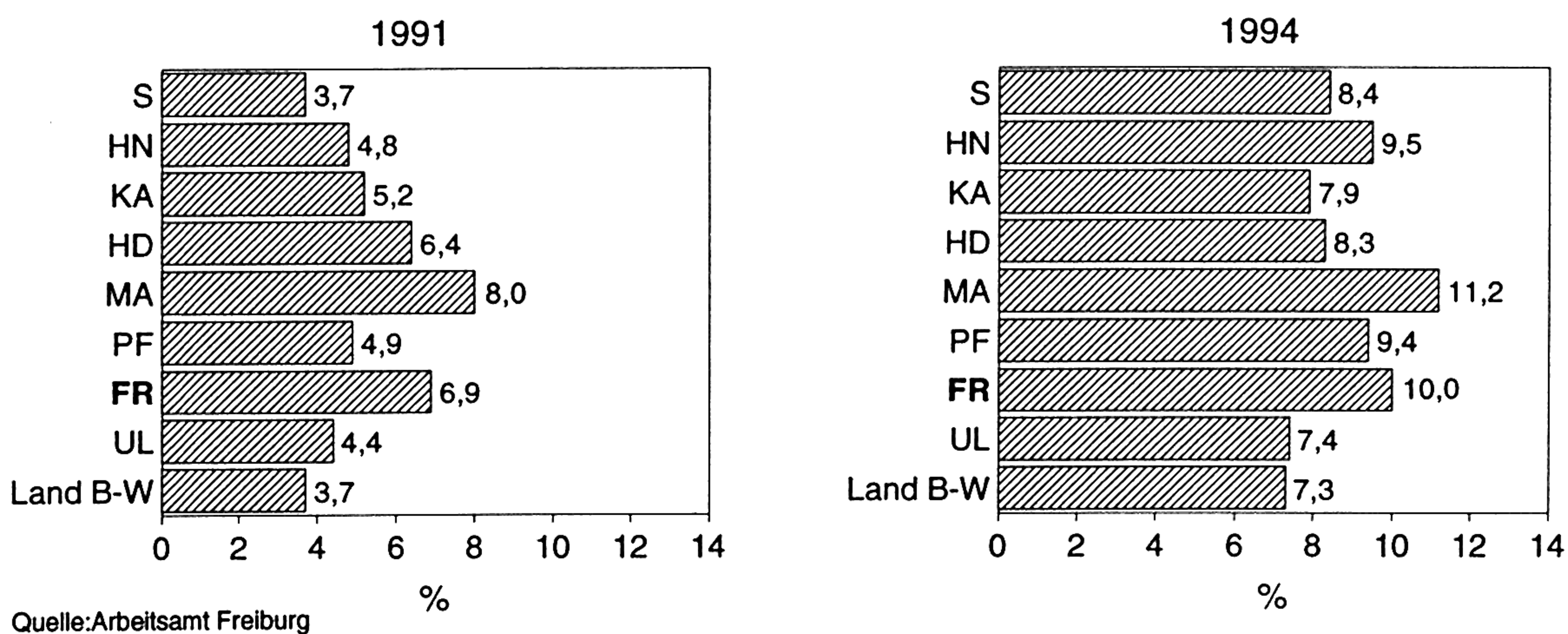
Für eine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt ist es allerdings noch zu früh, da in vielen Bereichen der Wirtschaft die eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen weitergehen und die Wirtschaft insgesamt noch vorsichtig bei Neueinstellungen agiert. Der Rückschlag, den die jüngste Rezession auf dem Arbeitsmarkt verursachte, war gravierend. 1994 waren im Hauptamtsbezirk¹¹⁾ im Jahresdurchschnitt 10 728 Arbeitslose

¹¹⁾ Freiburg und 32 Gemeinden des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald.

registriert, in der Stadt Freiburg waren es 7 464. Im gesamten Hauptamtsbezirk gab es damit über 4 000 Arbeitslose mehr als 1991, davon entfielen rund 2 500 Personen auf Freiburg. Die Arbeitslosenquote kletterte damit im Hauptamtsbezirk auf 8,0 % und in der Stadt Freiburg auf 10,0 %.

Zwar gehört Freiburg immer noch zu den Städten mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg, doch hat sich in den letzten Jahren ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Industriestarke Städte wie Stuttgart, Heilbronn, Ulm, Pforzheim, die 1991 in der Arbeitslosenstatistik noch glänzend dastanden, haben in den vergangenen drei Jahren ihre Arbeitslosenzahlen zum Teil mehr als verdoppelt. Hingegen konnten die baden-württembergischen Großstädte mit hohem Dienstleistungsanteil den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen halten. Das Resultat: Die Arbeitslosenquoten liegen erstmals relativ dicht beisammen.

Arbeitslosenquoten in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg und im Land Baden-Württemberg



Wenn das Personal in der Industrie wie erwartet weiter reduziert wird, dürfte sich das Gewicht noch weiter zugunsten der "Dienstleistungsstädte" verschieben. Freiburgs Position könnte sich weiterhin festigen. Mit der 15. Fakultät (Mikrosystemtechnik/Informatik), dem Ausbau der "Kongreßstadt Freiburg" und weiterer wichtiger Infrastrukturmaßnahmen sind dazu wichtige Weichen gestellt und weitere Schritte auf dem Weg zur einem regionalen innovativen Milieu zurückgelegt, das so große Bedeutung für die weitere Entwicklung hat¹²⁾.

Fazit: Die Arbeitslosenquoten der baden-württembergischen Stadtkreise gleichen sich immer mehr an.

¹²⁾ Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen zeichnen sich durch eine starke Konzentration und intensive Vernetzung von zukunftsweisenden und strukturell verwandten Betrieben, von Forschungseinrichtungen, modernen Dienstleistungsunternehmen, qualifizierten Schulungs- und Ausbildungseinrichtungen etc. aus, zwischen denen vielfältige und enge Austausch- und Rückkoppelungsprozesse bestehen.

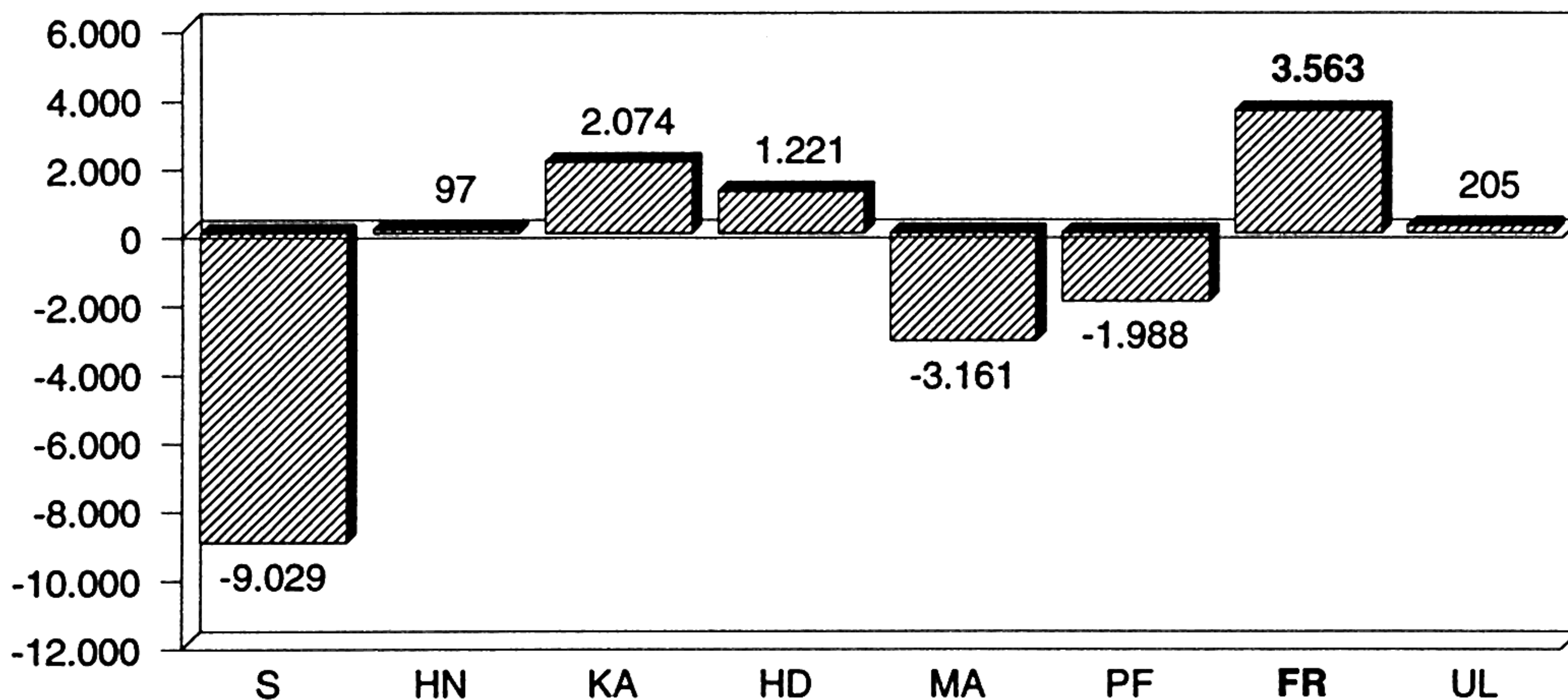
2.1 Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen

Trotz überdurchschnittlichen Arbeitsplatzzuwächsen gehört Freiburg und sein Umland immer noch zu den Regionen, die eine der höchsten Arbeitslosenquoten aufweisen. Wie kommt das?

Die Arbeitslosenquote drückt das Verhältnis zwischen Arbeitsplatzangebot und Arbeitsplatznachfrage aus. Das heißt, nicht nur die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze, sondern auch die Zahl der Erwerbsfähigen und die Erwerbsneigung bestimmen die Höhe der Arbeitslosigkeit. Ist z. B. der Arbeitsplatzzuwachs geringer als die Arbeitsplatznachfrage, steigt die Arbeitslosigkeit.

Rechnerisch kann man die Nachfrage als Summe der besetzten Arbeitsplätze und der (registrierten) Arbeitslosen ausdrücken. Ein Vergleich der Stadtkreise zu den Zeitpunkten 1991 und 1994 zeigt, daß die Nachfrage nach Arbeit sich völlig unterschiedlich entwickelt.

Veränderung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen
in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg 1991 - 1994



Quelle: Arbeitsamt Freiburg

Nachfrage nach Arbeitsplätzen¹⁾ in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg 1988, 1991, 1994

	1988	1991	1994	Veränderungen (in %)	
				1988-1991	1991-1994
Stuttgart	383 313	392 870	383 841	+ 2,5	- 2,3
Heilbronn	64 074	69 630	69 727	+ 8,7	+ 0,1
Karlsruhe	151 890	157 966	160 040	+ 4,0	+ 1,3
Heidelberg	72 352	76 602	77 823	+ 5,9	+ 1,6
Mannheim	184 212	189 308	186 147	+ 2,8	- 1,7
Pforzheim	63 458	66 706	64 718	+ 5,1	- 3,0
Freiburg	90 574	94 089	97 652	+ 3,9	+ 3,8
Ulm	75 046	78 979	79 184	+ 5,2	+ 0,3
Baden-Württemberg	3 768 512	4 039 512	4 098 528	+ 7,2	+ 1,5

¹⁾ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte + Zahl der registrierten Arbeitslosen.

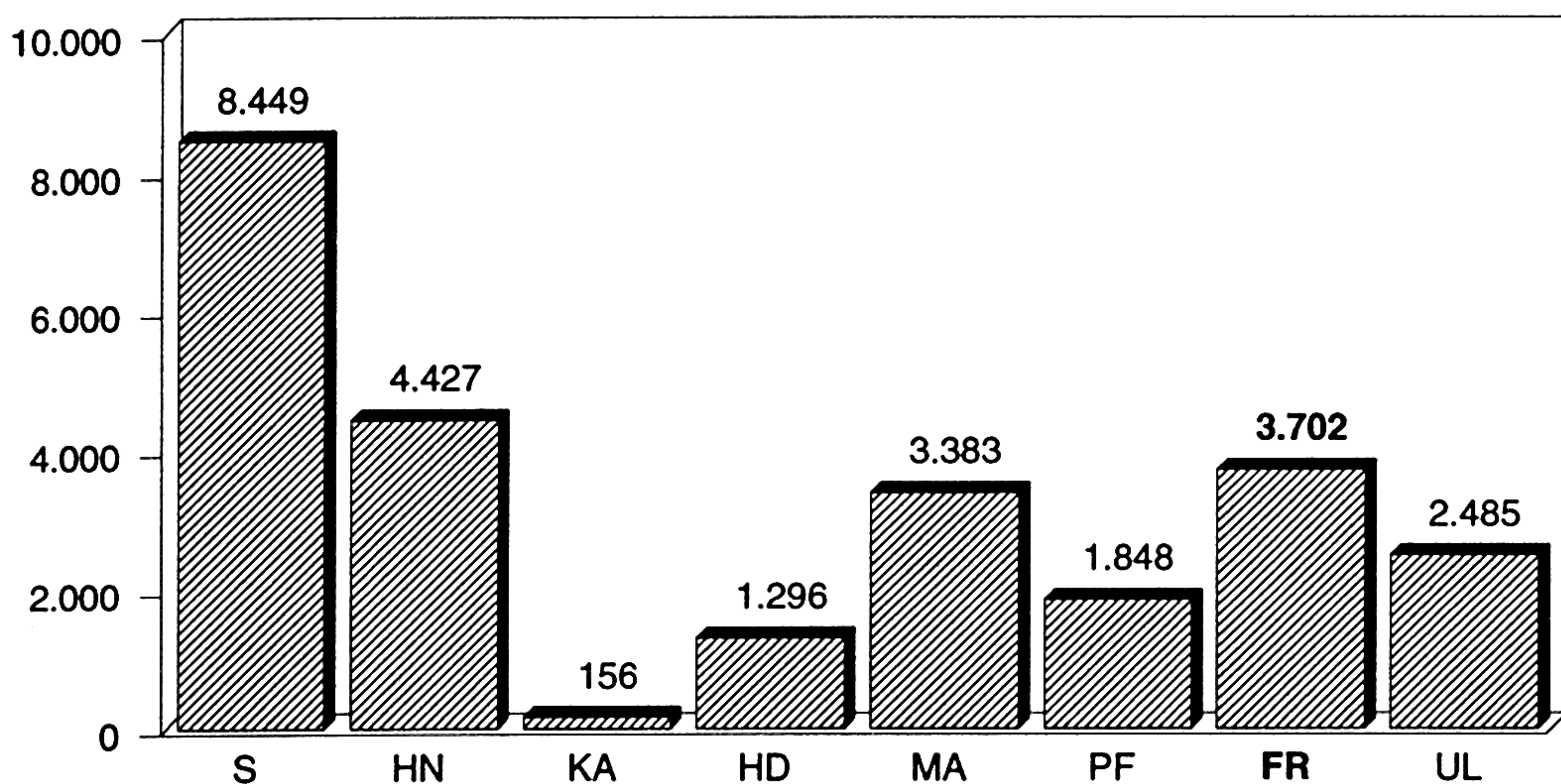
Während Städte mit hohem Industrieanteil zwischen 1991 und 1994 eine rückläufige Nachfrage nach Arbeitsplätzen (Stuttgart, Mannheim, Pforzheim) bzw. eine stagnierende Nachfrage hatten (Heilbronn, Ulm), ist in Heidelberg, Karlsruhe und in Freiburg die Nachfrage gestiegen. Freiburg ragt dabei besonders heraus.

Die Nachfrage nach Arbeit ist in allen Städten und Gemeinden in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Der Grund: die starke Zuwanderung von Aussiedlern, Ostdeutschen und Flüchtlingen aus allen Erdteilen. So hat sich z. B. in Freiburg zwischen 1990 und 1993 (31.12.) die erwerbsfähige Bevölkerung (18- bis 65jährige) um 3 702 Personen (= + 2,8 %) erhöht. Dieser Wert ist allerdings nicht wesentlich höher als der der meisten Vergleichsstädte, so daß der besonders starke Nachfragezuwachs in Freiburg nicht alleine auf der demographischen Komponente beruht.

**Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung (18 – 65 Jahre)
zwischen 1990 und 1993 in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg**

	Stuttgart	Heilbronn	Karlsruhe	Heidelberg	Mannheim	Pforzheim	Freiburg	Ulm
abs.	8 449	4 427	156	1 296	3 383	1 848	3 702	2 485
%	2,1	5,7	0,1	1,3	1,6	2,5	2,8	3,4

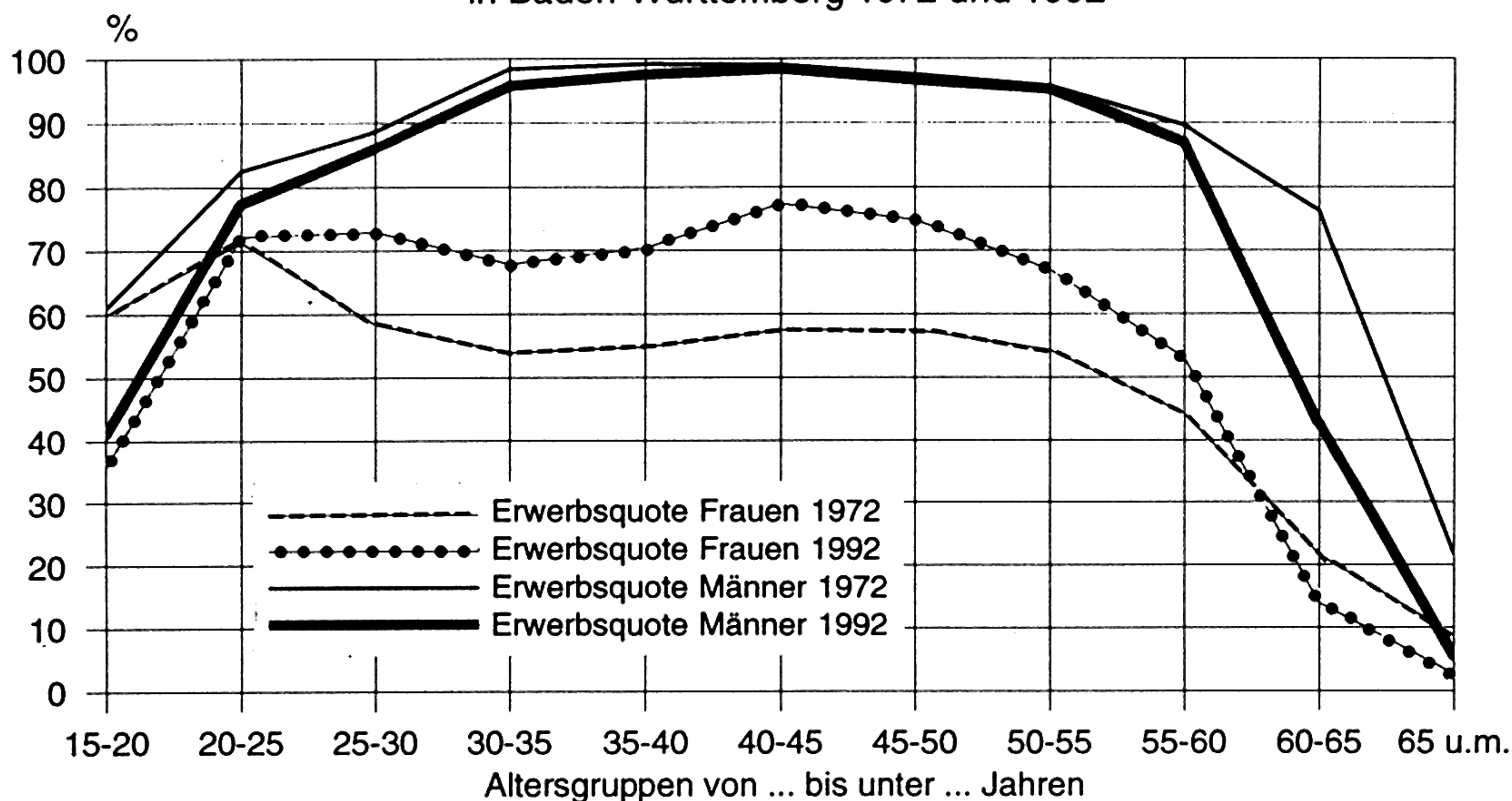
**Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung (18 bis 65 Jahre) zwischen 1990 und 1993
in den Stadtkreisen von Baden-Württemberg**



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A I 3-j

Die Nachfrage ist nicht nur vom Umfang der erwerbsfähigen Bevölkerung abhängig, sondern auch von der Erwerbsbereitschaft. Diese Erwerbsbereitschaft reagiert unterschiedlich elastisch auf das schwankende Arbeitsplatzangebot. Leider gibt es keine städtischen Vergleichszahlen über die Entwicklung der Erwerbsquoten. Betrachtet man allerdings die längerfristigen Quoten für das Land, so erkennt man, daß die Erwerbsneigung zugenommen hat. Dies betrifft ausschließlich Frauen, genauer gesagt die Frauen zwischen 25 und 59 Jahre¹³⁾. Erkennbar ist, daß die Erwerbsquoten bei den Jungen durch die längeren Ausbildungszeiten und bei den Älteren durch einen vorgezogenen Ruhestand rückläufig sind.

Altersspezifische Erwerbsquoten von Männern und Frauen
in Baden-Württemberg 1972 und 1992



Quelle: Staatsanzeiger von Baden-Württemberg vom 31.12.1994

Fazit: In Freiburg hat die Arbeitsplatznachfrage durch die Zunahme der Erwerbsbevölkerung und die wachsende Erwerbsneigung in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark zugenommen.

2.2 Langzeitarbeitslosigkeit in Freiburg i. Br.

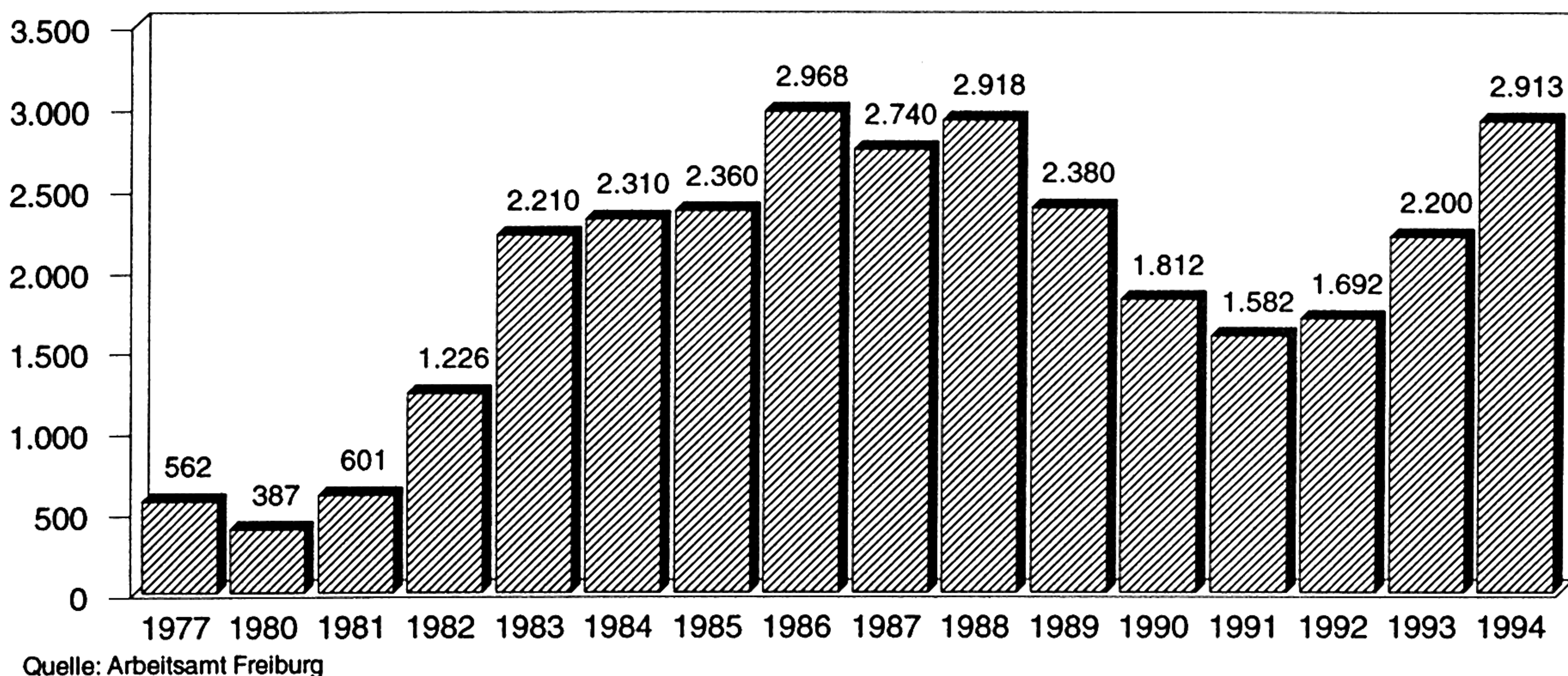
Die Entwicklung zeigt nach oben

Die jüngste Rezession hat die Arbeitslosigkeit erneut anschwellen lassen und zugleich die Zahl der Langzeitarbeitslosen (Arbeitslose, die ein Jahr und länger arbeitslos sind) überproportional stark erhöht. Mit anderen Worten, die Zahl der Langzeitarbeitslosen wächst schneller als die Zahl der Arbeitslosen ins

¹³⁾ Wenn immer mehr Frauen (insbesondere auch verheiratete) erwerbstätig sind, so drückt sich darin nicht nur der Wertewandel aus, sondern auch die Tatsache, daß die Zahl der Kinder in den Familien zurückgeht und daß in dem expandierenden Dienstleistungsbereich immer mehr Jobs für Frauen (viele Teilzeitjobs) zur Verfügung stehen.

gesamt. Dieses Phänomen läßt sich schon seit den späten 70er Jahren beobachten, als erstmals im Nachkriegsdeutschland Arbeitslosigkeit in größerem Ausmaß auftrat. Dabei verläuft diese Entwicklung nicht kontinuierlich, sondern wird immer wieder durch konjunkturelle Aufschwünge unterbrochen. Allerdings sind die Aufschwünge in der Regel nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit von der letzten Rezession vollständig zurückzubilden. Die Folge ist ein steigender Sockel von Langzeitarbeitslosen, der sich von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus erhöht.

Veränderung der Langzeitarbeitslosen im Hauptamtsbezirk des Arbeitsamtes Freiburg 1977 bis 1994
(Stand jeweils September)



Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt (in %) im Hauptamtsbezirk
des Arbeitsamtes Freiburg und in der Stadt Freiburg i. Br.

	1977	1980	1983	1985	1988	1990	1991	1992	1993	1994
Hauptamt	13,6	10,5	25,9	23,0	29,6	25,5	23,9	21,8	22,0	26,0
Stadt Freiburg							26,3	23,6	23,1	28,1

Gründe für die Langzeitarbeitslosigkeit

Man kann heute Arbeitslosigkeit nicht mehr nur als ein konjunkturelles Phänomen erklären, das alleine durch eine erhöhte Nachfrage beseitigt werden könnte, sondern die Ursachen sind komplexer und vielfältiger. Arbeitslosigkeit wird u. a. verursacht durch den wachsenden internationalen Wettbewerb, die hohen Lohnkosten, die Schwächen bei der Entwicklung neuer Produkte und bei der Erschließung neuer Märkte, die starke Zuwanderung von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen etc.

Ist jemand längere Zeit arbeitslos, wird die Arbeitskraft entwertet, Kenntnisse und Fähigkeiten gehen verloren. Die Menschen sind nicht nur von den Lernprozessen in den Betrieben abgeschnitten, sondern

sie verlieren unter Umständen auch an Selbstsicherheit, Motivation und bestimmte kommunikative Fähigkeiten. Ihre Wiedereingliederung wird daher um so schwieriger, je länger die Arbeitslosigkeit dauert.

Besondere Probleme haben dabei jene, deren (Industrie-)Arbeitsplätze ganz wegfallen und die auch bei einem erneuten Aufschwung nicht wiederbesetzt werden. Dies geschieht unter dem Zwang der Rationalisierung und Modernisierung immer häufiger.¹⁴⁾ Neue angebotene Stellen im Dienstleistungssektor verlangen häufig ganz andere Qualifikationsmerkmale, über die die Betroffenen nicht verfügen.

Eine Wiedereinstellung der Langzeitarbeitslosen wäre häufig nur bei deutlich geringeren Löhnen und Gehältern möglich. Dies scheitert allerdings meist an der starren Tarifstruktur bzw. an der mangelnden Bereitschaft der Arbeitslosen, größere Einbußen hinzunehmen.¹⁵⁾ Das führt dazu, daß es trotz der hohen dauerhaften Arbeitslosigkeit in verschiedenen Tätigkeitsfeldern und Berufszweigen nicht genügend Interessenten gibt (Einzelhandel, Pflegeberufe etc.). Für L. Späth und H. Henzler ist die steigende Langzeitarbeitslosigkeit deshalb auch ein Zeichen für die Unbeweglichkeit des deutschen Arbeitsmarktes.¹⁶⁾

Während durch wachsende Arbeitslosigkeit einerseits ein (immer größer werdender) Teil der Bevölkerung ausgegrenzt wird und tendenziell verarmt, wächst andererseits die Belastung für die Gemeinden, die ohnehin durch die starke Zuwanderung und die Kosten der Wiedervereinigung am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten stehen.

Die Struktur der Langzeitarbeitslosen

Bei Flaute werden häufig zuerst die älteren Arbeitnehmer, die Kranken, die Behinderten, die Schlechtqualifizierten, die Ausländer und häufig auch die Frauen entlassen. Bei Wirtschaftsaufschwüngen werden diese Gruppen aber meist als letzte eingestellt. Entsprechend sieht die Struktur der Langzeitarbeitslosen aus.

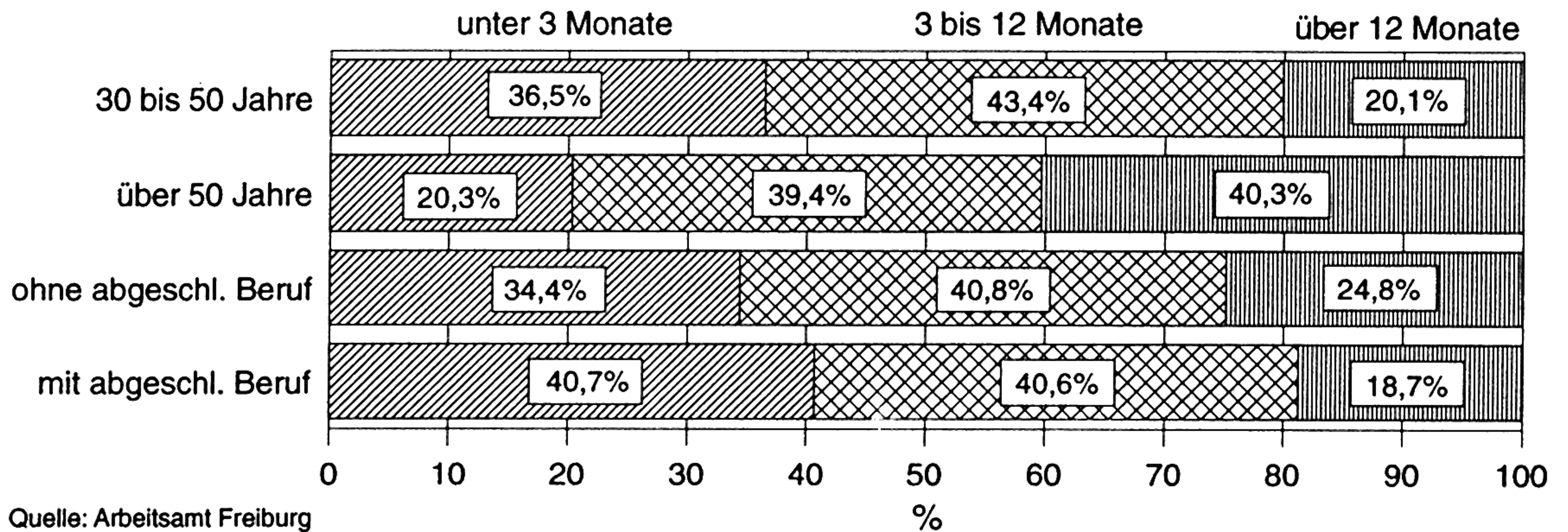
Fallen mehrere für den Arbeitsmarkt negative Merkmale bei einer Person zusammen, verlängert sich fast zwangsläufig die Arbeitslosigkeit. Die Problemgruppe Nummer eins, die kaum mehr Chancen auf einen Arbeitsplatz hat, sind ältere Arbeitnehmer (über 55 Jahre) ohne Ausbildung und mit gesundheitlichen Schäden.

¹⁴⁾ Es gibt eine strukturbedingte Verschiebung der Arbeitsplätze von der Industrie zum Dienstleistungsbereich.

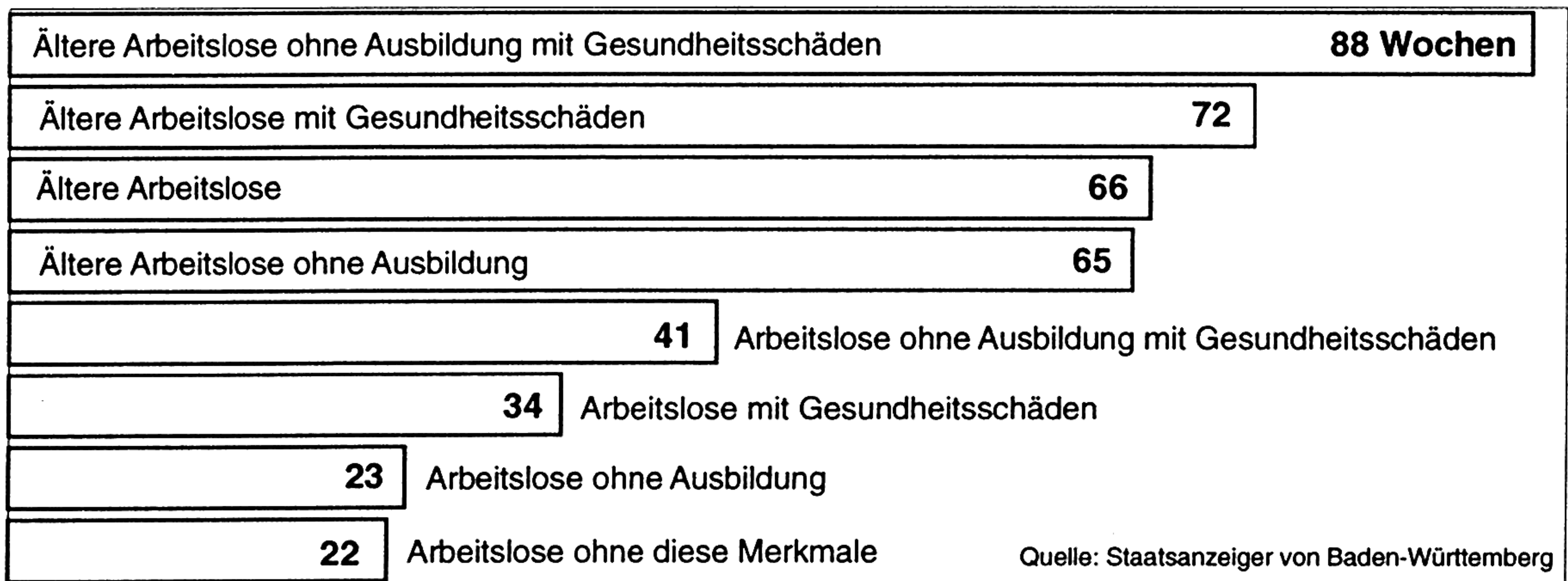
¹⁵⁾ Wie die Beispiele Japan, USA und Kanada zeigen, ist dort der Druck, eine Arbeit zu suchen und auch anzunehmen, größer als in Westeuropa, da nicht nur weniger Arbeitslosenunterstützung bezahlt wird, sondern diese auch weniger lang dauert. Hierzu: Alfred Herrhausen + Gesellschaft für internationalen Dialog (Hrsg.), Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit, Frankfurt 1994.

¹⁶⁾ H. Henzler, L. Späth: Sind die Deutschen noch zu retten? Von der Krise in den Aufbruch, München 1995.

Alter und Berufsausbildung der Arbeitslosen nach Dauer der Arbeitslosigkeit
im Arbeitsamtsbezirk Freiburg in % (Stand September 1993)



Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt
Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen nach verschiedenen Merkmalen
(Stand 1992, Durchschnitt für Männer und Frauen)



Fazit: Es gibt einen wachsenden Sockel von Langzeitarbeitslosen, der sich von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus erhöht. Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt sind insbesondere ältere, unqualifizierte und gesundheitlich angeschlagene Arbeitnehmer.

3. Berufliche Ausbildung

Auch die Ausbildungsstellen der gewerblichen Wirtschaft fallen zunehmend dem Diktat der Einsparungen zum Opfer. Viele Betriebe betrachten die Ausbildung als zu teuer und wollen in Zukunft Ausbildungsplätze streichen.¹⁷⁾ Betroffen sind vor allem die gewerblich-technischen, weniger die kaufmännischen Ausbildungsberufe. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. Rein rechnerisch gibt es allerdings im Hauptamtsbezirk immer noch mehr Ausbildungsstellen als Nachfrager. Im September 1994 gab es

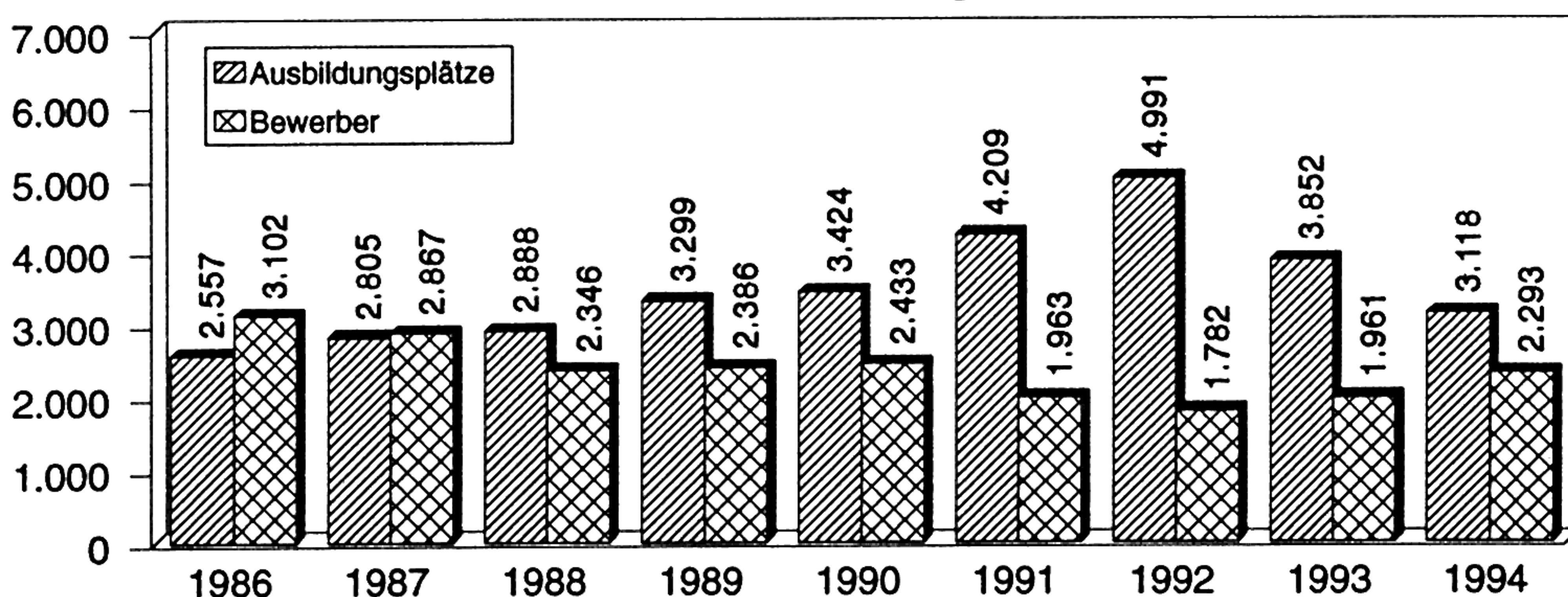
¹⁷⁾ IHK Südlicher Oberrhein, Bericht über die Wirtschaftslage im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein für das vierte Quartal 1994, 30.1.1995.

3 118 Ausbildungsplätze (734 Plätze weniger als ein Jahr zuvor) und 2 293 Jugendliche, die eine Lehr- bzw. Praktikantenstelle suchten.

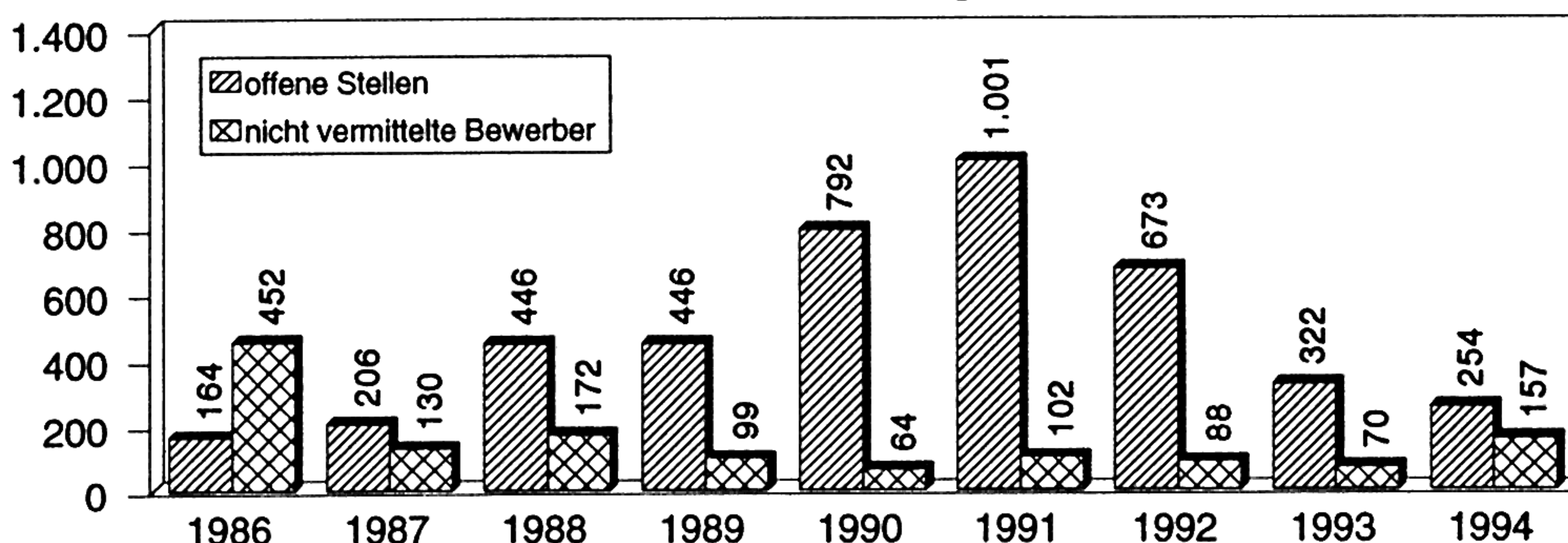
Da das Angebot nicht unbedingt mit den Wünschen der Schulabgänger übereinstimmt, waren Ende September noch 157 Jugendliche ohne Lehrstelle.¹⁸⁾ Besondere Probleme bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen treten besonders bei Bewerbern/Bewerberinnen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife auf, vor allem bei jenen, die ihr Studium abgebrochen haben.

Nach wie vor gibt es bei den Bewerbern und Bewerberinnen ein relativ stabiles Präferenzmuster. Kaufmännische Lehrberufe in der Industrie und im Handel und Lehrstellen im Bereich Gesundheit (Arzt- und Zahnarzthelferinnen) stehen in der Gunst der Bewerber und Bewerberinnen ganz oben, so daß es hier regelmäßig ein Defizit an Ausbildungsplätzen gibt. Umgekehrt meldet das Bau- und Baunebengewerbe, das Lebensmittelhandwerk, der Einzelhandel und das Hotel- und Gaststättengewerbe noch eine beträchtliche Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze.

Ausbildungsplätze und Bewerber im Hauptamtsbezirk
des Arbeitsamtes Freiburg 1986 - 1994



Offene Stellen und nicht vermittelte Bewerber im Hauptamtsbezirk
des Arbeitsamtes Freiburg 1986 - 1994



Quelle: Arbeitsamt Freiburg

Fazit: Der Markt für Lehrstellen wird zusehends enger.

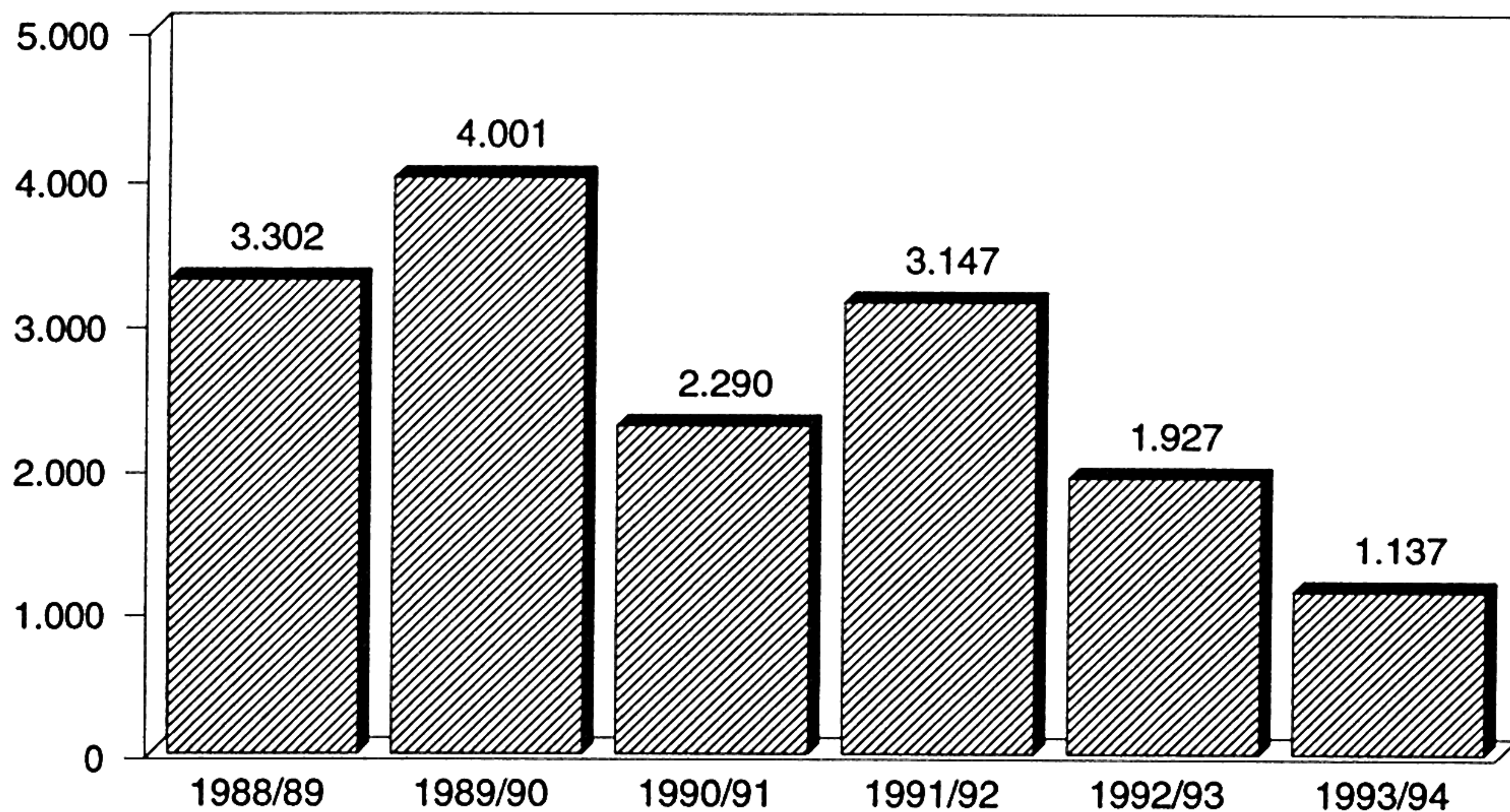
¹⁸⁾ Bericht des Arbeitsamtes Freiburg.

II Demographische und soziale Entwicklungstrends

1. Bevölkerungswachstum schwächt sich ab

Seit 1988/89 haben wir ein stürmisches Bevölkerungswachstum, das allmählich in ruhigere Bahnen gerät. Die jüngsten Wachstumsraten sind deutlich niedriger als jene der ausgehenden 80er und frühen 90er Jahre, als die Öffnung der Grenzen in Osteuropa einen enormen Wanderungsschub auslösten. Der Sog, der heute von der Bundesrepublik ausgeht, dürfte kaum geringer sein, doch die Zuzugsbedingungen sind inzwischen wesentlich restriktiver.

Bevölkerungszunahme in Freiburg i. Br. zwischen 30.6.1988 und 30.6.1994



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A I 2-j

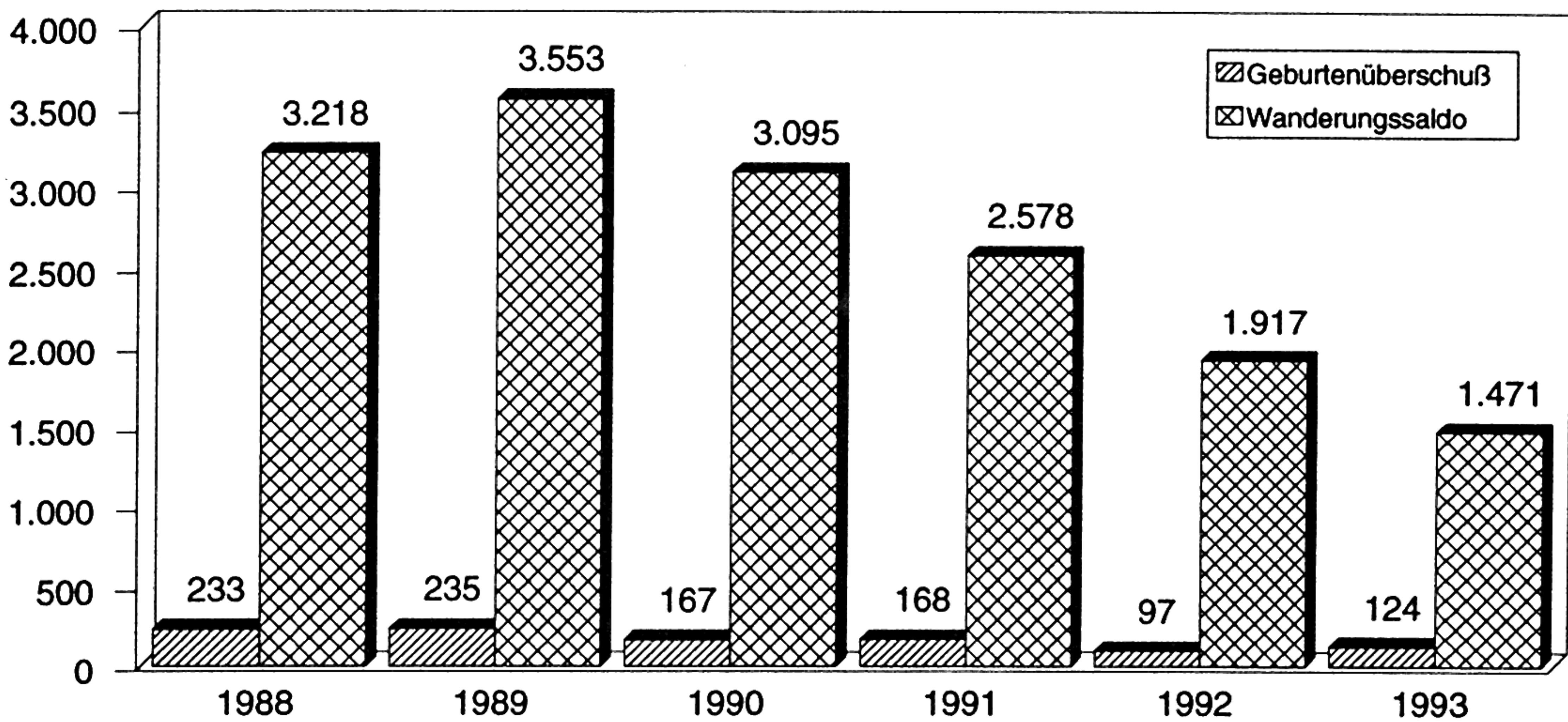
Die Bevölkerungszahlen wachsen inzwischen überall langsamer. In einigen Großstädten Baden-Württembergs gibt es sogar erstmals wieder leichte Bevölkerungsverluste (z. B. in Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg).

Das Bevölkerungswachstum der jüngsten Vergangenheit in den Großstädten beruhte fast ausschließlich auf der Zuwanderung aus dem Ausland, wobei auch die Aussiedler einen Großteil dazu beitrugen.

Sieht man sich die Freiburger Entwicklung seit 1988 an, so kann man folgendes erkennen:

1. Der Geburtenüberschuß ist gering, und er hat seit 1988 nur zu einem geringen Maße zum Wachstum der Bevölkerung beigetragen (Anteil am Wachstum rund 6 %).

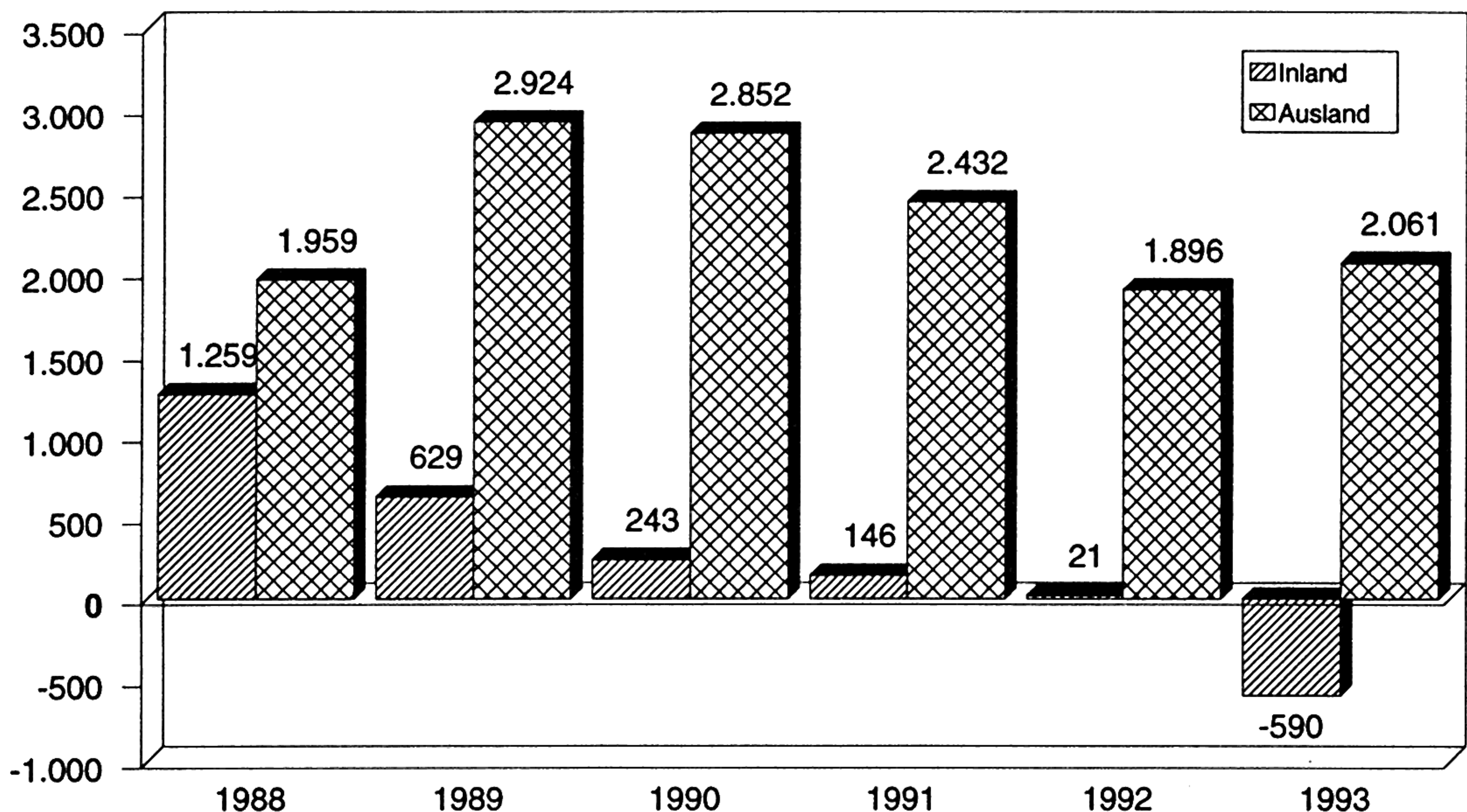
Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung
in Freiburg i. Br. 1988 - 1993



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A I 1-j

- Die Zuwanderung aus dem Inland ist seit dem Höhepunkt 1988/89 (Öffnung der innerdeutschen Grenze) ständig gesunken. 1993 gab es erstmals eine negative Bilanz bei der Wanderung innerhalb des Bundesgebiets, was zum Teil mit der Rezession in Zusammenhang steht.
- Die Zuwanderung aus dem Ausland ist seit 1989 ebenfalls zurückgegangen, allerdings hat sie sich auf einem relativ hohen Niveau von rund 2 000 Personen stabilisiert.

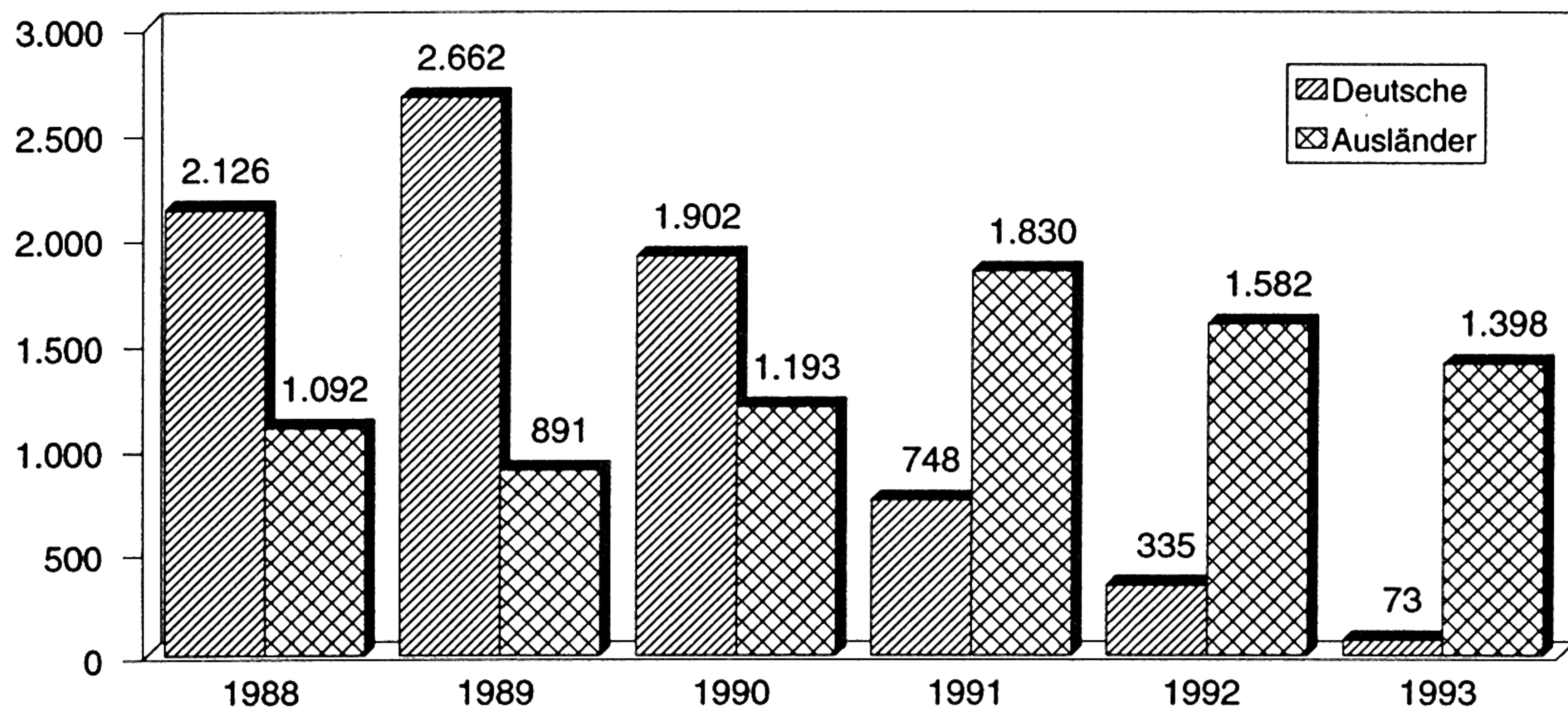
Salden der Wanderungsbewegung zwischen Freiburg i. Br.
und dem Inland bzw. dem Ausland 1988 - 1993



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A I 1-j

4. Seitdem die Zuwanderung der deutschen Aussiedler aus Osteuropa merklich nachgelassen hat und auch der Wanderungssaldo gegenüber den ostdeutschen Bundesländern inzwischen ausgeglichen ist, haben sich die Wanderungssalden eindeutig zugunsten der Ausländer verschoben. Allerdings sind die Zahlen auch bei den Ausländern seit 1991 rückläufig.

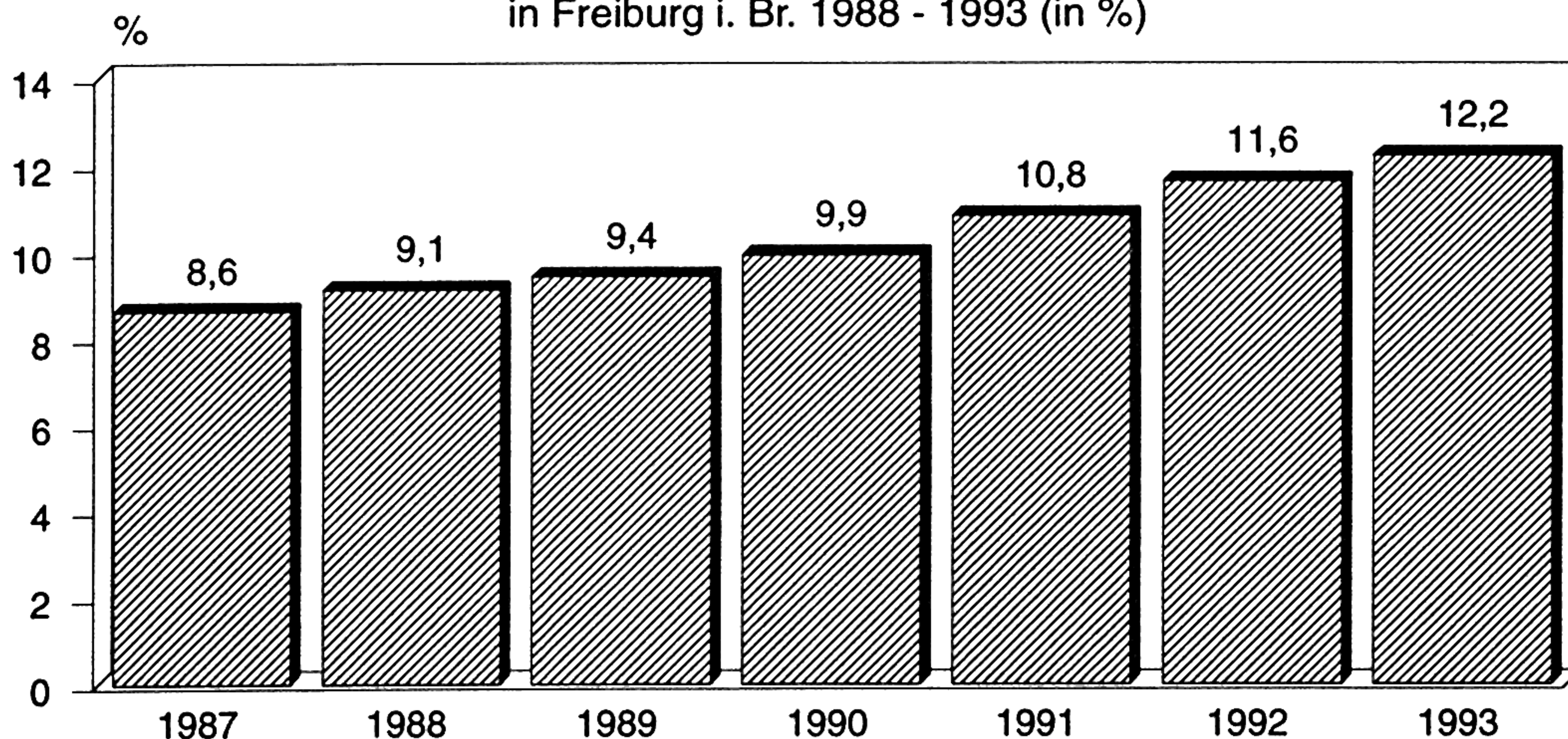
Wanderungssalden von Deutschen und Ausländern
in Freiburg i. Br. 1988 - 1993



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Statistische Berichte A I 1-j

5. Noch nie war der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung so hoch. Im Jahre 1993 betrug er rund 12 %.

Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung
in Freiburg i. Br. 1988 - 1993 (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt von Baden-Württemberg; Statistische Berichte A I 1-j

Fazit: Das Bevölkerungswachstum schwächt sich ab, wobei dies insbesondere durch die geringere Zuwanderung aus dem Inland (West- und Ostdeutsche) und aus dem Ausland (insbesondere Aussiedler) verursacht wird.

2. Entwicklungstrends bei einigen Bevölkerungsgruppen, die in jüngster Vergangenheit wesentlich das Bevölkerungswachstum bestimmten

Die Bevölkerungsentwicklung in Freiburg in den letzten Jahren wurde sehr stark von wenigen Gruppen geprägt: von den Ausländern, insbesondere den Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen, den Ausiedlern, den Zuwanderern aus den neuen Bundesländern und, speziell in Freiburg, von den Studenten. Wie stellt sich nun die Entwicklung im einzelnen dar?

2.1 Asylbewerber / Bürgerkriegsflüchtlinge

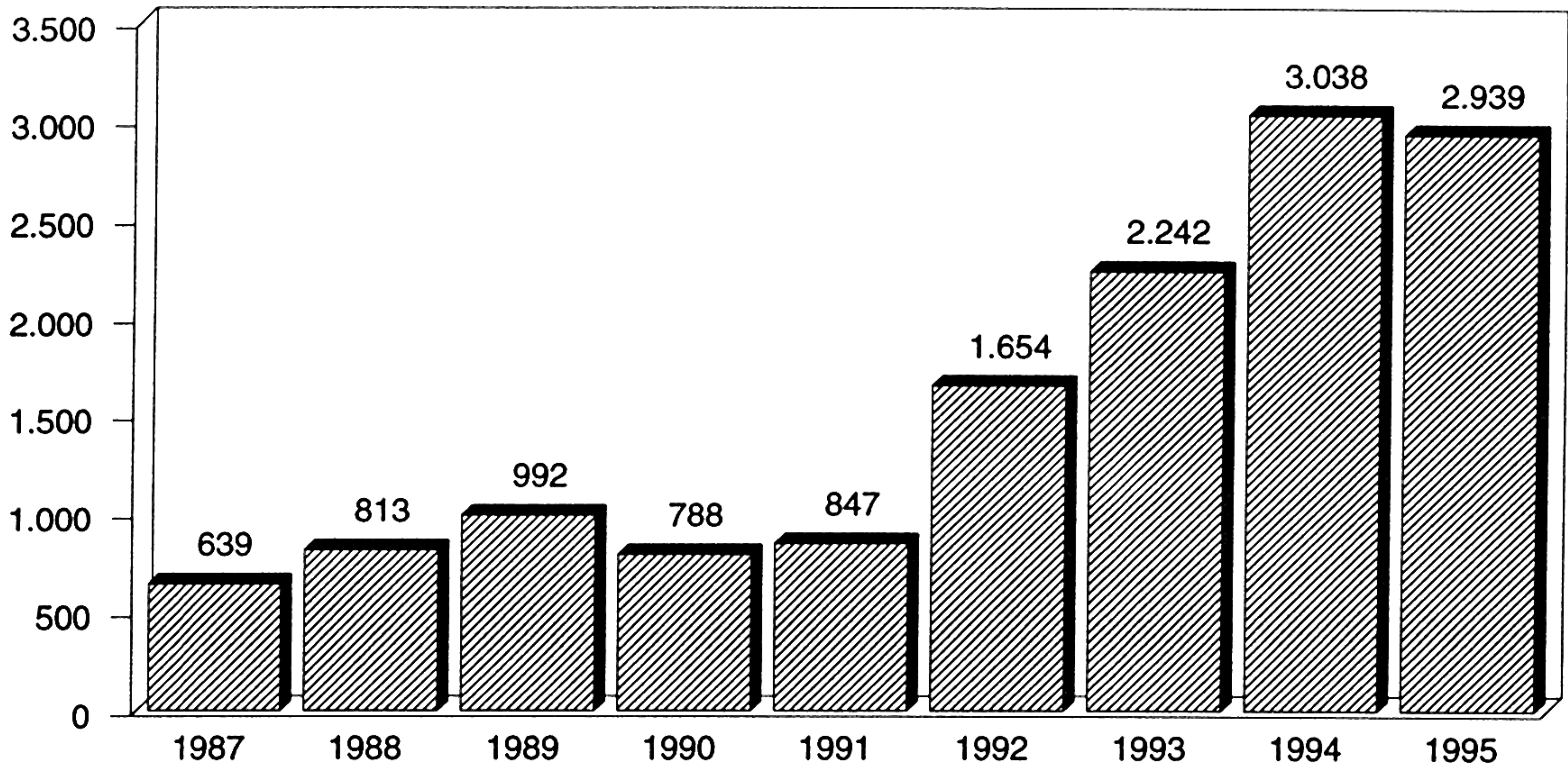
Man muß Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge im Zusammenhang betrachten, da es sich bei beiden Gruppen um Flüchtlinge handelt und die Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, die den Hauptteil der Flüchtlinge ausmachen, entweder den Status des Bürgerkriegsflüchtlings oder den des Asylbewerbers annehmen können.¹⁹⁾

Bei den Asylbewerbern erkennt man eine starke Zunahme im Zeitraum 1991 bis Juli 1992, als die Zahl von 847 auf 1 599 anstieg. Da das Anerkennungsverfahren in der Regel längere Zeit dauert, blieb die Zahl der Asylbewerber auch nach Einschränkung des Asylrechts noch lange auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Erst in jüngster Zeit sind die Zahlen rückläufig. Die Zuwanderung ist merklich zurückgegangen, sie lag in den letzten 12 Monaten im Durchschnitt knapp 30 Personen pro Monat unter der Zahl der Abwanderer.

Anders läuft die Entwicklung bei den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Zahl steigt unablässig. Mittlerweile (1.1.1995) leben in Freiburg 1 682 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die den Status des Bürgerkriegsflüchtlings haben. Hinzu kommen noch 666 Asylbewerber, die aus dem Kriegs- und Krisengebiet auf dem Balkan stammen. Menschen aus Bosnien-Herzegowina, Makedonien, Kroatien und dem Restjugoslawien stellen zusammen rund 54 % aller Asylbewerber. Weitere größere Flüchtlingsgruppen stammen aus der Türkei (196 Personen), dem Libanon (97 Personen) und Afghanistan (43 Personen).

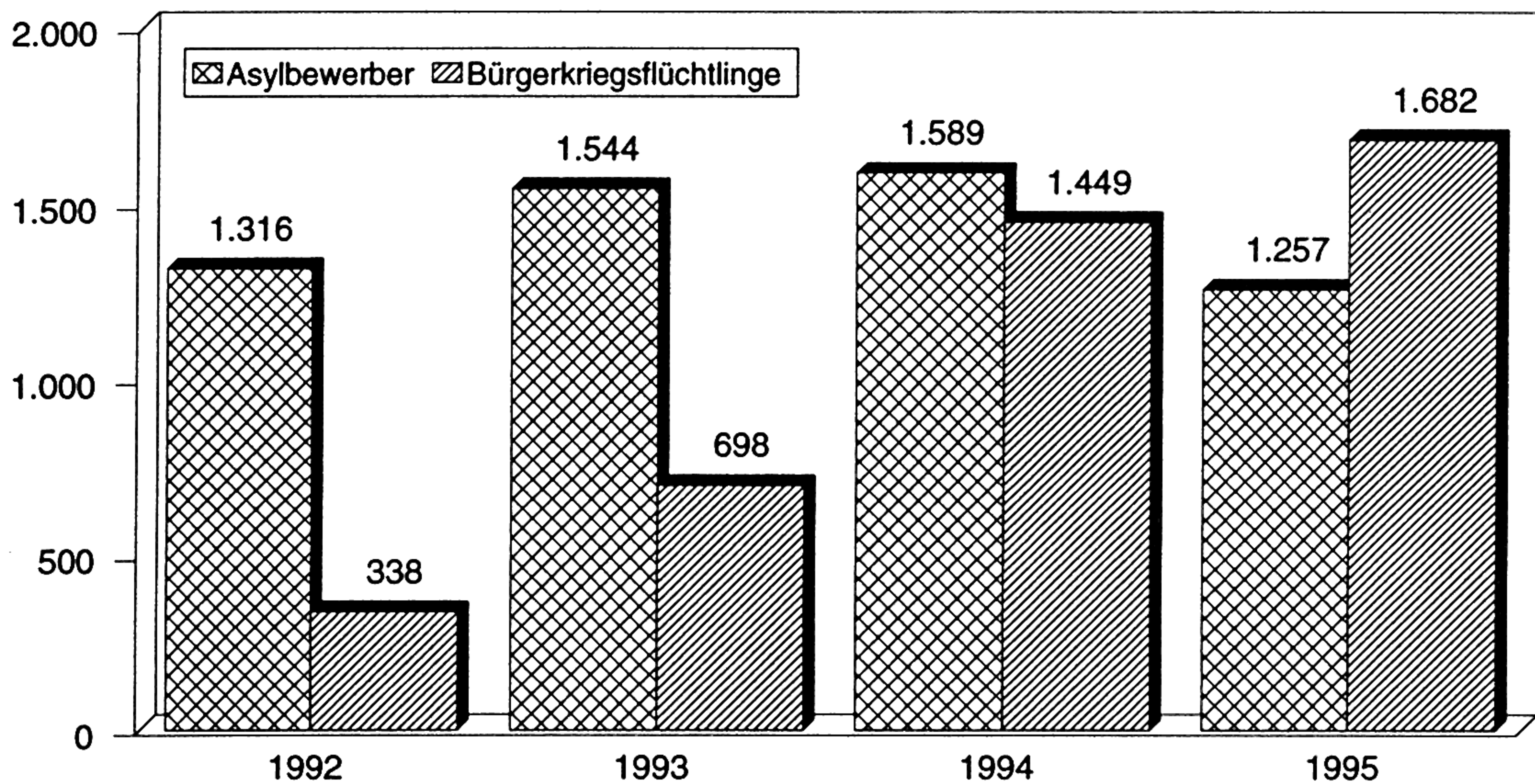
¹⁹⁾ Da die Asylbewerber inzwischen im ersten Jahr – im Unterschied zu den Bürgerkriegsflüchtlingen – Naturalien statt Geld bekommen, werden sich die Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien vermutlich wieder verstärkt um den Status des Bürgerkriegsflüchtlings bemühen.

Entwicklung der Flüchtlingszahlen in Freiburg i. Br. seit 1987 (jeweils 1.1.)



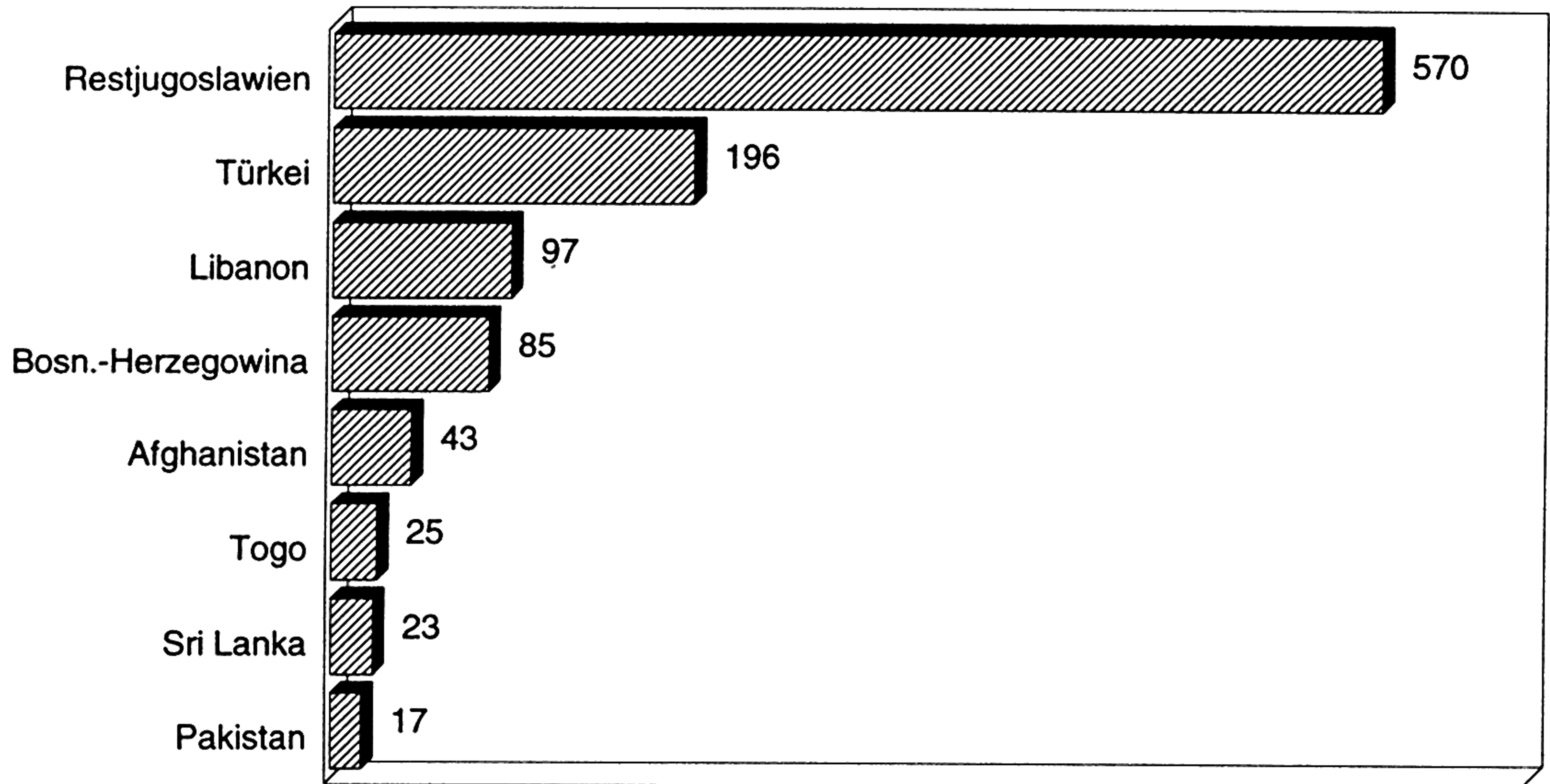
Quelle: Stadt Freiburg i. Br., Ausländerbehörde

Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Freiburg i. Br. seit 1992 (jeweils 1.1.)



Quelle: Stadt Freiburg i. Br., Ausländerbehörde

Zahl der Asylbewerber nach Hauptherkunftsländern am 1.1.1995 in Freiburg i. Br.



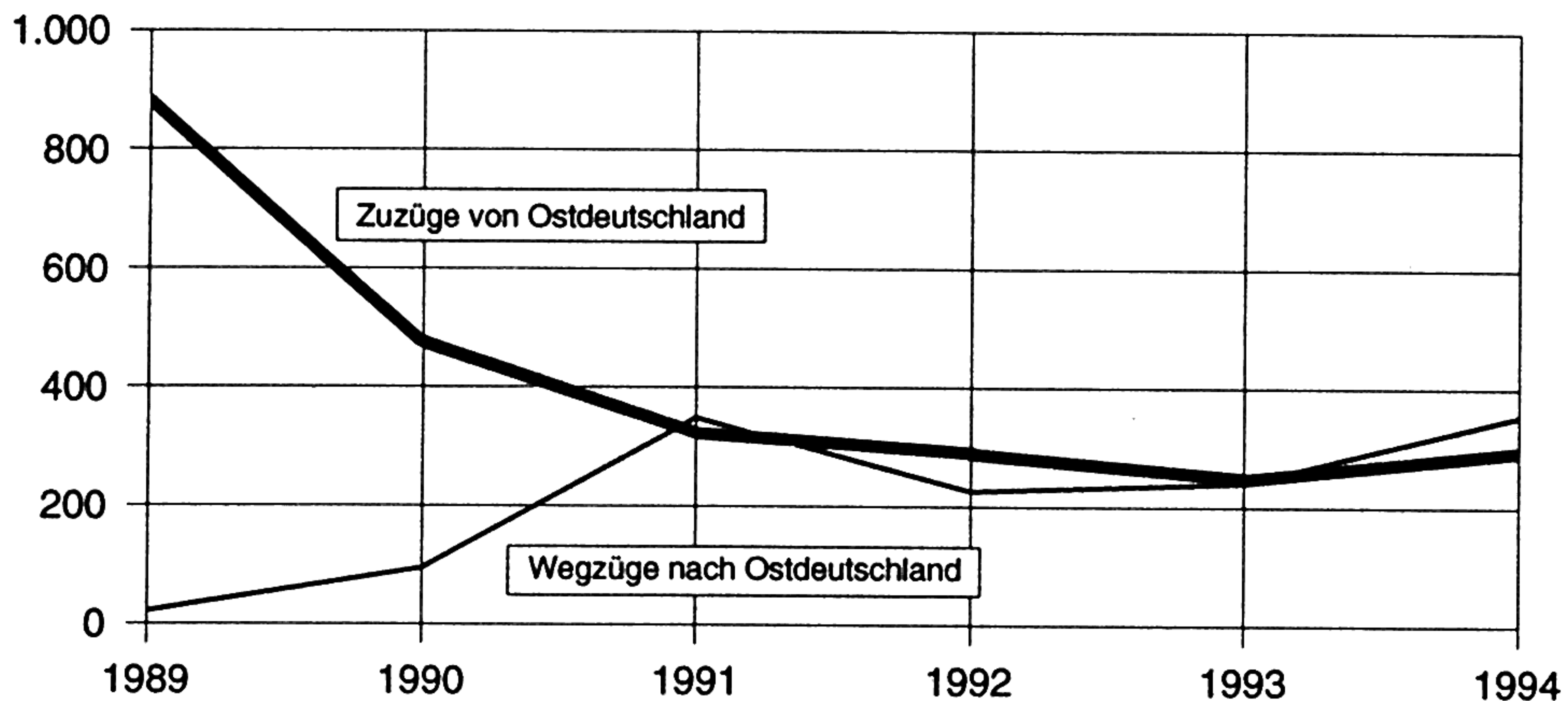
Quelle: Stadt Freiburg i. Br., Ausländerbehörde

Fazit: Zwar ist die Zahl der Asylbewerber rückläufig, doch nimmt die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge vom Balkan weiter zu, so daß die Gesamtzahl der Flüchtlinge nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau um 3 000 Personen verharrt.

2.2 Wanderungsbeziehungen mit den ostdeutschen Ländern

Kurz nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90 kamen naturgemäß viel mehr Ostdeutsche nach Freiburg als umgekehrt Freiburger in die neuen Bundesländer zogen. Der Zustrom ist inzwischen merklich zurückgegangen. Gleichzeitig hat auch die Wanderung von Freiburg nach Osten zugenommen, so daß inzwischen die Wanderungsbilanz nahezu ausgeglichen ist.

Wanderungsbeziehungen zwischen Ostdeutschland und Freiburg i. Br.
1989 bis 1994



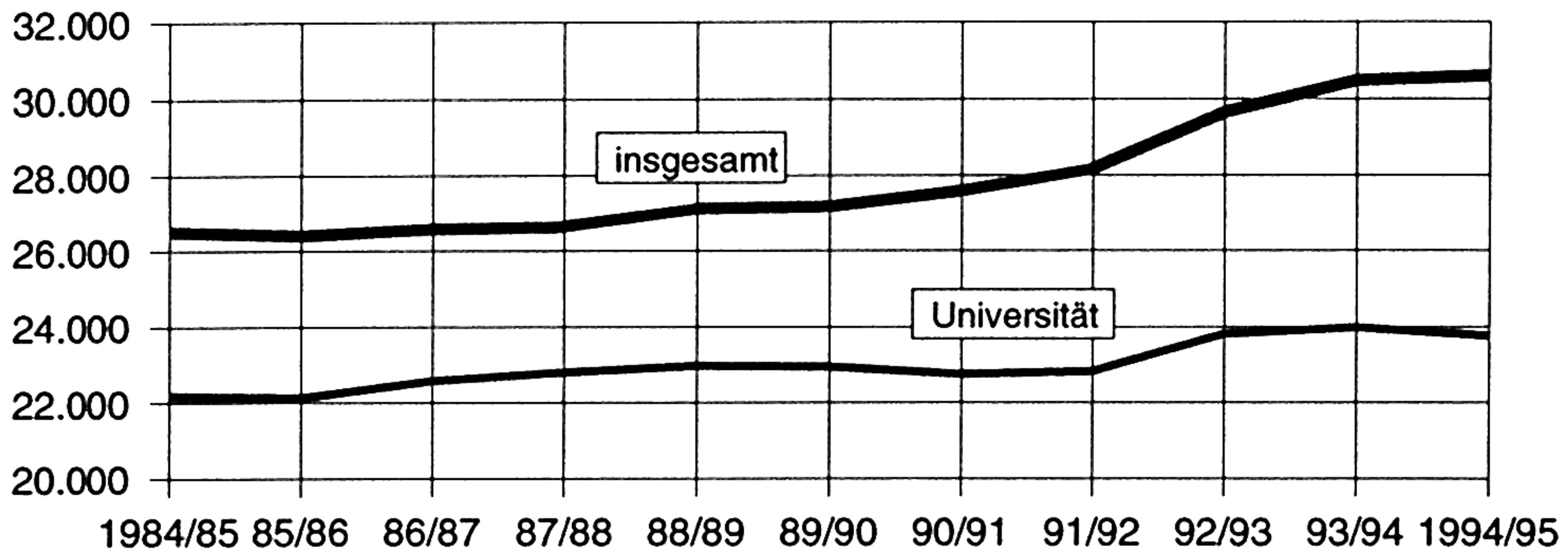
Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Freiburg i. Br.

Fazit: Der Zuwanderungsüberschuß aus den ostdeutschen Ländern, der 1989 und 1990 seine Höhepunkte hatte, ist inzwischen völlig verschwunden.

2.3 Studenten / Studentinnen

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Studenten und Studentinnen um rund 4 000 Personen erhöht. Mittlerweile sind über 30 000 Studenten an der Universität und an den Freiburger Hoch- und Fachschulen eingetragen. Der Trend, der in den letzten Jahren ständig nach oben wies, scheint abzuflachen. Insgesamt war der Zuwachs an der Universität in den letzten Jahren geringer als an den übrigen Hoch- und Fachschulen. Den stärksten Zuwachs hatte die Pädagogische Hochschule, die ihre Studentenzahl seit 1984/85 mehr als verdoppelt hat (1984/85 = 2 189 Studenten/Studentinnen).

Studierende an den Freiburger Hoch- und Fachhochschulen
WS 1984/85 bis WS 1994/95



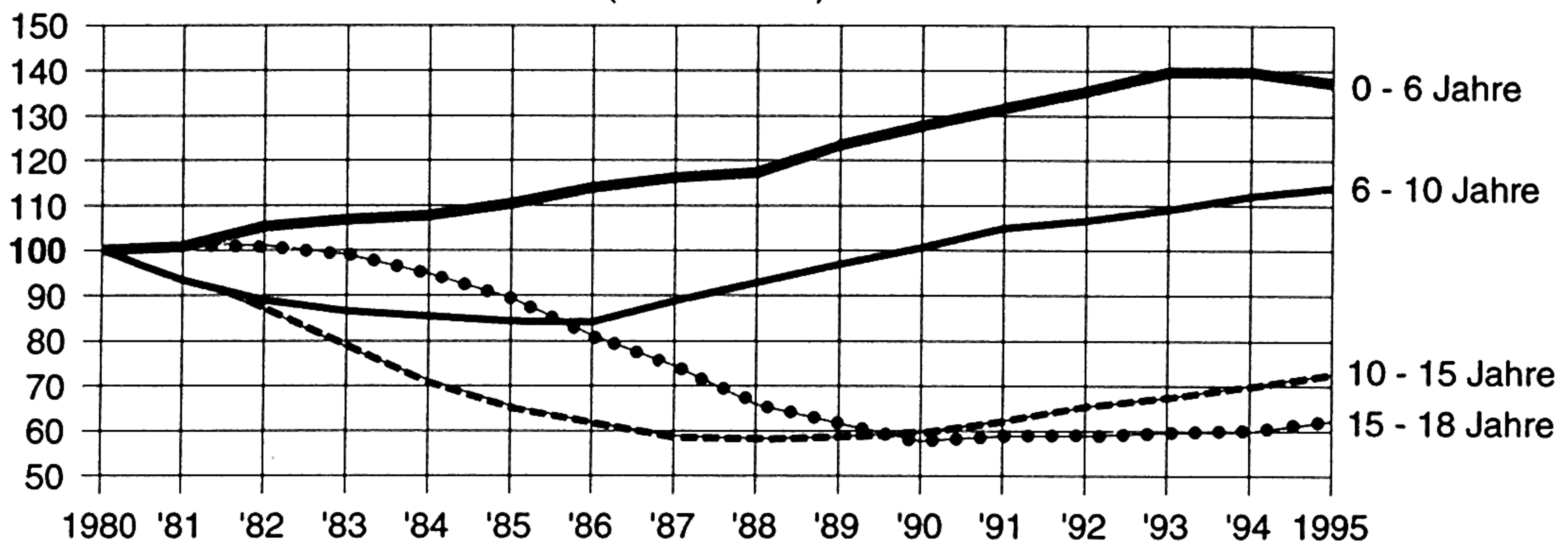
Quelle: Freiburger Hochschulen

Fazit: Die Zahl der Studentinnen und Studenten stagniert.

3. Die Entwicklung der Schülerzahlen

Nach dem historischen Geburtentief der Jahre 1975–1985 haben die Geburtenjahrgänge wieder zugenommen. Diese Trendumkehr hat bewirkt, daß die Zahl der unter 6jährigen, die in den kommenden Jahren eingeschult werden, rund um ein Drittel höher liegt als im Jahre 1980. Gemessen am Ausgangsjahr 1980 gibt es auch mehr Kinder im Grundschulalter (6- bis 10jährige), während die Zahl der 10- bis 15jährigen und 15- bis 18jährigen deutlich zurückging (– 30 % bzw. – 40 %). Allerdings hat sich auch bei den 10- bis 18jährigen ein Trendwechsel eingestellt.

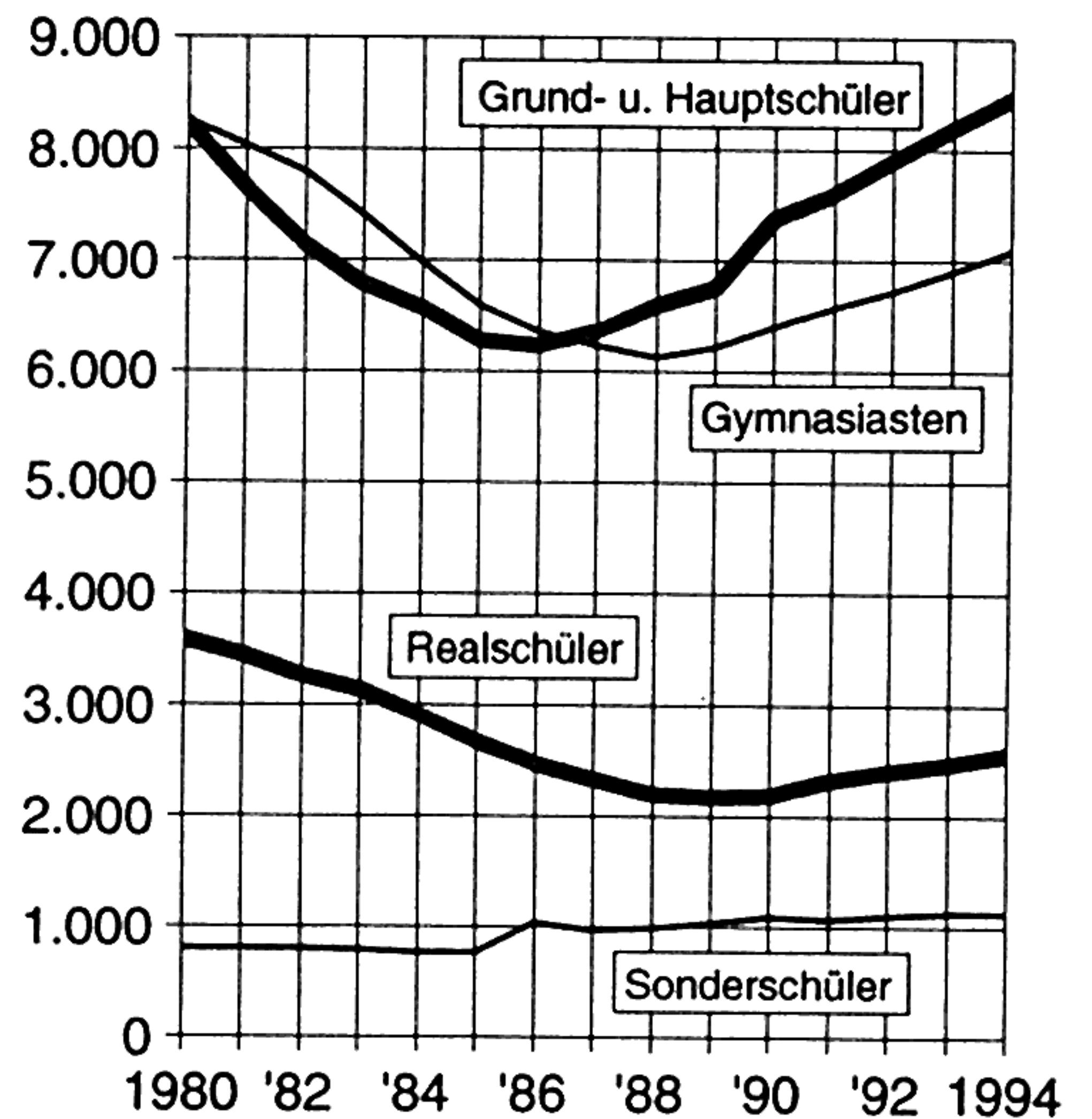
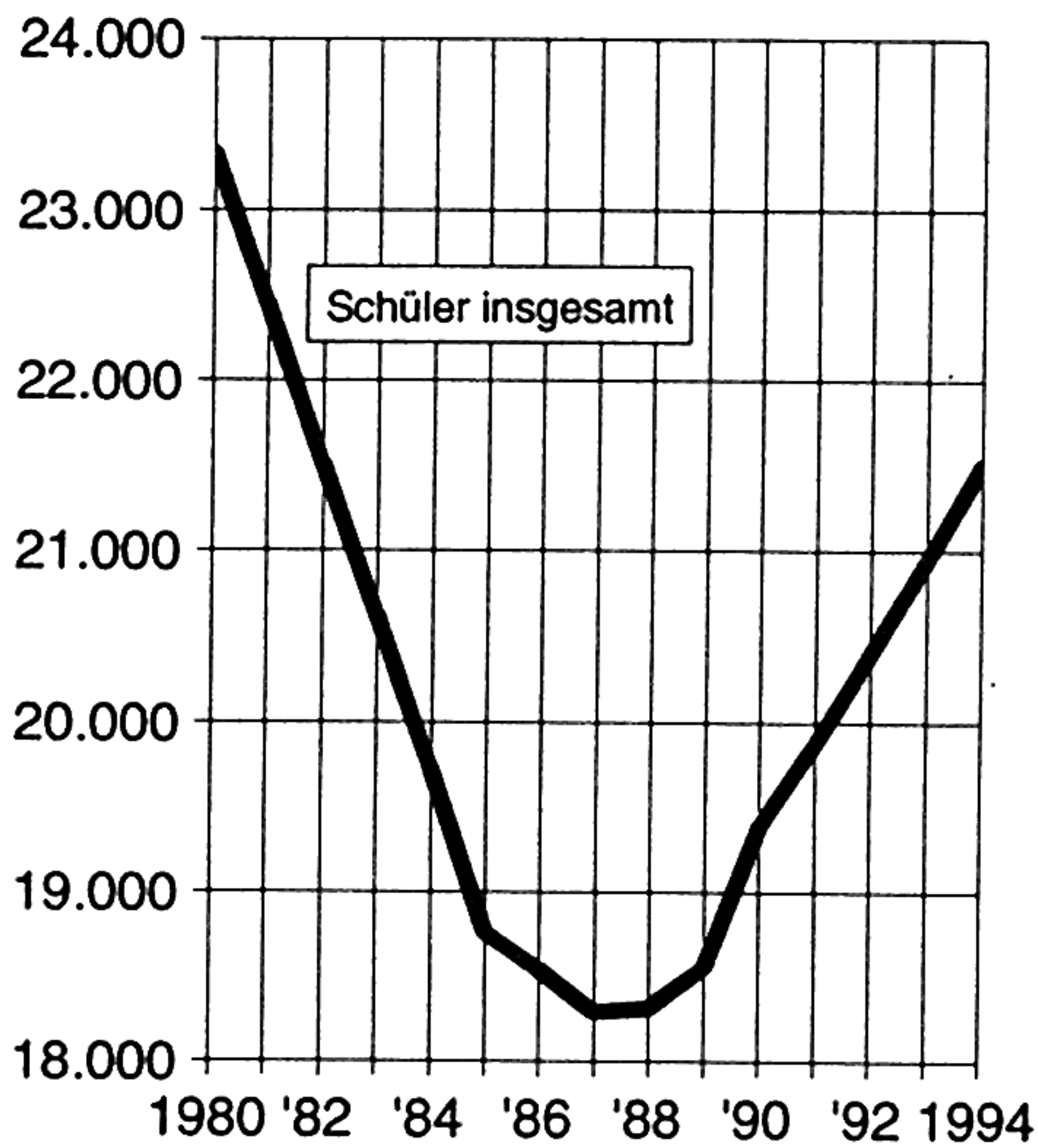
Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Freiburg i. Br. 1980 - 1995
(1980 = 100)



Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br. - Wohnbevölkerung

Dementsprechend hat die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen die Talsohle im Jahr 1987 längst verlassen und wächst mit beträchtlichen Zuwachsraten. (Seit 1987 ist die Schülerzahl um rund 17 % gewachsen.)

Schüler in den allgemeinbildenden Schulen seit 1980 in Freiburg i. Br.



Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br. - Allgemeinbildende Schulen

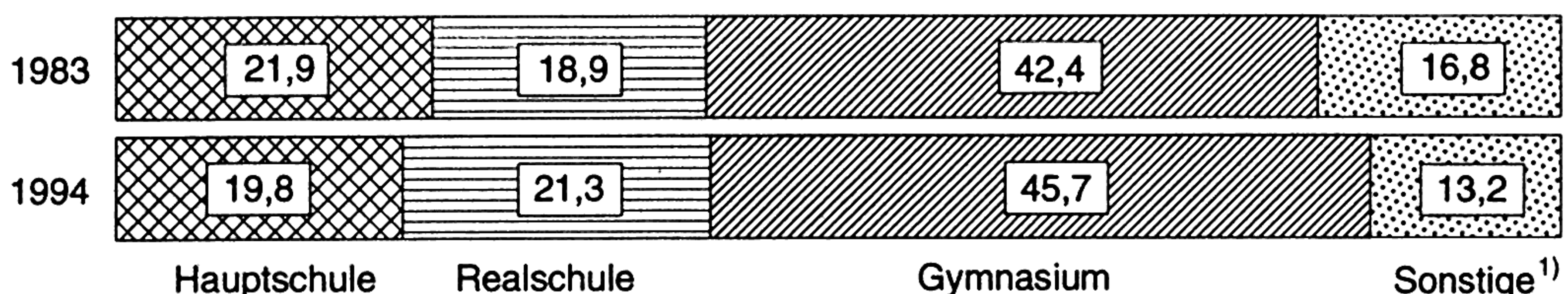
Auf der anderen Seite verlieren die Berufsschulen seit Jahren, demographisch bedingt, laufend Schüler. Zwischen 1985/86 und 1993/94 ist die Zahl der Berufsschüler um rund ein Drittel von 12 877 auf 8 457 Schüler zurückgegangen. Die sonstigen Berufsausbildungseinrichtungen (Berufsfachschulen, Fachschulen und berufliche Gymnasien) sind hingegen relativ gleichmäßig ausgelastet.

Es ist anzunehmen, daß die Beruflichen Schulen ihren demographisch bedingten Tiefstand in den nächsten Jahren durchschreiten, während bei den Allgemeinbildenden Schulen mit einer weiteren Zunahme der Schülerzahlen zu rechnen ist.

3.1 Der Drang zum Gymnasium ist ungebrochen

Von den Grundschulern der vierten Klasse entschieden sich im Jahre 1994 45,7 % für das Gymnasium, 21,2 % für die Realschule, 19,8 % für die Hauptschule und 13,3 % für sonstige Schulen. Auch wenn die Zahlen nicht ganz eindeutig sind, so kann man doch erkennen, daß der Trend zu einer qualifizierteren Ausbildung weiterhin anhält.

Übergänge aus der 4. Klasse Grundschule auf andere Schulen 1983 und 1994 in %

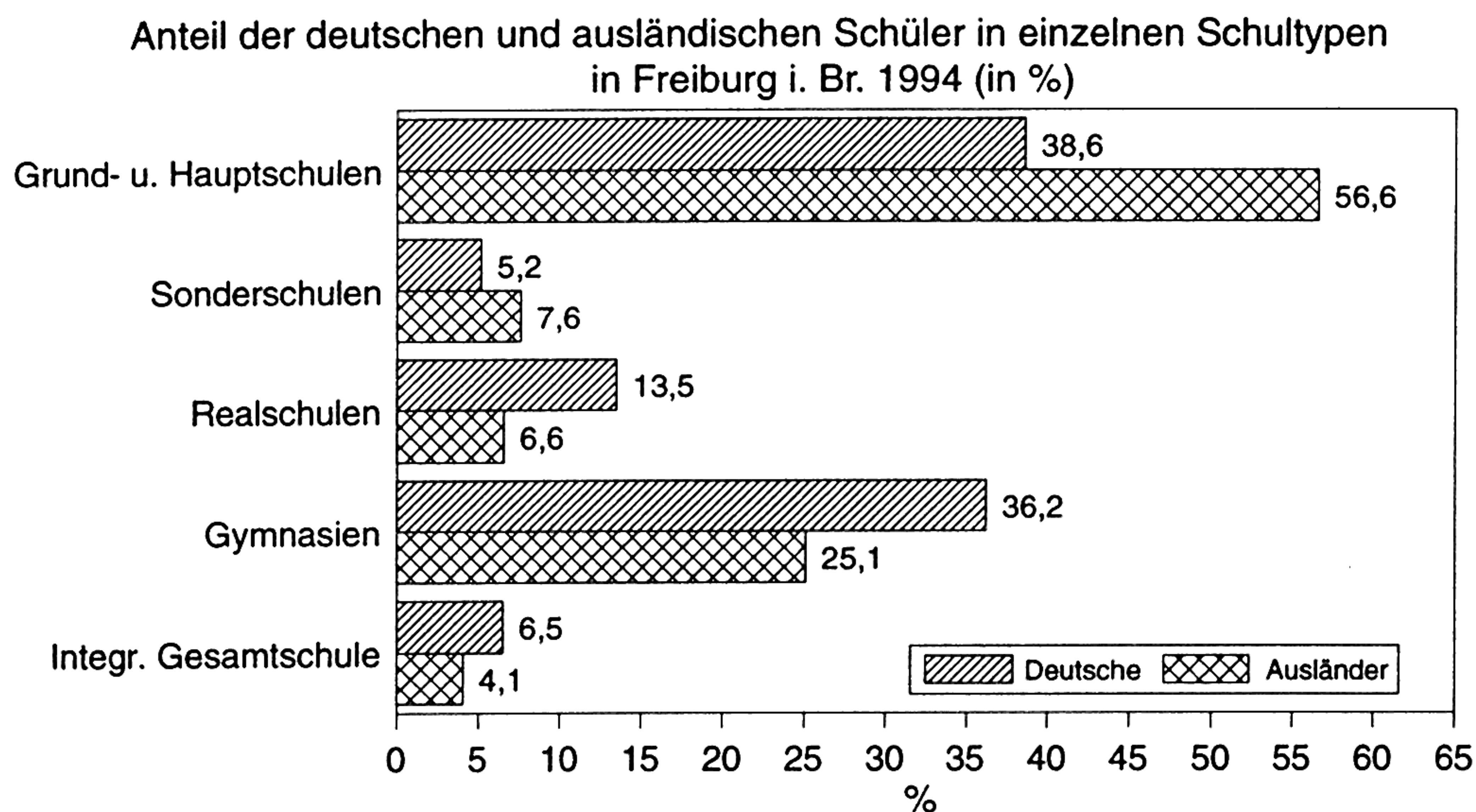


¹⁾ Schüler, die die 4. Klassenstufe wiederholten oder auf einen anderen Schultyp (z. B. Gesamtschule) überwechselten.

Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br. - Allgemeinbildene Schulen

3.2 Starke Zunahme ausländischer Schüler

Im Schuljahr 1994/95 gab es 2 943 ausländische Schüler, die eine allgemeinbildende Schule in Freiburg besuchten. Dies waren fast doppelt so viele wie 1981 (1981 = 1 631 Schüler). Die meisten von ihnen (56,6 %) besuchen zur Zeit die Grund- und Hauptschule, 7,6 % sind auf der Sonderschule, 6,6 % auf der Realschule, 25,1 % besuchen das Gymnasium und 4,1 % die Staudinger Gesamtschule. Nach wie vor besteht ein deutliches Bildungsgefälle zwischen deutschen und ausländischen Schülern, das sich in den letzten 14 Jahren kaum verändert hat. Der Anteil der ausländischen Schüler an den Gymnasien und Realschulen, der in den 80er Jahren deutlich anstieg, ist durch den starken Flüchtlingsstrom der letzten Jahre und durch den Wegzug vieler Franzosen wieder etwas zurückgegangen (1985 lag der Anteil der Ausländer in den Realschulen bei 9,2 % und 1990 in den Gymnasien bei 27,7 %).



Fazit: In den nächsten Jahren ist mit einer Zunahme der Schülerzahlen in allen Schultypen zu rechnen.

4. Ältere Menschen in Freiburg i. Br.

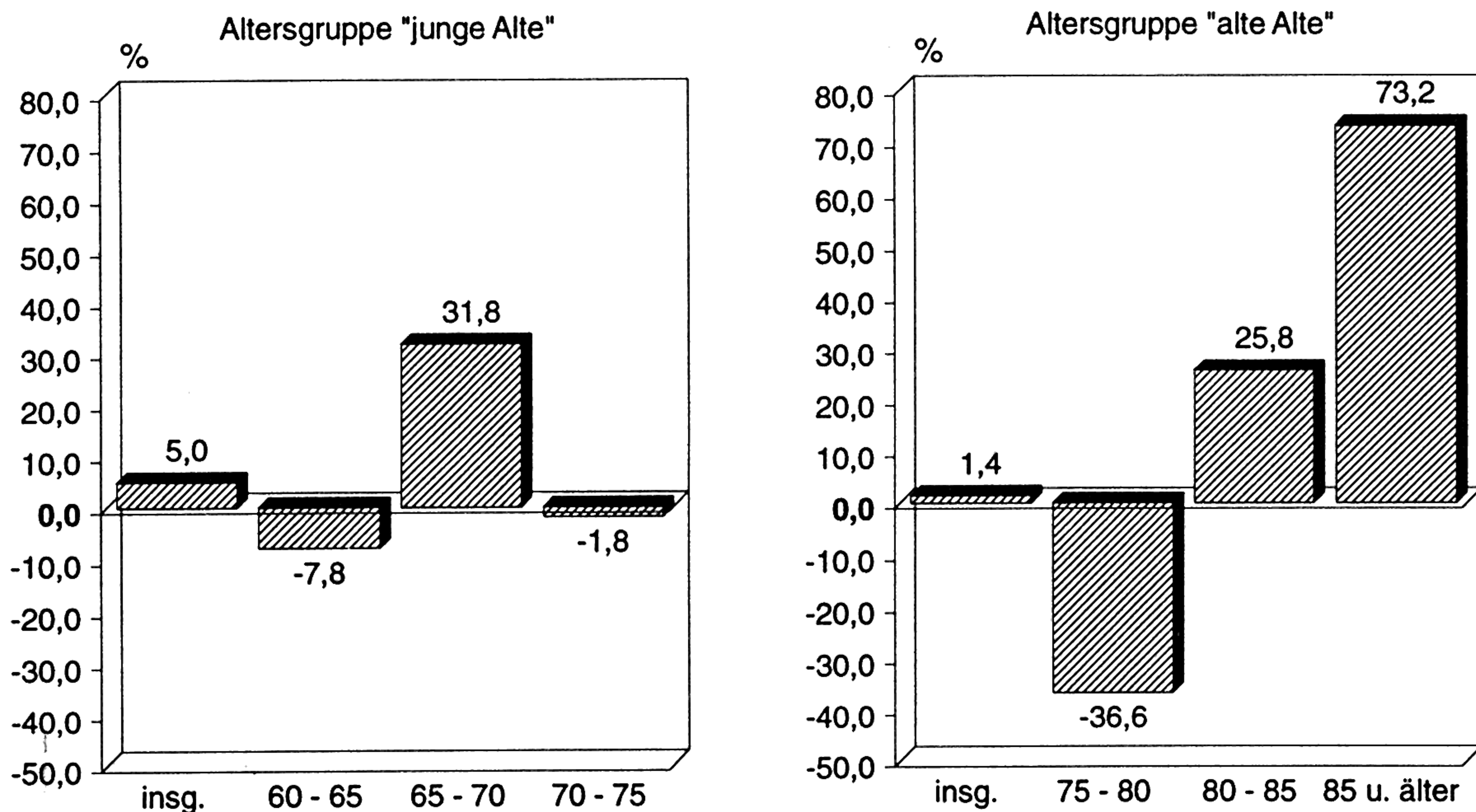
Im allgemeinen beginnt man Menschen zu den Senioren zu zählen, wenn sie die Pensionsgrenze erreicht haben. Doch da diese Grenze sich immer wieder verändert und viele Menschen schon vorzeitig aus dem Beruf ausscheiden, wird immer wieder darüber diskutiert, ob man ab dem 60sten oder ab dem 65sten Lebensjahr zu den Senioren zählt²⁰⁾. Unabhängig davon, wo man nun die formale Grenze setzt, sicher ist, daß es sich bei der Altenbevölkerung um eine höchst inhomogene Gruppe handelt, die sich nach der Lebenslage, den Bedürfnissen, der Hilfsbedürftigkeit etc. stark voneinander unterscheidet. Bei allen individuellen Unterschieden lehrt die Erfahrung, daß 80jährige eher altersspezifische Probleme und einen

²⁰⁾ Wir haben uns der heute gängigsten Grenze (ab dem 60sten Lebensjahr) angeschlossen.

höheren Bedarf an Hilfen und Einrichtungen der Altenhilfe haben als zum Beispiel 60- oder 65jährige. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, die Senioren zusätzlich in die sogenannten "jungen Alten" (unter 75jährige) und die sogenannten "alten Alten" (75jährige und Ältere) zu unterteilen.

Insgesamt beträgt der Anteil der 60jährigen und älteren an der Gesamtbevölkerung in Freiburg am 1.1.1995 20,4 %. Der Anteil ist in den letzten Jahren durch die starke Zuwanderung überwiegend jüngerer Menschen leicht gefallen (1988 betrug der Anteil 21,1 %). Von den insgesamt 37 775 Personen über 60 Jahre zählten am 1.1.1995 63,8 % zu den "jungen Alten" (60- bis 75jährige) und 36,2 % zu den "alten Alten". Besonders bemerkenswert dabei ist, daß die über 80jährigen in den letzten zehn Jahren besonders stark zugenommen haben. Rückläufige Zahlen hingegen gibt es bei den am stärksten vom Krieg betroffenen Jahrgängen, den 70- bis 80jährigen.

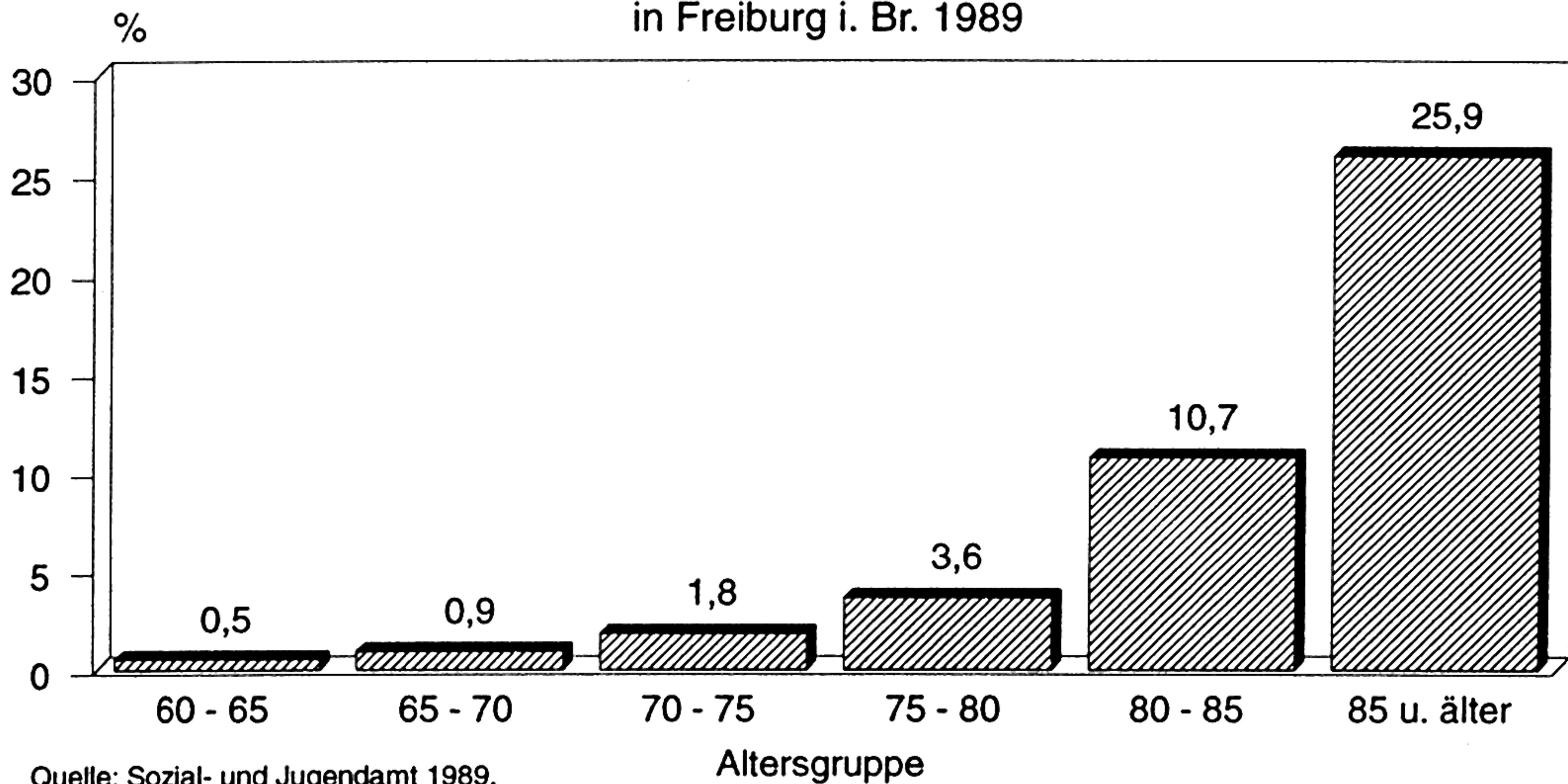
Entwicklung älterer Menschen in Freiburg i. Br. 1986 - 1995 in %



Quelle: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg i. Br. - Wohnbevölkerung

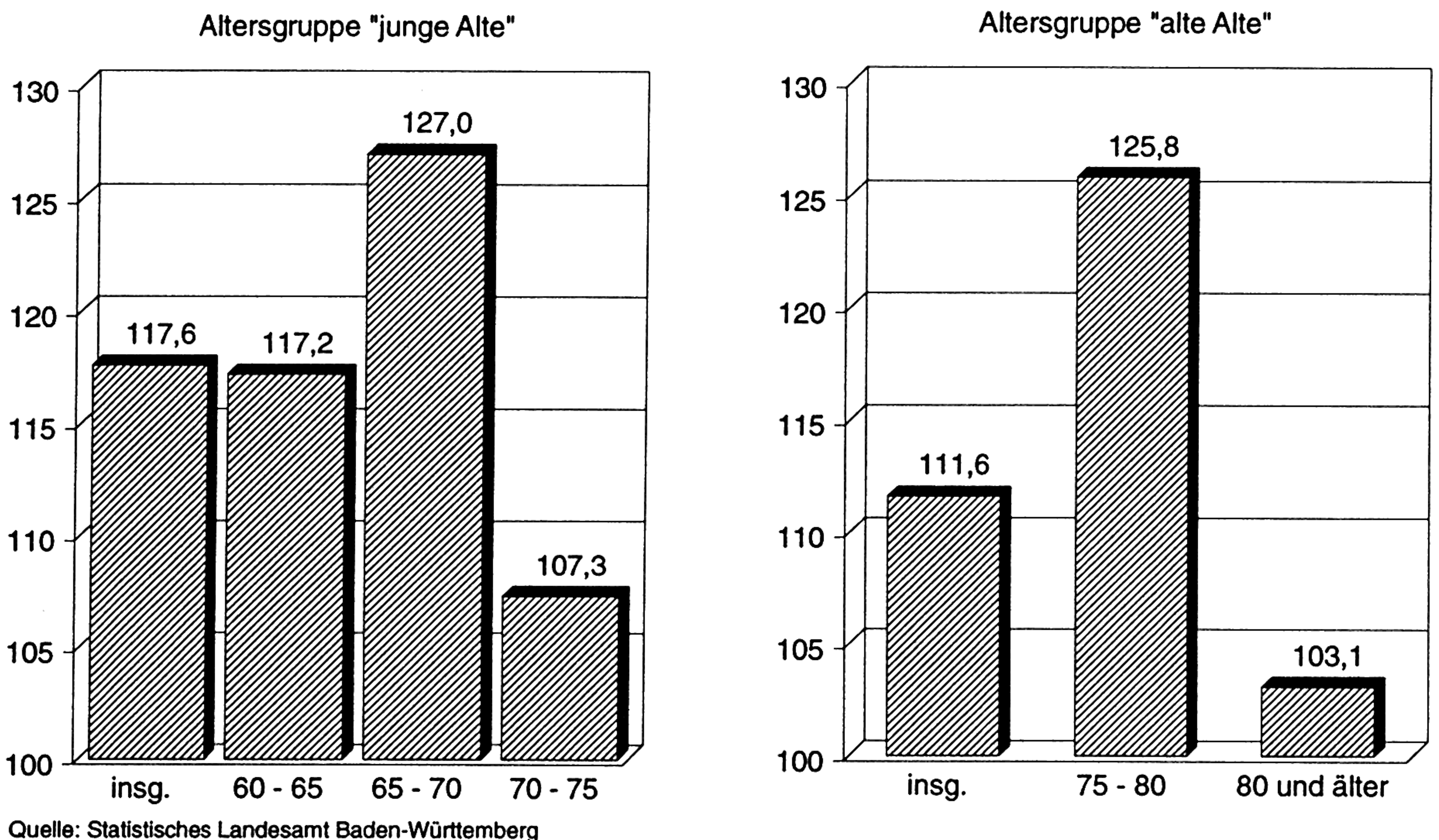
Die starke Zunahme der Ältesten hat Konsequenzen für die Altenhilfe, denn es besteht ein verständlicher und enger Zusammenhang zwischen Alter und Pflegebedürftigkeit.

Anteilsquoten der in Alten- bzw. Pflegeheimen lebenden Senioren
in Freiburg i. Br. 1989



Wie sieht die Entwicklung in Zukunft aus? Wie viele Menschen in welchen Altersgruppen werden in Freiburg in den nächsten Jahren zu erwarten sein? Hierzu wird auf eine Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (Basis vom 31.12.1992) zurückgegriffen. Folgende Abbildung zeigt die voraussichtlichen Entwicklungstrends.

Voraussichtliche Entwicklung älterer Menschen in Freiburg i. Br. bis zum Jahr 2005
(1992 = 100)



Die Altenbevölkerung wird nach der Landesprognose bis zum Jahre 2000 um rund 10 % und bis zum Jahr 2005 um rund 15 % zunehmen (Ausgangsbasis ist die Bevölkerung des Jahres 1992). Dabei wird der Zuwachs bei den "jungen Alten" stärker sein (+ 17 % bis zum Jahre 2005) als bei den "alten Alten" (+ 11 %). Besonders erwähnenswert ist, daß die Zahl der ältesten Bewohner der Stadt in den nächsten Jahren rückläufig sein wird und erst nach dem Jahr 2000 wieder leicht ansteigt.

Fazit: Die Menschen werden immer älter, wodurch die Zahl der sogenannten "alten Alten" in den letzten Jahren stark zugenommen hat.

4.1 Ausländische Seniorinnen und Senioren

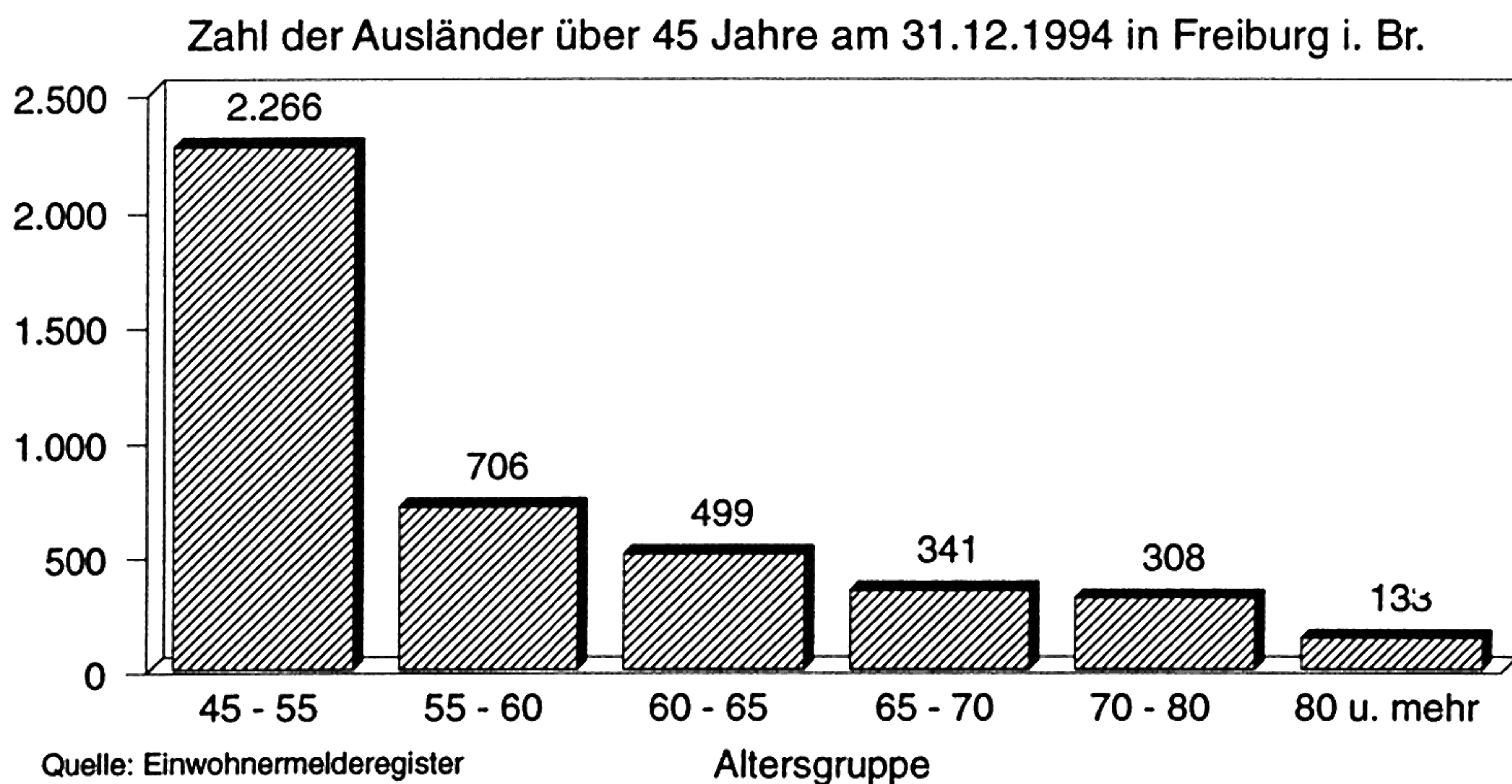
Zur Zeit kann man eine Entdeckung machen. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland eine rasch wachsende Zahl älterer Ausländer. Dies ist deswegen erstaunlich, weil man stets davon ausging, daß die Ausländer – zumindest die Arbeitsmigranten aus den ehemaligen Anwerbeländern – spätestens mit Erreichen des Rentenalters in ihre Heimat zurückkehren. Dies war auch die feste Absicht fast aller, die ihre Heimat verließen, um hier Arbeit zu finden. Man wollte – möglichst kurzzeitig – in der Bundesrepublik bleiben, Geld verdienen, um dann mit genügend Ersparnissen zurückzukehren. Doch häufig kam es ganz anders als geplant, und dafür gibt es verschiedene Gründe:

1. Häufig wollen die Kinder, die hier aufgewachsen sind, nicht mehr in der Heimat ihrer Eltern leben. Für viele der nachrückenden Generation ist die Bundesrepublik inzwischen Heimat; das Heimatland der Eltern ist ihnen eher fremd. Durch den Wunsch, bei den Kindern zu bleiben, geben viele Eltern deshalb ebenfalls nach und nach ihre Rückkehrpläne auf.
2. Der lange Aufenthalt in der Bundesrepublik hat viele Ausländer ihrem Herkunftsland entfremdet. Nicht nur die Migranten, sondern auch das Land, aus dem sie stammen, haben sich weiterentwickelt und dies häufig in unterschiedlichen Richtungen. Die Vorstellungen, die von der Heimat bestehen und die die Sehnsüchte nähren, eines Tages dorthin zurückzukehren, stimmen immer weniger mit der Wirklichkeit überein. Häufig macht sich Enttäuschung breit.
3. Am Ende eines belastenden Arbeitslebens sind die Menschen häufig verbraucht. Viele sind gesundheitlich angeschlagen und auf medizinische Langzeithilfe angewiesen, die sie in Deutschland meist weit besser erhalten können als in ihren Heimatländern. Außerdem haben sich oft vertrauensvolle Beziehungen zwischen Patienten und Ärztinnen oder Ärzten aufgebaut, die vor allem für ältere Menschen von Bedeutung sind und nicht ohne weiteres aufgegeben werden.

Allerdings gibt es gerade unter den Älteren eine Reihe von Ausländern, die nicht aus den ehemaligen Gastarbeiterländern stammen und eine ganz andere Biographie und Erwartungshaltung aufweisen. Im Vergleich zu den Deutschen ist die Zahl der ausländischen Seniorinnen und Senioren noch relativ gering, doch wenn der Trend bestehen bleibt, muß man sich in den Städten mit der Tatsache auseinandersetzen, daß es bald eine größere Zahl von älteren Ausländern gibt, die Hilfe benötigen und für die eine entsprechende Infrastruktur an Hilfen und Einrichtungen vorhanden sein muß. Man könnte nun argumentieren, daß schon alles vorhanden sei und alles sei nur eine Frage der Kapazität. Doch dem ist nicht so. Die altgewordenen Ausländer, die hier ihren letzten Lebensabschnitt verbringen, haben häufig ganz andere Erwartungen, Bedürfnisse, Einstellungen und andere finanzielle, sprachliche und kulturelle Voraussetzungen als ihre deutschen Altersgenossen.

Demographische Daten der älteren Ausländerbevölkerung – Zahl / Altersstruktur

Am 31. Dezember 1994 waren 1 281 Ausländer älter als 60 und 782 Personen älter als 65 Jahre. (Ein Jahr zuvor waren es rund 100 Personen weniger.) 2 972 Ausländer waren zwischen 45 und 60 Jahre alt, und es ist anzunehmen, daß viele von ihnen hier bleiben werden. Die Ausländerbevölkerung ist im Durchschnitt immer noch wesentlich jünger als die deutsche. Es gilt die Regel: Mit wachsendem Alter nimmt der Anteil an der jeweiligen Altersgruppe und auch die absolute Zahl der Ausländer ab.

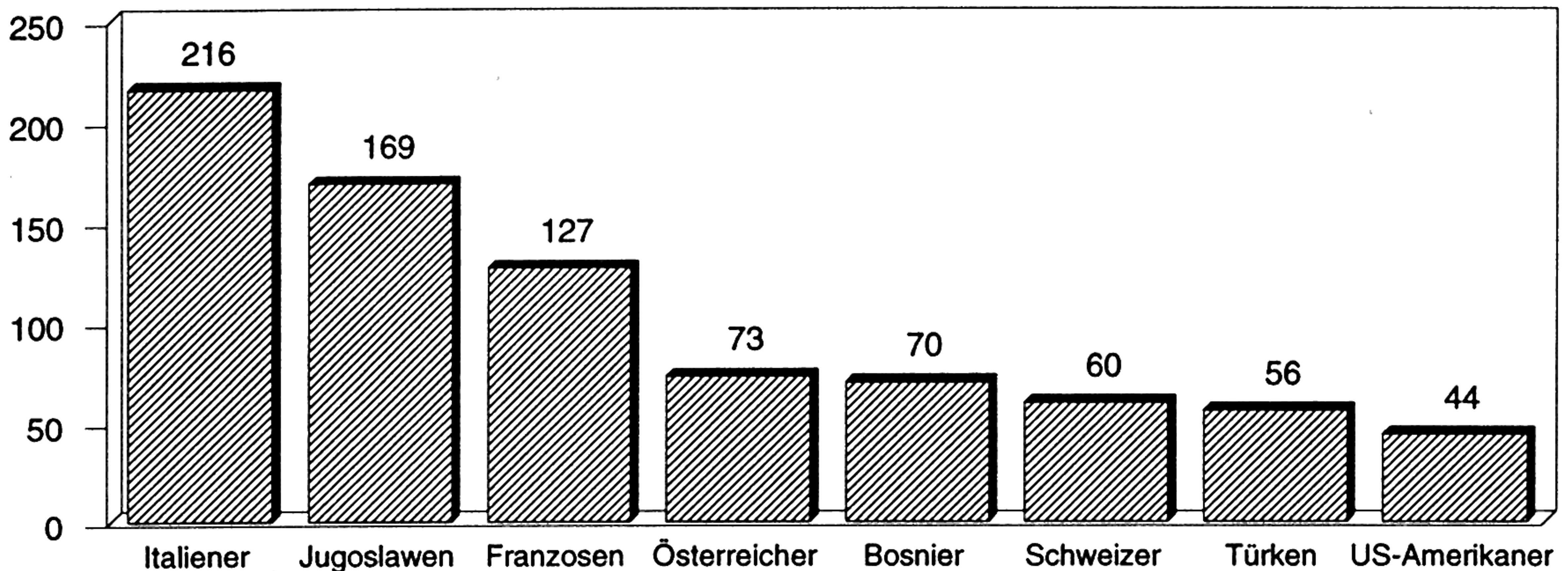


Die nationale Herkunft

Ältere Ausländer werden unwillkürlich mit den Arbeitsmigranten gleichgesetzt, die seit Anfang der 60er Jahre zu uns kamen. Doch diese Vorstellung trifft nur zum Teil zu. Zwar stammen die Ausländer im mittleren Alter (45 bis 60 Jahre) zu rund 60 % aus den ehemaligen Anwerbeländern, doch bei den über 65jährigen beträgt ihr Anteil nur noch rund 48 %. Die Nationalitätenstruktur der älteren Ausländer ist sehr differenziert. Die Menschen kommen aus allen Erdteilen, und es gibt kein bedeutendes europäisches Land,

das in Freiburg nicht durch seine Bewohner vertreten wäre. So stammen zum Beispiel die 1 281 Ausländer, die das 60. Lebensjahr erreicht bzw. überschritten haben, aus 56 verschiedenen Staaten, wobei die Italiener, die Jugoslawen, die Franzosen, die Österreicher und die Schweizer und die Türken das Hauptkontingent stellen.

Die wichtigsten Ausländergruppen über 60 Jahre am 31.12.1994 in Freiburg i. Br.



Quelle: Einwohnermelderegister

Fazit: Ausländische Seniorinnen und Senioren werden immer mehr ins Blickfeld kommunaler Sozialpolitik geraten.

5. Entwicklung der Haushaltsstrukturen: Es gibt immer mehr und immer kleinere Haushalte

Seit 1961 ist die Bevölkerung Freiburgs um 28 % gewachsen, die Zahl der Haushalte jedoch um rund 87 %. Es findet eine ständige Verkleinerung der Haushalte statt, und mittlerweile besteht mehr als die Hälfte der Haushalte aus nur einer Person.

Haushaltsstrukturen in Freiburg i. Br. seit 1961¹⁾

Jahr	Haushalte mit ... Personen											
	1		2		3		4		5 und mehr		insg.	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1961	20 027	35,6	13 440	24,0	10 183	18,2	6 982	12,4	5 469	9,8	56 101	100,0
1970	26 288	39,4	16 040	24,0	10 681	16,0	7 785	11,7	5 903	8,9	66 697	100,0
1987	51 860	53,7	21 832	22,6	11 203	11,6	7 989	8,3	3 689	3,8	96 573	100,0
1995	56 069	53,6	24 669	23,6	11 159	10,7	8 438	8,1	4 335	4,1	104 670	100,0

¹⁾ 1961, 1970, 1987: VZ-Ergebnisse; 1995 Ergebnis der Bevölkerungsstatistik aus dem Einwohnermelderegister Freiburg i. Br.

Hinter dieser Entwicklung zu kleineren Haushalten stecken vielfältige Ursachen. Es sind dies:

- eine wachsende Studierneigung und eine im Durchschnitt längere Ausbildungszeit bei den Jüngeren; außerdem der Wunsch, sich möglichst frühzeitig aus dem Elternhaus zu lösen, um ein eigenständiges Leben zu führen;
- eine höhere Lebenserwartung bei den älteren Menschen, insbesondere bei Frauen, wodurch die Wahrscheinlichkeit wächst, im Alter längere Zeit ohne Partner(in) auskommen zu müssen;
- die veränderten Einstellungen gegenüber Ehe, Familie und partnerschaftlichen Beziehungen, die sich niederschlagen in einer nachlassenden Heiratsneigung, weniger Kindern, wachsenden Scheidungszahlen, einer wachsenden Zahl unvollständiger Familien und einer Vielzahl neuer Beziehungs- und Lebensformen.

Insgesamt wurden am 1.1.1995 für Freiburg 104 670 Haushalte ermittelt, das sind bei einer Ausgangsbevölkerung von 195 260 (wohnberechtigten) Personen im Durchschnitt knapp zwei Personen pro Haushalt.

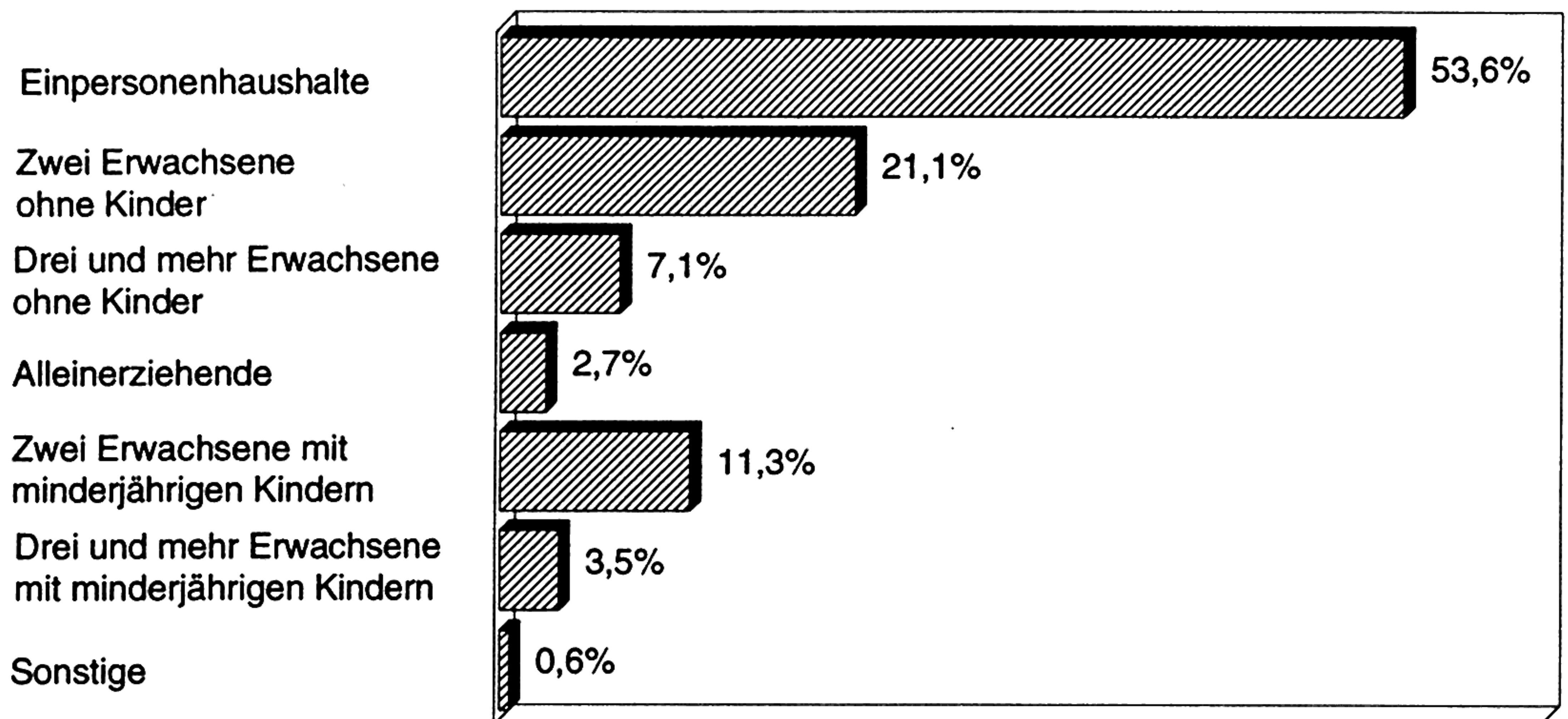
Der herausragende Haushaltstyp ist der Einpersonenhaushalt mit insgesamt 56 069 Haushalten oder 53,6%. Dies entspricht dem schon 1987 bei der Volkszählung ermittelten Anteil. Man kann durchaus daraus schließen, daß sich der Prozeß des Strukturwandels gegenüber dem Zeitraum davor (1970–1987) verlangsamt hat und die Strukturen stabiler geworden sind. Inwieweit dies lediglich durch die Wohnungsknappheit erzwungen wurde, ist nicht exakt zu ermitteln.

Ein weiteres Resultat der veränderten Einstellung zu Ehe, Familie und dem partnerschaftlichen Zusammenleben ist neben der Tendenz zum Einpersonenhaushalt die sich stetig verringernde Zahl von Haushalten mit Kindern. Heute sind die Haushalte mit minderjährigen Kindern eine verschwindend kleine Minderheit. Nur noch 18,1 % der Haushalte haben minderjährige Kinder; 81,9 % haben keine. Dem klassischen Modell der Kleinfamilie – zwei Erwachsene mit Kindern – entsprechen nur noch 11,3 % der Haushalte. Bei 3,5 % der Freiburger Haushalte leben mehr als zwei Erwachsene mit Kindern zusammen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Haushalte mit zwei Eltern, einem erwachsenen Kind und einem oder mehreren minderjährigen Kindern. Die Alleinerziehenden (Frau bzw. seltener Mann mit Kind(ern)), denen in der Sozialpolitik und Sozialhilfe eine so große Aufmerksamkeit zuteil wird, sind mit 2,7 % aller Haushalte eine relativ kleine Minderheit. Nimmt man allerdings nur die Haushalte mit Kindern zur Vergleichsbasis, so ist die Bedeutung der Alleinerziehenden ungleich größer. Rund jeder siebte Haushalt in Freiburg mit Kindern zählt zu dieser Gruppe.

Haushalte in Freiburg i. Br. 1995 nach Haushaltstypen

Haushaltstypen	Haushalte insgesamt	
	abs.	%
Einpersonenhaushalte	56 069	53,6
Zwei Erwachsene ohne Kinder darunter: Ehepaare	22 077 13 750	21,1
Drei und mehr Erwachsene ohne Kinder	7 464	7,1
Alleinerziehende	2 854	2,7
Zwei Erwachsene mit minderjährigen Kindern darunter: Ehepaare mit minderjährigen Kindern	11 856 10 547	11,3
Drei und mehr Erwachsene mit minderjährigen Kindern	3 705	3,5
Sonstige	645	0,6
Haushalte insgesamt	104 670	100,0

Haushalte (%) in Freiburg i. Br. 1995 nach Haushaltstypen



Quelle: Einwohnermelderegister

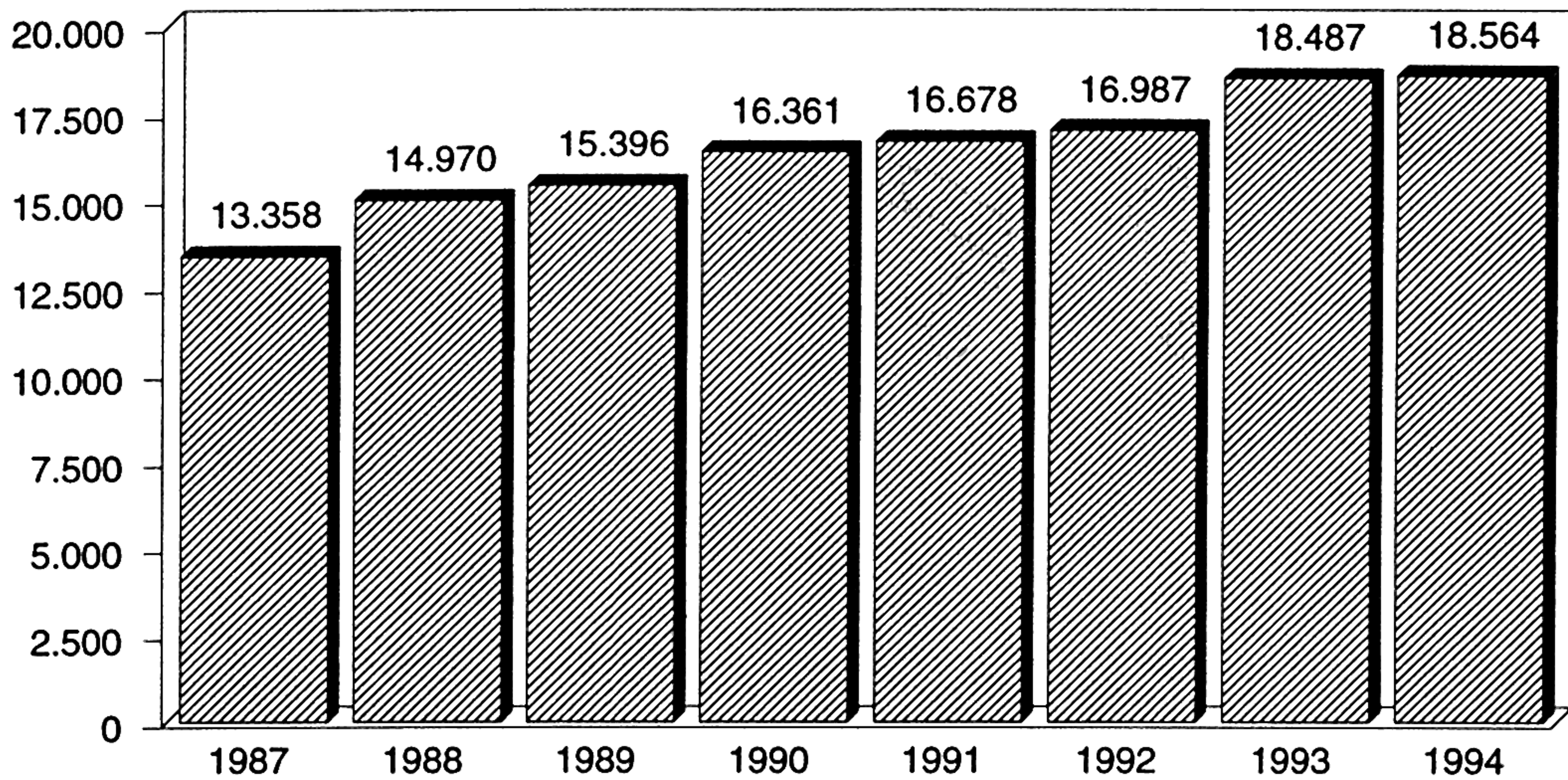
Fazit: Die Haushalte werden immer kleiner. 53,6 % der Haushalte sind Einpersonenhaushalte und nur 11,3 % entsprechen dem klassischen Modell der Kleinfamilie (zwei erwachsene Personen mit Kind(ern)).

6. Armut in Freiburg: Die wachsende Zahl der Sozialhilfeempfänger und –empfängerinnen

Es gibt von Jahr zu Jahr immer mehr Menschen, deren Einkommen nicht ausreicht, aus eigener Kraft den Alltag zu finanzieren, und die deshalb auf Hilfe angewiesen sind. 1994 wurden in Freiburg insgesamt 18 564 Sozialhilfeempfänger gezählt, die ein oder mehrmals, kurz- oder langfristig im Laufe des Jahres

beim Sozialamt Freiburg registriert waren. Gemessen an den Steigerungsraten der letzten Jahre war der Zuwachs der Zahl der Sozialhilfeempfänger zwischen 1993 und 1994 relativ gering (1993 = 18 487 Personen), doch der Trend hat sich immer noch nicht gedreht.

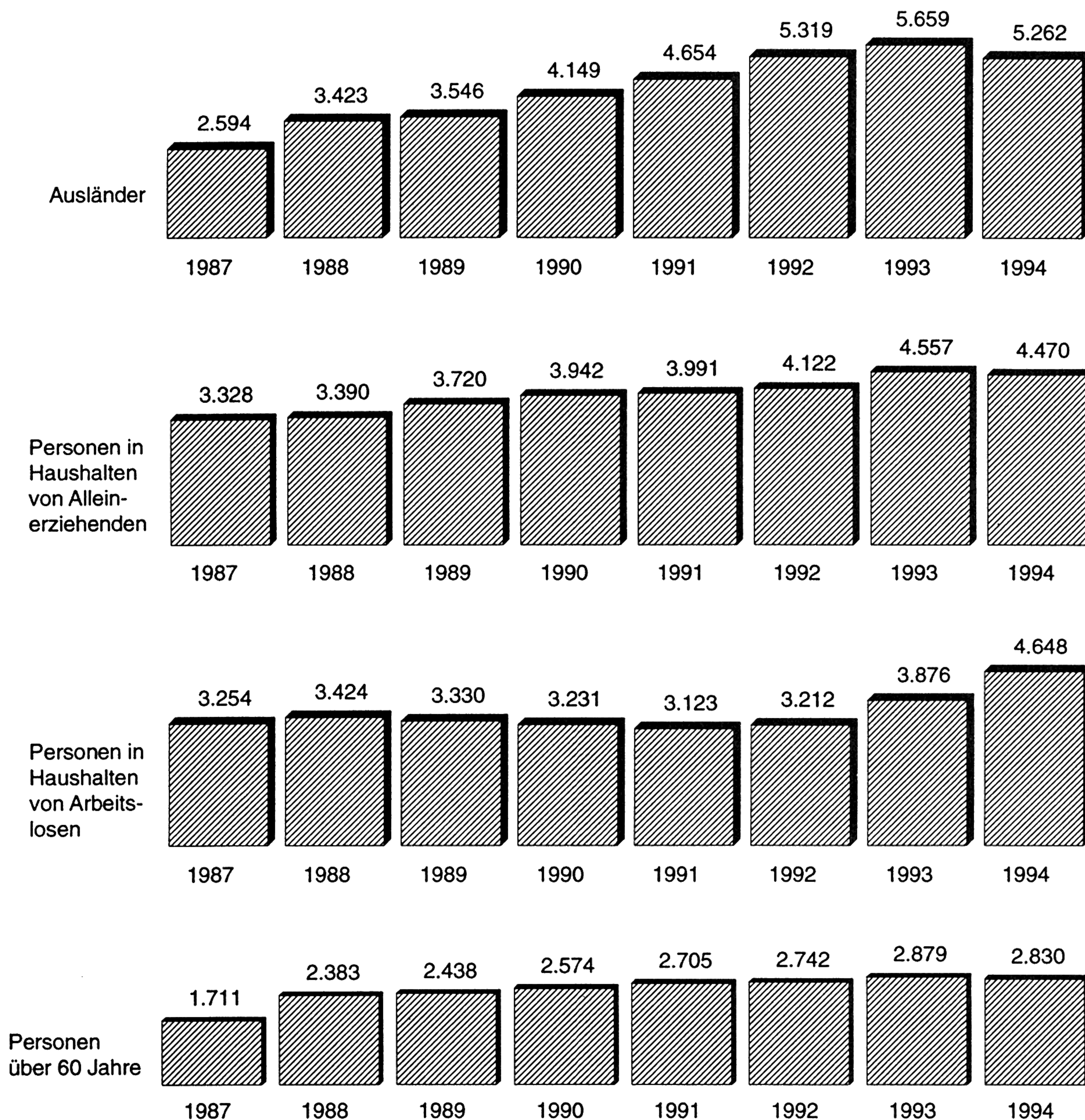
Empfänger von Sozialhilfe (Personen) 1987 bis 1994 in Freiburg i. Br.



Quelle: Sozialhilfebeobachtungssystem Freiburg i. Br.

Die wachsende Sozialhilfebedürftigkeit ist ein Indiz für die Armut, die sich im ganzen Land ausbreitet, aber in den Großstädten am heftigsten zu spüren ist. Hauptursache für diese Entwicklung sind die Schwächen des Arbeitsmarktes, der Mangel an Wohnungen, das kräftig gestiegene Mietpreisniveau, die Lücken im sozialen Versicherungssystem, die starke Zuwanderung von Aussiedlern und Flüchtlingen, die wachsende Zahl der Scheidungen und die zunehmende Erosion und Entsolidarisierung in der Familie und in der Gesellschaft insgesamt. In der Mehrheit ist die Armut strukturell bedingt und nur zu einem kleinen Teil eine Folge persönlichen Versagens oder des persönlichen Schicksals (z. B. Behinderung, Krankheit, Suchtabhängigkeit etc.). Sieht man sich die wichtigsten Empfängergruppen an, ist zu erkennen, daß die wachsende Arbeitslosigkeit zur Zeit die entscheidende Ursache für die Zunahme der Sozialhilfebedürftigkeit darstellt. Während die Zahl der Ausländer, der Senioren und der Alleinerziehenden (einschließlich ihrer Angehörigen), die Sozialhilfe beziehen, abnimmt, ist die Zahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger und ihrer Angehörigen kräftig gestiegen.

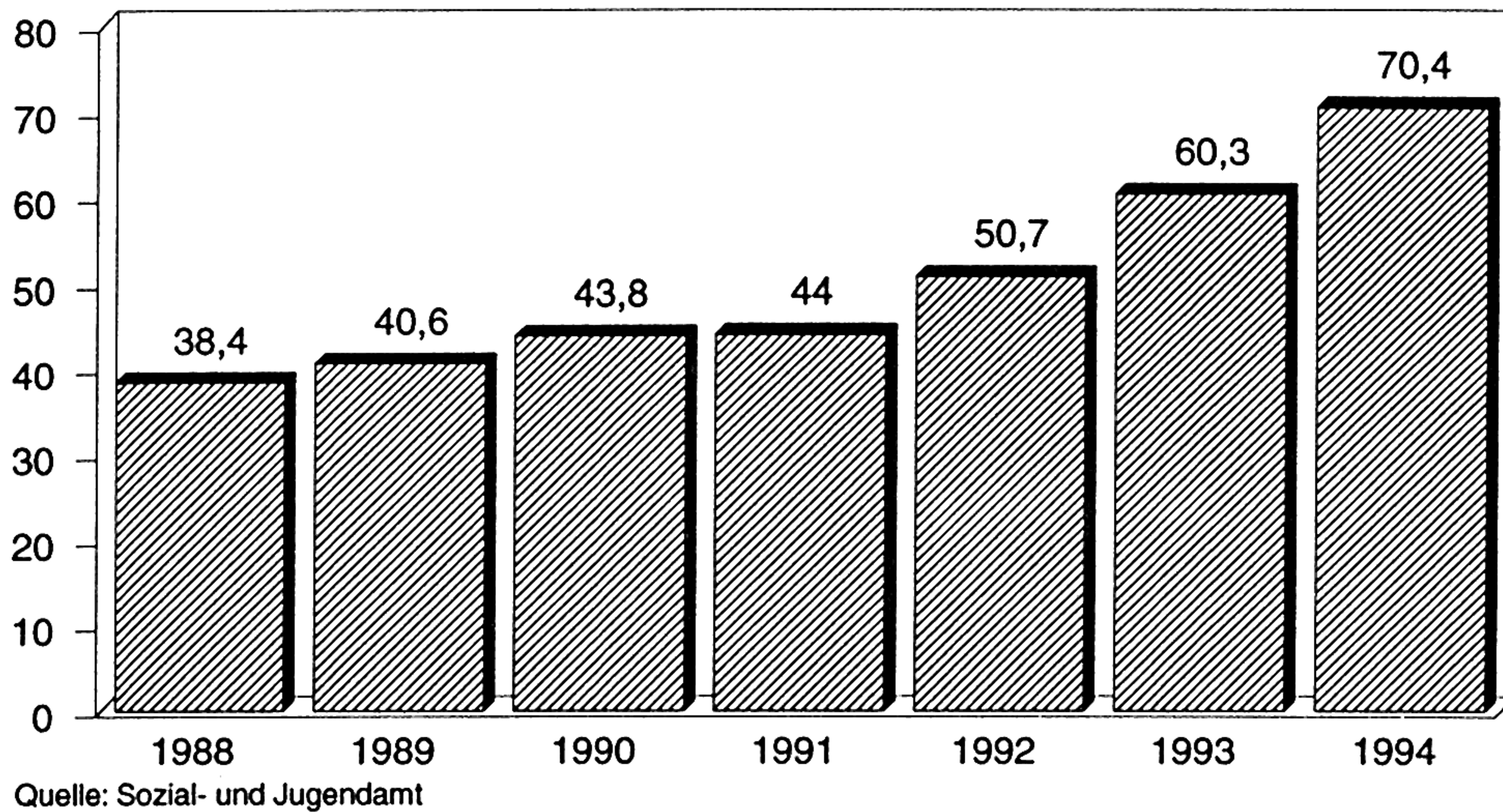
Sozialhilfeempfänger in Freiburg i. Br. nach ausgewählten Empfängergruppen 1987 bis 1994



Quelle: Sozialhilfebeobachtungssystem Freiburg i. Br.

Mit den wachsenden Ansprüchen steigen auch die Sozialhilfekosten und dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Gemeinden durch Steuerausfälle und durch die hohen Kosten der Wiedervereinigung ohnehin am Rande ihrer Belastungsfähigkeit sind.

Ausgaben der Stadt Freiburg i. Br. für die Sozialhilfe
1988 bis 1994 (Reinaufwand in Mio. DM)



Fazit: Die Arbeitslosigkeit ist für die anhaltende Zunahme der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger verantwortlich.

III Stadt-Umland-Beziehungen

1. Wanderungsbeziehungen mit dem Umland

Auch wenn das Umland von Freiburg eine eigenständige Attraktion hat, muß man doch sehen, daß die Zuwanderung in die Region in erster Linie dem Magnet Freiburg gilt. Doch hier sind die Möglichkeiten durch den mangelnden Raum und die entsprechend hohen Preise begrenzt. Zwangsläufig muß sich die Stadt ins Umland ausdehnen, und die Abwanderung in die Nachbarschaft ist die konsequente Folge davon. Die Stadt ähnelt dabei einem Umsteigebahnhof, auf dem die Menschen von weit herkommen, aussteigen und bleiben oder nach kurzem Aufenthalt in den Nahverkehrszug wechseln. Das Bild simplifiziert zwar das doch recht komplexe Wanderungsgeschehen, es verdeutlicht aber die großräumigen Verschiebungen.

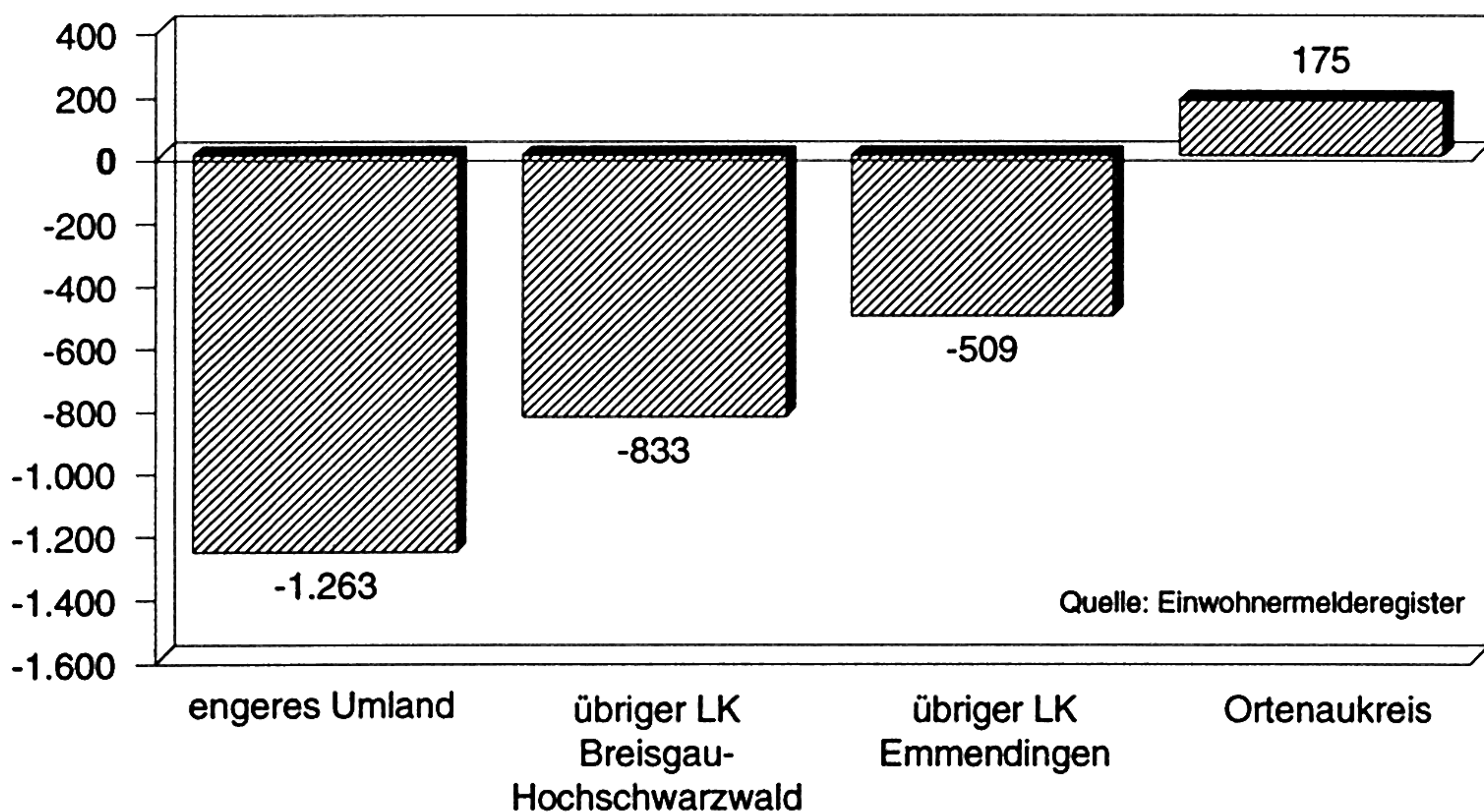
Freiburg hat einen positiven Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland und den Bundesländern (es ziehen von dort mehr zu als dorthin abwandern), es hat aber in der Nahwanderung, im Austausch mit den beiden benachbarten Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, einen negativen Saldo. Mit der Entfernung zur Stadt schlägt die negative Bilanz rasch in eine positive um und schon aus dem Ortenaukreis kommen mehr Zuwanderer als umgekehrt Freiburger Bürger dort hinziehen.

Zu- und Abwanderung nach und von Freiburg i. Br. in den Nahbereich 1990–1994

Gebietseinheit	Zuzüge	Wegzüge	Wanderungs- gewinne (+) oder Verluste (-)
engeres Umland ¹⁾	9 827	11 090	- 1 263
übr. LK Breisgau-Hochschwarzwald	7 481	8 314	- 833
übr. LK Emmendingen	3 975	4 484	- 509
Ortenaukreis	3 138	2 963	+ 175
In-/Ausland insges.	98 396	92 086	+ 6 310

¹⁾ Hierzu zählen die Gemeinden, von denen aus 1987 (Volkszählung) mindestens 45 % der Erwerbstätigen nach Freiburg zur Arbeit gingen. Es sind dies Au, Bollschweil, Denzlingen, Ebringen, Gottenheim, Gundelfingen, Heuweiler, Horben, March, Merzhausen, Pfaffenweiler, Schallstadt, Sölden, Umkirch, Vörstetten, Wittnau, Reute, Merdingen, Kirchzarten und Stegen.

**Salden der Wanderungsbeziehungen von Freiburg i. Br.
mit dem Umland 1990 - 1994**



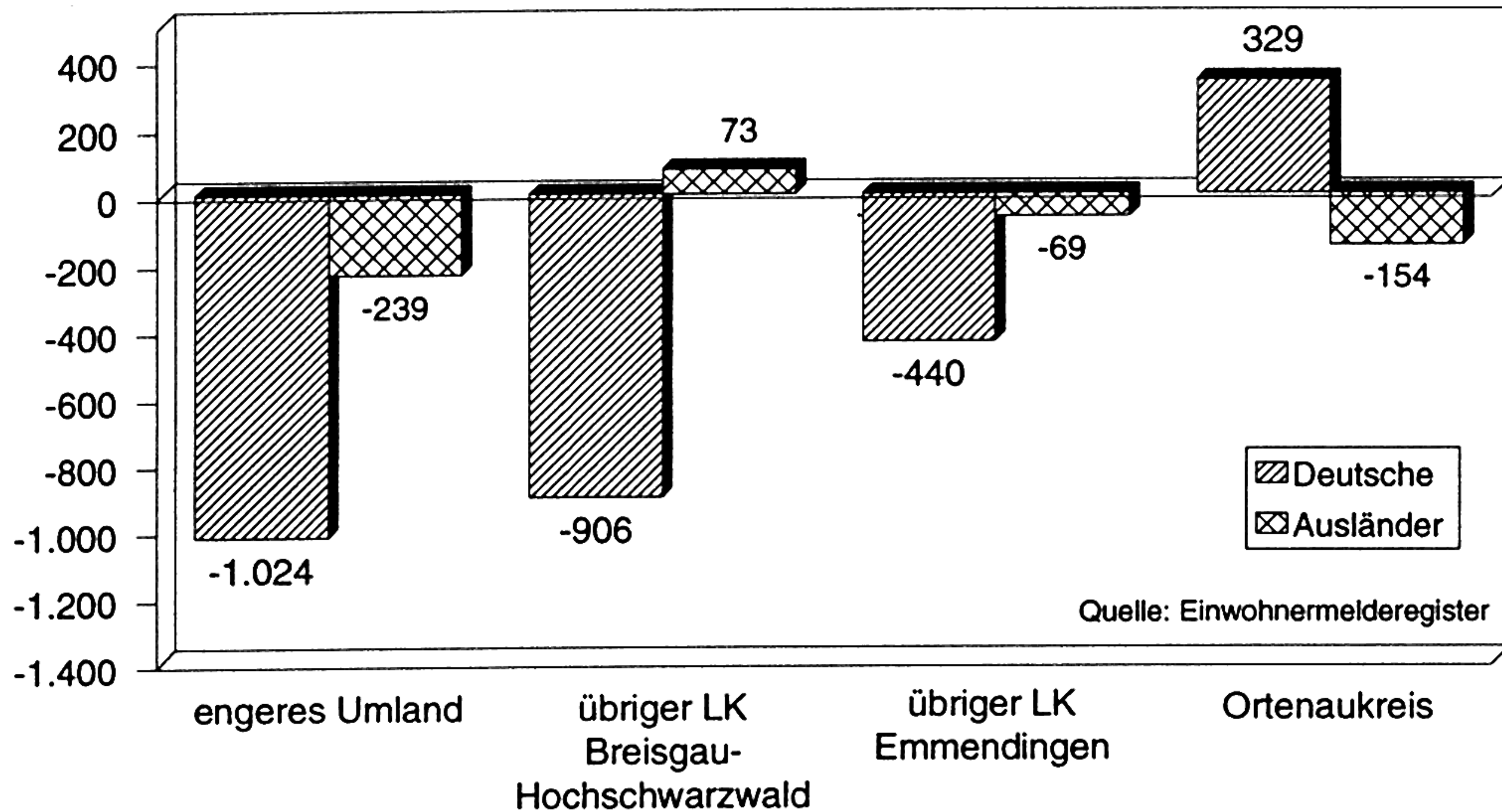
Insgesamt betrachtet haben wir beeindruckende Wanderungssalden, die eindeutig die These von der mobilen Gesellschaft untermauern. Rein rechnerisch hat sich die Stadtbevölkerung bei ca. 98 000 Zuzügen und ca. 92 000 Wegzügen zwischen 1990 und 1994 in kurzer Zeit einmal umgeschlagen.

1.1 Zu- und Abwanderer aus und nach dem Umland sind in ihrer Struktur nicht gleich

Man weiß aus vielen Untersuchungen, daß tendenziell eher Besserverdienende, Arbeitsplatzbesitzer, Familien und Ältere aus der Stadt ins Umland abwandern und es dadurch zu einer allmählichen Verschiebung der Einkommenssteueranteile zugunsten des Umlandes kommt. Nachweisen kann man dies mit unseren Daten nicht, da wir keine sicheren Informationen über die Berufs- und Einkommenssituation der Zu- und Wegziehenden haben. Aussagen kann man nur zur Nationalität und zum Alter der Zu- und Abwanderer machen.

Im Zeitraum 1990–1994 waren von den 6 310 Personen, die Freiburg durch die Wanderung per saldo hinzugewonnen hat, rund 94 % Ausländer und 6 % Deutsche (unter ihnen viele Aussiedler aus Osteuropa). Gegenüber dem Umland (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und Landkreis Emmendingen) hatte Freiburg einen Wanderungsverlust von 2 605 Personen. Davon waren 2 370 Personen (91,0 %) Deutsche und 235 Personen (9,0 %) Ausländer. Um es plakativ zu formulieren, Freiburg hat hauptsächlich Bürger ausländischer Nationalität hinzugewonnen und im Austausch mit dem Umland Bürger deutscher Nationalität verloren.

Salden der Wanderungsbeziehungen von Freiburg i. Br. mit dem Umland 1990 - 1994 nach Deutschen und Ausländern



Auch bei der Betrachtung der Altersstruktur der Wandernden muß man zwischen der Umlandwanderung und der Fernwanderung unterscheiden. Freiburg verliert an das Umland hauptsächlich Familien (Kinder und Personen im Alter von 30 – 60 Jahren). Bei der Fernwanderung hat Freiburg ein starkes Plus bei Kindern und Jugendlichen und in extremer Weise bei den Personen im Studienalter. Dem steht ein Verlust bei den 30- bis 60jährigen gegenüber. Unter ihnen sind viele, die ihr Studium beendet haben und auf der Suche nach Arbeit die Stadt verlassen oder als Familie ins Umland abwandern.

Wanderungsverluste (-) bzw. Wanderungsgewinne (+) in Freiburg i. Br. 1990–1994 nach Altersgruppen gegenüber ausgewählten Gebieten

Gebietseinheit	Altersgruppen in Jahren				insgesamt
	unter 18	18 - unter 30	30 - unter 60	60 u. mehr	
engeres Umland	- 279	- 68	- 840	- 76	- 1 263
übr. LK Breisgau-Hochschw.	- 242	+ 318	- 741	- 168	- 833
übr. LK Emmendingen	- 226	+ 160	- 440	- 3	- 509
Ortenaukreis	- 123	+ 547	- 170	- 79	+ 175
In-/Ausland insges.	+ 990	+ 8 029	+ 2 714	+ 5	+ 6 310

Fazit: Freiburg hat einen negativen Wanderungssaldo gegenüber dem Umland und einen positiven bei der Fernwanderung.

2. Pendlerbewegungen: Man wohnt im Umland und arbeitet in der Stadt

Wer als Berufstätiger von der Stadt ins Umland abwandert, um dort zu bauen oder eine Wohnung zu kaufen bzw. eine Wohnung zu mieten, wird in der Regel den Arbeitsplatz in der Stadt beibehalten. Die anhaltende Abwanderung dürfte deshalb auch zu einer ständigen Zunahme der Pendlerzahlen führen.

Die folgenden Aussagen zu den Berufspendlern aus dem Freiburger Umland, die in der Stadt Freiburg ihren Arbeitsplatz haben, basieren auf den Zahlen des Arbeitsamtes. Sie erfassen nur jene Pendler, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.²¹⁾

2.1 Rund die Hälfte der Sozialversicherungspflichtigen, die in Freiburg beschäftigt sind, wohnen außerhalb

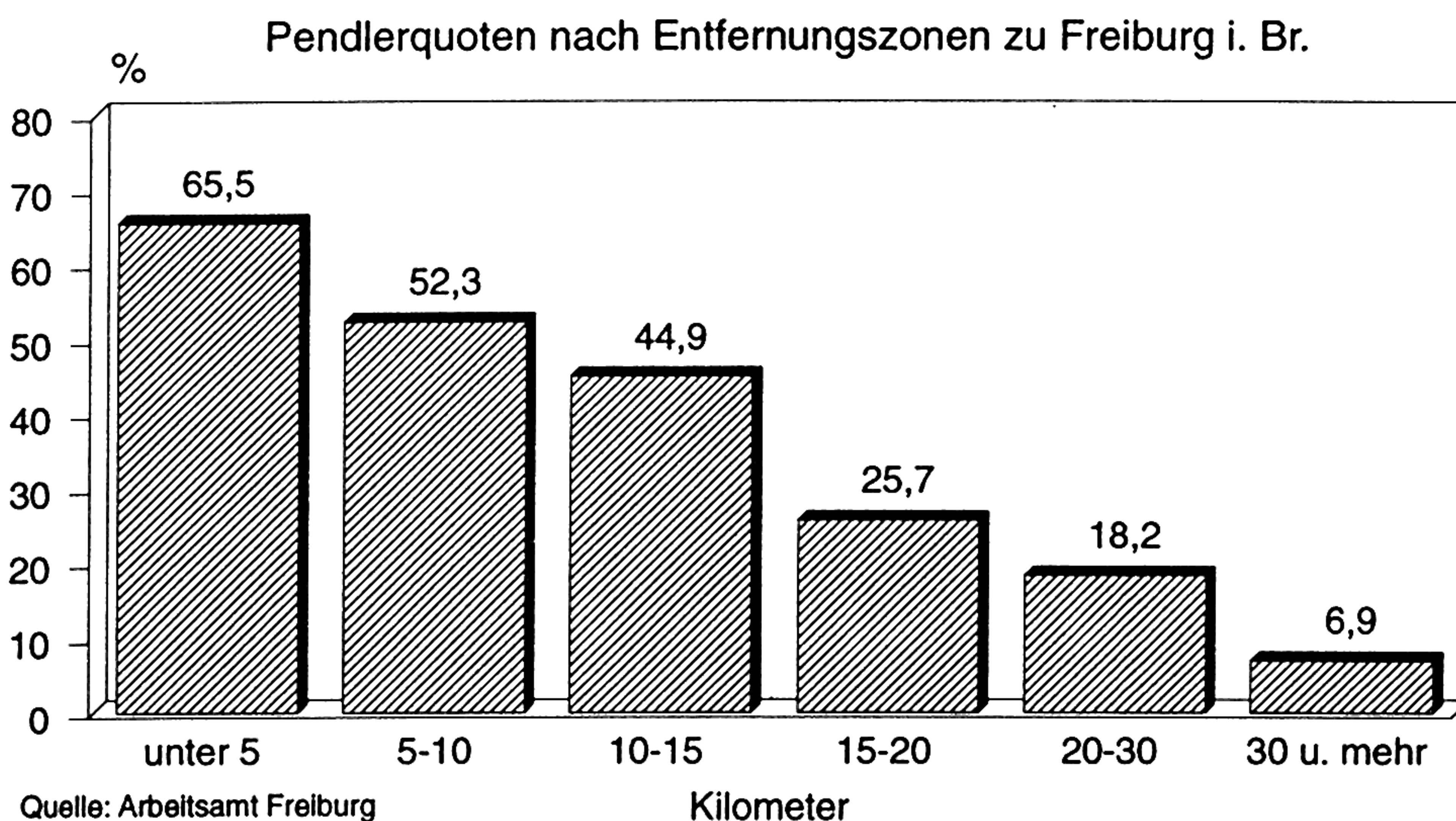
Am 30.6.1993 arbeiteten in Freiburg 89 928 Personen, die sozialversicherungspflichtig waren. Von diesen wohnten 45 870 Personen im Stadtgebiet und 44 058 Personen außerhalb. Die Zahl der auf diesem Wege ermittelten Einpendler (Berufspendler) liegt damit etwas höher als die bei der Volkszählung 1987 ermittelte Zahl (1987 = 43 600 Berufseinpendler). Wenn man bedenkt, daß die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Jahres 1993 rund 20 bis 25 % der Beschäftigten überhaupt nicht erfaßt, dann wird offensichtlich, wie sehr sich die Zahl der Pendler seit 1987 erhöht hat.

2.2 Vier von fünf Berufseinpendlern stammen aus dem Freiburger Umland

35 696 Pendler (= 81,0 %) wohnen in den Gemeinden der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, 5 307 Pendler (= 12,0 %) stammen aus den übrigen Land- und Stadtkreisen Baden-Württembergs, 1 847 (= 4,2 %) aus anderen Bundesländern und 1 208 (= 2,8 %) aus dem Ausland. Bei den Pendlern aus dem Ausland handelt es sich fast ausschließlich um Franzosen (1 183 kommen über den Rhein, in der Regel aus dem Elsaß).

Mit wachsender Entfernung nimmt die Pendlerverflechtung ab; oder anders formuliert: Je näher der Wohnort zu Freiburg liegt, desto eher pendeln die Erwerbstätigen zur Arbeit in die Stadt. Deutlich läßt sich dies an den sogenannten Pendlerquoten nach Entfernungszonen ablesen. Die Pendlerquote gibt dabei an, welcher Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem Ort nach Freiburg zur Arbeit pendelt.

²¹⁾ Nicht erfaßt sind Beamte, Selbständige und geringfügig Beschäftigte.



Die Gemeinden, die mit Freiburg am stärksten über die Berufspendler verflochten sind, befinden sich alle im Nahbereich. Es sind dies, nach der Größe der Pendlerquote geordnet, Gundelfingen, Horben, Merzhausen, Buchenbach, Wittnau, March, Sölden, Ebringen, Au, Pfaffenweiler und Umkirch.

2.3 Die Auspendler aus Freiburg i. Br. nehmen lange Wege in Kauf

Ohne die Auslandspendler, die nicht erfaßt sind, hatten im Juni 1993 insgesamt 10 899 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die in Freiburg wohnen, ihren Arbeitsplatz außerhalb der Stadt. (Zum Vergleich: bei der Volkszählung 1987 wurden 7 485 Auspendler ermittelt.) 7 076 Beschäftigte (65,0 %) pendelten in die Gemeinden der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen. Etwas mehr als die Hälfte der 10 899 Pendler bewegte sich in der 20-Kilometer-Zone um Freiburg. Für 2 518 Pendler (= 23,1 %) lag der Arbeitsplatz in anderen Gebieten Baden-Württembergs und für 1 305 Personen in anderen Bundesländern.

Fazit: Die Pendlerzahlen wachsen unablässig.